

Bericht

Einunddreißigster Tätigkeitsbericht des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur – Jahresbericht 2024

TÄTIGKEITSBERICHT



Berliner Beauftragter
zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur



2024

BERLIN



Impressum

Berliner Beauftragter zur
Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)
Franz-Jacob-Str. 4 B
10369 Berlin

Tel.: (030) 24 07 92 – 0
Fax: (030) 24 07 92 – 99

E-Mail: info@aufarbeitung-berlin.de
Web: www.aufarbeitung-berlin.de

Redaktion:

Frank Ebert, Cecilia Reible

Redaktionsschluss:

30. September 2025

Layout und Satz:

www.dunkelau-lemke-stach.de

Druck:

www.spreedruck.de





Berliner Beauftragter
zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur

31. Tätigkeitsbericht des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

BERICHTSZEITRAUM:

1. Januar bis 31. Dezember 2024

Vorgelegt dem Abgeordnetenhaus von Berlin

**Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur (BAB)**

Franz-Jacob-Str. 4 B

10369 Berlin

Tel.: (030) 24 07 92 – 0

Fax: (030) 24 07 92 – 99

info@aufarbeitung-berlin.de

www.aufarbeitung-berlin.de

Dezember 2025



INHALT

1. VORWORT	4
STORY: 35 JAHRE FRIEDLICHE REVOLUTION UND MAUERFALL	6
2. AUFARBEITUNG DER SED-DIKTATUR IM LAND BERLIN	16
2.1 35 Jahre Mauerfall	18
2.2 Weiterentwicklung des Campus für Demokratie	18
2.3 Ehemalige Untersuchungshaftanstalt Keibelstraße	19
2.4 Zusammenarbeit auf Landes- und Bundesebene	20
2.5 Arbeitskreis II der Berliner und Brandenburger Gedenkstätten und Aufarbeitungsinitiativen (AK II)	22
2.6 Zusammenarbeit mit den Landesbeauftragten	23
2.7 Erinnerungskultur	24
2.8 Weiteres Engagement	25
STORY: CHINA IST NICHT FERN	26
3. BERATEN	32
3.1 Bürgerberatung	34
3.2 Härtefallfonds	39
3.3 Beratung öffentlicher Stellen	43
3.4 Vernetzung	47

STORY: LEBEN IM SCHATTEN – ABH E.V. UNTERSTÜTZT EHEMALIGE HEIMKINDER IN BERLIN	48
4. FÖRDERN	52
4.1 Förderung von Beratungs- und Betreuungsprojekten	54
4.2 Förderung von Projekten zur Bildung und zur historischen Aufarbeitung der SED-Diktatur	56
STORY: 71. JAHRESTAG DES VOLKSAUFSTANDS IN DER DDR	64
5. AUFKLÄREN	68
5.1 Mein Kiez – Geschichte(n) des geteilten Berlins	70
5.2 Kooperationsveranstaltungen	73
5.3 BAB-Schulprogramm	77
5.4 Campus-Kino	80
5.5 Publikationen	81
5.6 Lehre	83
IN MEMORIAM	84
6. AUSBLICK	86
7. ANHANG	90
7.1 Richtlinie Härtefallfonds	91
7.2 Übersicht Projektförderung	94
7.3 Team	96

1. VORWORT

*„Freiheit und
Menschenrechte,
Frieden und
Demokratie – das
sind die Koordinaten,
die unser aller Arbeit
immer begleiten.“*

Frank Ebert,
Berliner Aufarbeitungsbeauftragter

2024 stand für den Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB) ganz im Zeichen des 35. Jahrestags von Friedlicher Revolution und Mauerfall. Dieses Jubiläum ist für Berlin von großer Bedeutung. Nach Jahrzehnten der Teilung, in denen Mauer und Todesstreifen Familien und Freunde gewaltsam voneinander trennten, gewannen die Menschen ihre Freiheit zurück. Zur Feier des Jubiläums organisierten Kulturprojekte Berlin in Zusammenarbeit mit dem BAB und weiteren Partnern eine Vielzahl von Veranstaltungen rund um den 9. November 2024. Berlin ist die Stadt der Freiheit – das wurde zum 35. Jahrestag des Mauerfalls eindrucksvoll demonstriert.

Auch 35 Jahre nach dem Ende der SED-Diktatur bleibt die Beratung von Menschen, die in der SBZ/DDR politisch verfolgt wurden, ein Schwerpunkt der Tätigkeit des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten. Viele Betroffene benötigen weiterhin Unterstützung beim Zugang zu Entschädigungsleistungen, psychosozialer Betreuung und der Anerkennung ihres Leidens. Im Berichtsjahr nahm der Gesetzgebungsprozess zur Verbesserung der Leistungen für in der SED-Diktatur Verfolgte Fahrt auf. Dieser wurde jedoch erst 2025 abgeschlossen.

Weitere Schwerpunkte der Arbeit des BAB sind die Förderung von Projekten, die sich mit der SED-Diktatur und ihren Folgen auseinandersetzen, und die historisch-politische Bildungsarbeit. Sowohl bei der Projektförderung als auch bei der Bildung standen die Friedliche Revolution und der Mauerfall im Mittelpunkt, oft mit einem Fokus auf junge Menschen. Die Aufarbeitung der SED-Diktatur ist keine Nischenaufgabe, sondern eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung – insbesondere im Bildungsbereich.

Im vorliegenden Tätigkeitsbericht blicken wir zurück auf ein ereignisreiches Jahr mit intensiven Gesprächen, bewegenden Momenten und spannenden Geschichten. Diese Arbeit ist nur möglich durch den engagierten Einsatz der BAB-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter, durch die gute Zusammenarbeit mit Kooperationspartnerinnen und -partnern und durch die Unterstützung von Politik und Verwaltung. Ihnen allen sei an dieser Stelle herzlich gedankt.



Atemberaubende Kulisse
vor dem Brandenburger Tor

STORY

35 Jahre Friedliche Revolution und Mauerfall

Im November 2024 haben wir 35 Jahre Friedliche Revolution und Mauerfall gefeiert. Zum Jubiläum stellte Kulturprojekte Berlin in Zusammenarbeit mit dem BAB und zahlreichen weiteren Partnern ein umfangreiches Programm auf die Beine.

Herzstück war eine Open-Air-Installation aus Tausenden historischen und neu gestalteten Schildern, Transparenten und Plakaten. Unter dem Motto „Haltet die Freiheit hoch!“ wurde die Installation am 8. und 9. November im Herzen Berlins am ehemaligen Mauerverlauf gezeigt. Am Abend des 9. November entstand eine spektakuläre Klangmauer entlang der vier Kilometer langen Strecke, die u. a. am Brandenburger Tor, am Potsdamer Platz und am Checkpoint Charlie vorbeiführte. Gemeinsam spielten rund 700 Musikerinnen und Musiker den „Soundtrack der Freiheit“.



2 |



3 |



1 |

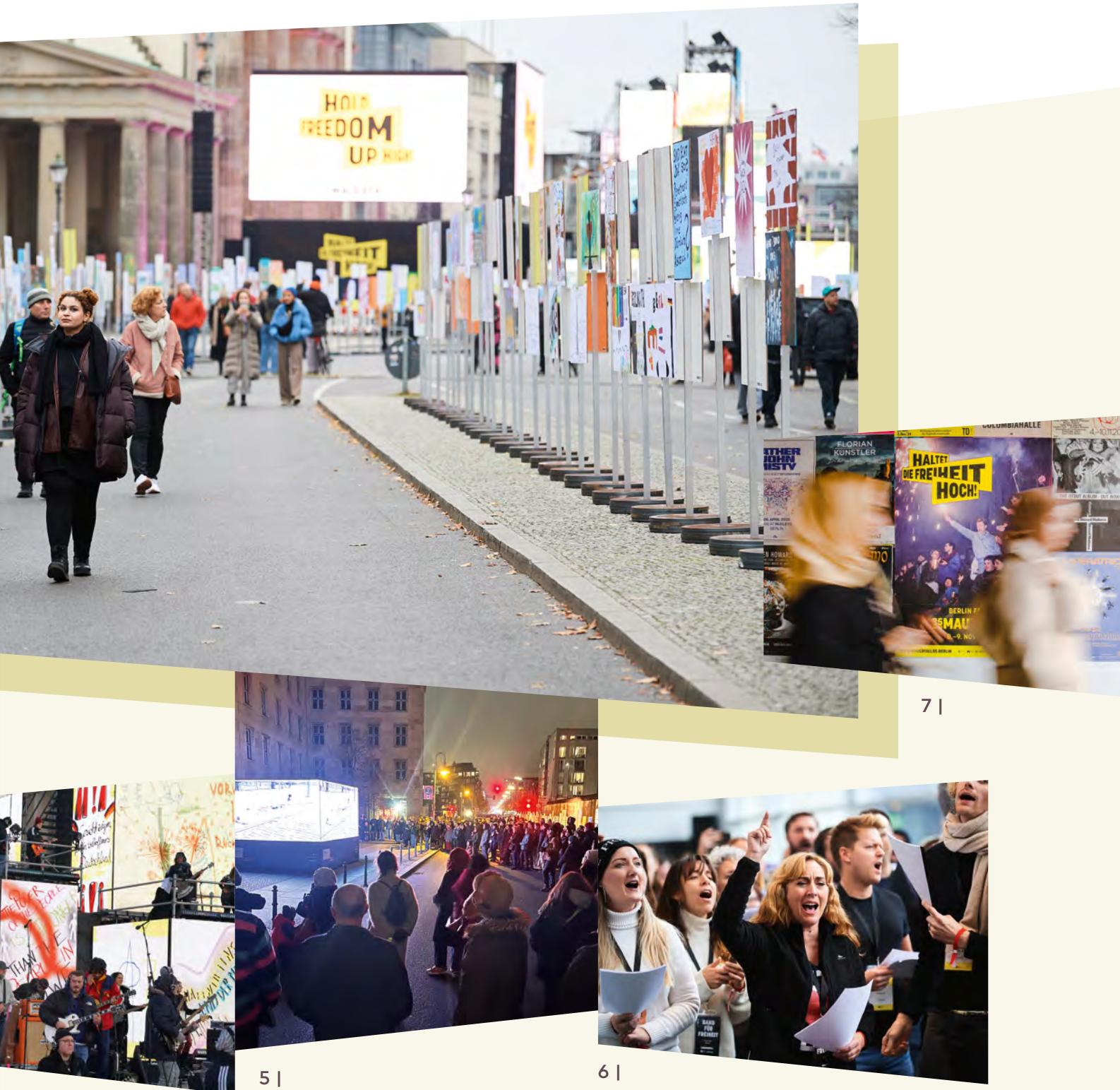


4 |

1 | Tausende Schilder und Plakate säumen ein Teilstück des ehemaligen Mauerverlaufs

2 | Gedenkveranstaltung am 9. November 2024 in der Gedenkstätte Berliner Mauer von links: die SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte Frank Ebert

3 | Vorbesichtigung der Plakatausstellung von links: Moritz van Dülmen (Geschäftsführer Kulturprojekte Berlin), Simone Leimbach (Leiterin Projekte und Veranstaltungen von Kulturprojekte Berlin), Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner, Berliner Aufarbeitungsbeauftragter Frank Ebert



4 | Die „Band für Freiheit“ spielte an fünf Orten in Berlin-Mitte entlang des ehemaligen Mauerstreifens gleichzeitig ein Programm. Insgesamt waren rund 700 Musikerinnen und Musiker beteiligt.

5 | Hunderte Menschen schauen sich auf einem Videowürfel historische Szenen an

6 | Die „Band für Freiheit“ probt für den großen Auftritt

7 | Offizielles Werbeplakat für 35 Jahre Mauerfall

Ein abwechslungsreiches Programm mit Ausstellungen, Talks, Lesungen, Performances, Konzerten und Angeboten für Kinder sorgte für Denkanstöße, Überraschungen und Austausch. Dazu gehörte auch die vom BAB geförderte Wanderausstellung „China ist nicht fern“ der Axel-Springer-Foundation vor dem Abgeordnetenhaus von Berlin (siehe Story S. 26 ff.). Die Ausstellung wirft einen Blick auf die Friedliche Revolution in der DDR und die Niederschlagung der Demokratieproteste auf dem Pekinger Platz des Himmelschen Friedens, ihre Verbindungen und die schwierige Lage der demokratischen Dissidenz in China heute. Neben drei Schiffscontainern, in denen historische Exponate und Zeitzeugenberichte gezeigt werden, wird dort ein fünf Meter hoher Nachbau der Göttin der Demokratie ausgestellt.



3 |



1 |



2 |

1 | Talk zum Einsatz für Demokratie und Menschenrechte beim Demokratiefestival auf dem Campus für Demokratie von links: Leopoldo López (venezolanischer Oppositionsführer und Mitbegründer des World Liberty Congress), Masih Alinejad (iranische Frauenrechtsaktivistin), Zhou Fengsuo (Tian'anmen-Studentenführer, Gründer von „Humanitarian China“ und Geschäftsführer von „Human Rights in China“), Dr. Hannah Neumann (Europa-Abgeordnete und Vorsitzende des Fördervereins Campus für Demokratie)

2 | Die Ausstellung „Mauerpauer“ zeigt Objekte eines Mail-Art-Projektes, das Künstlerinnen und Künstler aus Ost- und Westdeutschland zusammen mit dem Journalisten Holger Kulick anlässlich des 25. Jahrestages des Mauerfalls 1986 initiierten. Die Objekte und Postkarten befinden sich seit 2018 im Archiv der Robert-Havemann-Gesellschaft. Zum 35. Jahrestag des Mauerfalls wurden sie auf dem Campus für Demokratie erneut ausgestellt.



4 |



5 |



6 |



7 |

3 | Ausstellung „China ist nicht fern“ vor dem Abgeordnetenhaus von Berlin mit einer Replik der Göttin der Demokratie

4 | Eröffnung der Ausstellung „Wendekunst“ der Carl-Orff-Grundschule

5 | Zeitzeuginnen und -zeugen aus China und der DDR sprachen im Asisi Panorama Berlin über die Ereignisse des Jahres 1989

6 | Beim Mauerfilmfest#35 gab es über sechs Stunden Kurzfilme zu den Themen Mauerbau, Angst und Misstrauen, Alltag mit der Mauer sowie Mauerfall und Transformation – bei freiem Eintritt

7 | Zur Eröffnung des Filmfests sprach der stellvertretende Aufarbeitungsbeauftragte Dr. Jens Schöne

Zum Abschluss des Jubiläums wurde am 10. November auf dem Campus für Demokratie ein Demokratiefestival mit Talks, Theater, Filmen, Ausstellungen, Führungen und Livemusik gefeiert. Höhepunkt war der Auftritt der Band Pussy Riot auf dem Hof der ehemaligen Stasi-Zentrale.

„Wir haben in der Jubiläumswoche daran erinnert, wie Diktaturen bezwungen wurden“, so der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte Frank Ebert. „Die Hoffnung auf einen demokratischen Wandel in anderen Teilen der Welt lebt weiter – gerade vor dem Hintergrund zunehmender Repression in manchen Staaten.“



1 |

1 | Menschenrechtler zu Gast in Berlin
von links: Leopoldo López (venezolanischer Oppositionsführer),
Masih Alinejad (iranische Frauenrechtsaktivistin), Berlins Regierender Bürgermeister
Kai Wegner, BAB Frank Ebert, Marianne Birthler (frühere DDR-Bürgerrechtlerin
und ehem. Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen), Svetlana Tsikhanouskaya
(belarussische Oppositionsführerin), Moritz van Dülmen (Geschäftsführer
Kulturprojekte Berlin), Burkhard Kieker (Geschäftsführer visitBerlin)



2 |



4 |

3 |

2 | Pussy Riot rockt den Campus für Demokratie mit „Riot Days“, einer multimedialen Punk-Rock-Show zur Geschichte der Band, Protest und Inhaftierung in Russland

3 | Frank Ebert backstage mit Pussy Riot

4 | Pussy Riot begeisterte das Publikum: „Als älterer Mann ist Punkrock natürlich nicht meine Lieblingsmusik, ich genieße Beethoven und Bach. Aber so wie hier habe ich nach einem Konzert vielleicht noch nie gejubelt!“ (Auszug aus dem Dankesbrief eines Zuschauers an Dr. Hannah Neumann, Vorsitzende Förderverein Campus für Demokratie)

Für diesen Tätigkeitsbericht haben wir BAB-Mitarbeitende sowie Projektpartnerinnen und -partner gebeten, uns ihre ganz persönlichen Eindrücke vom Jubiläum „35 Jahre Mauerfall“ zu schildern.

Simone Leimbach

Leitung Projekte und Veranstaltungen, Kulturprojekte Berlin GmbH

„Nach 2009, 2014 und 2019 durfte ich mit „35 Jahre Mauerfall“ bereits das vierte Jubiläum organisieren. Als wir anderthalb Jahre vorher mit den Vorbereitungen begannen, war indes völlig unklar, in welche Richtung das Jubiläum inmitten einer veränderten Weltlage, zwischen multiplen Krisen und Spaltung, gehen könnte. Und dabei stets mit dem Ansinnen, die Freiheit und das 1989/90 Erreichte auch zu feiern! Ich bin vor allem stolz darauf, wie viele Akteur*innen und Partner*innen engagiert beteiligt waren, wie viele Berliner*innen sich nicht nur mit der Geschichte auseinander gesetzt, sondern aktiv bei der Plakataktion und beim großen Konzert mitgewirkt haben, wie internationale Dissident*innen eindrücklich den Bezug zur Gegenwart herstellten und schließlich alle gemeinsam mit tausenden Besucher*innen eine starke Botschaft für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte in die Welt sendeten.“

Werner Menke-Schersch

Mitarbeiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, BAB

„Geschichte kann man seinen Kindern am besten am authentischen Ort vermitteln – und natürlich besonders dann, wenn ein Ereignis groß gefeiert wird. So besuchte ich gemeinsam mit meinen beiden Töchtern (5 und 8) die Feierlichkeiten zum 35. Jahrestag des Mauerfalls. Bereits auf dem Weg hörten wir in der Ferne die Klänge schrammeler E-Gitarren und das Dröhnen von Schlagzeugen. Aufregend. Als wir näherkamen, sahen wir dann die bunte Plakat-Ausstellung entlang des ehemaligen Mauerverlaufs. Meine Kinder konnten sich anhand der Installation zum ersten Mal ein Bild vom Ausmaß der Mauer machen, die Berlin einst teilte. Ihr Staunen mitzuerleben war für mich als Vater etwas Besonderes.“

Stephan Müller

Geschichtsbüro Müller

„Wir haben am Jubiläumswochenende ein eigenes Filmfest veranstaltet. Zum Angebot gehörten zwei Kurzfilmlöcke, die speziell für Grundschulkinder bzw. für Jugendliche geeignet waren. Beide haben wir in Kooperation mit dem „MACHmit! Museum für Kinder“ veranstaltet. Besonders beeindruckend fand ich, dass so viele Eltern und Großeltern mit ihren Kindern und Enkeln das kostenlose Angebot angenommen haben. Auch der anschließende Workshop für Kinder zum Thema „Mauerhasen“, der auf einen gezeigten Film Bezug nahm, war gut besucht und lieferte ganz tolle Ergebnisse mit teilweise überraschenden Gedanken dahinter.“

Dr. Anja Schröter
Leitungsreferentin, BAB

„Unterstützungen, Vorbereitungen und Diskussionen an allen Ecken und Enden, viele Gespräche und spannende Menschen. DDR-Oppositionelle, die 1989 mit Trommeln und anderen Aktionen gegen das Tian'anmen-Massaker protestiert hatten, trafen nach 35 Jahren auf einen der damals verhafteten Studentenführer. Eine iranische Bürgerrechtlerin erhob immer wieder ihre Stimme zu fordernden Worten oder zum resoluten Gesang. Dissidentinnen und Dissidenten aus der ganzen Welt tauschten sich mit denen aus, die sich in der DDR für Freiheit und Menschenrechte eingesetzt haben. All ihre Stimmen haben das Gestern und das Heute verbunden und gezeigt, dass freiheitliche Werte über Grenzen hinweg gehen und zeitlos, aber nicht selbstverständlich sind.“

Dr. Philipp Schultheiß
Leitungsreferent, BAB

„Den Neffen eingepackt, ein Lastenrad gemietet – so begann für mich das Jubiläumswochenende. Gemeinsam mit Freundinnen und Freunden machten wir uns erst einmal ans Basteln bunter Revolutionskerzen, danach ging es weiter entlang des früheren Mauerverlaufs. Überall gab es etwas zu entdecken: riesige Videowürfel mit historischen Filmaufnahmen, eine bewegende Plakatausstellung – begleitet von neugierigen Kinderfragen, die mit entwaffnender Offenheit Vergangenheit mit Gegenwart in Einklang zu bringen versuchten. Am stärksten in Erinnerung blieb mir ein stiller Moment: Es war schon fast 22 Uhr, das Programm längst vorbei – aber in der Niederkirchnerstraße standen noch Hunderte Menschen dicht gedrängt vor einem der Videowürfel. In gebannter Stille ließen sie die Bilder auf sich wirken – für mich einer der erstaunlichsten Momente des Mauerfalljubiläums.“

Jakub Stoinski
Sachbearbeiter, BAB

„2024 war für mich als Sachbearbeiter für Projektförderung ganz besonders: Besonders arbeitsreich, da wegen des Jubiläums 35 Jahre Mauerfall zwei Drittel mehr Anträge eingingen als im Vorjahr. Aber vor allem war es besonders interessant: Vielfältige, spannende Projektanträge erreichten den BAB. Wir konnten unter anderem diverse Aufführungen und Inszenierungen, eine Denkmaleinweihung, ein Kinderfußballturnier, Schulprojekte und zwei Filmfeste fördern. Dadurch lernten wir neue Akteurinnen und Akteure kennen, konnten viele Menschen erreichen und somit einen angemessenen Beitrag zu den Jubiläumsfeiern leisten.“

Sebastian Zilm
Leiter Kommunikation
und Öffentlichkeitsarbeit,
Robert-Havemann-Gesellschaft e.V.

„Seit vielen Jahren dürfen wir gemeinsam mit Kulturprojekte Berlin und weiteren Partnern das Mauerfalljubiläum begleiten. Das ist für uns alle fünf Jahre eine unglaublich bewegende Zeit. Auch dieses Jahr konnten wir viele Fotos und Geschichten aus unserem Archiv zum Jubiläum beitragen. Die Plakataktion ‚Haltet die Freiheit hoch!‘ hat eindrucksvoll gezeigt, wie stark Menschen bis heute emotional mit dem Mauerfall und dem Thema Freiheit verbunden sind. Ein Höhepunkt war für uns das Konzert der Band Pussy Riot auf dem Campus für Demokratie. Eine Band, die selbst in einem autoritären System verfolgt wird, tritt einen Tag nach dem 9. November direkt vor dem einstigen Büro des Stasi-Chefs Erich Mielke auf – was für ein starkes Zeichen dafür, dass diktatorische Regime überwunden werden können!“

2. AUFARBEITUNG DER SED-DIKTATUR IM LAND BERLIN

***„Unsere Aufarbeitung
der Vergangenheit
muss eine Beziehung
haben zur Gestaltung
des Jetzt.“***

Bundespräsident Joachim Gauck,
14. November 2013

Zu den Aufgaben des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten gehört es, die Herausforderungen bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur an die Politik heranzutragen. Dazu gehören Anregungen für gesetzliche Verbesserungen im Interesse der Menschen, die in der SBZ/DDR Leid, Unrecht und politische Verfolgung erfahren haben (siehe S. 33). Im Berichtsjahr deuteten sich Verbesserungen für diesen Personenkreis an. Umfangreiche Änderungen konnten jedoch erst Anfang 2025 beschlossen werden.

Dem BAB ist es ein wichtiges Anliegen, dass historische Stätten der Verfolgung in der SED-Diktatur wie das frühere Stasi-Gelände in Berlin-Lichtenberg oder die ehemalige Untersuchungshaftanstalt im Gebäude der Volkspolizei in der Keibelstraße am Alexanderplatz weiterentwickelt werden. Dazu ist der Aufarbeitungsbeauftragte regelmäßig im Gespräch mit Politikerinnen und Politikern von Land, Bund und Berliner Bezirken, mit Vertreterinnen und Vertretern von Institutionen wie dem Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv sowie mit zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren.

2.1 35 Jahre Mauerfall

Der 35. Jahrestag von Friedlicher Revolution und Mauerfall wurde nicht nur angemessen gefeiert (siehe S. 6-15), sondern beschäftigte auch die Politik. Der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte Frank Ebert nahm am 7. November 2024 auf Einladung von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier an einer Veranstaltung im Schloss Bellevue teil. Unter dem Titel „Sieg der Freiheit? Überhöhter Mythos? Gefährdetes Erbe?“ kamen Menschen verschiedener Generationen aus Ostdeutschland zu Wort.

Im Deutschen Bundestag debattierten die Abgeordneten in der Sitzung vom 8. November 2024 darüber, wie die Erinnerungskultur mit Blick auf die Geschichte von SBZ/DDR gestärkt werden kann. Ein Antrag (Drucksache 20/13628) dazu wurde mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP angenommen. Darin wird auch gefordert, das geplante „Forum Opposition und Widerstand 1945–1990“ einzurichten und es in die Gedenkstättenkonzeption des Bundes einzubinden.

Im Abgeordnetenhaus von Berlin war das Jubiläum Thema einer Gedenkstunde am 7. November 2024, an der der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte teilnahm.

In einem persönlichen Gespräch am 22. Januar 2024 informierte Frank Ebert die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) Claudia Roth über das geplante Forum Opposition und Widerstand und seine Bedeutung für den Campus für Demokratie. Ab Oktober 2024 nahm er regelmäßig an einer Arbeitsgruppe zur Realisierung des Forums Opposition und Widerstand teil. Diese Arbeitsgruppe hatten Claudia Roth und Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner bei einem Treffen von Vertretern aus Land und Bund, u. a. auch mit dem Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv und dem Berliner Aufarbeitungsbeauftragten, am 30. August 2024 auf dem Campus vereinbart. Die beim BKM angesiedelte Arbeitsgruppe hat am 15. Januar 2025 ihren ersten Zwischenbericht vorgelegt.

Beim ersten Campus-Abend des Fördervereins Campus für Demokratie e.V. am 23. Februar 2024 war Berlins Senator für Finanzen Stefan Evers zu Gast auf dem Podium. Der Senator, Frank Ebert und der Leiter der Geschäftsstelle der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag Niels Schwiderski diskutierten über die zukünftige Entwicklung des Campus für Demokratie. Im Mittelpunkt standen die spezifische Eigentumssituation des Areals, der Stand des Bebauungsplans sowie mögliche Nutzungsszenarien. Bei der Diskussion mit den Gästen gab es breiten Konsens darüber, dass es im Jahr des 35. Jahrestags der Friedlichen Revolution wichtig sei, Fortschritte beim Campus für Demokratie zu erzielen.

2.2 Weiterentwicklung des Campus für Demokratie

Die Weiterentwicklung des Campus für Demokratie auf dem Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale ist dem Berliner Aufarbeitungsbeauftragten ein wichtiges Anliegen. Mit wichtigen Akteurinnen und Akteuren der Landes-, Bundes- und Bezirkspolitik sowie dem Campus-Standortmanagement pflegt BAB Frank Ebert einen regelmäßigen Austausch. Aktuelle Herausforderungen und Aufgaben für die Weiterentwicklung des Campus und die Umsetzung des Forums Opposition und Widerstand stehen bei diesen Treffen im Mittelpunkt.



Campus-Abend mit Stefan Evers und Frank Ebert



BAB Frank Ebert spricht zu den Mitgliedern des Kulturausschusses

Der Ausschuss für Kultur, Engagement und Demokratieförderung des Abgeordnetenhaus von Berlin traf sich zu seiner Sitzung am 26. Februar 2024 auf dem Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale. Auf eine Führung über das Areal, bei der die Abgeordneten unter anderem die Open-Air-Ausstellung „Revolution und Mauerfall“, die Ausstellung des Bundesarchivs „Einblick ins Geheime“ und das Stasmuseum besuchten, folgte die reguläre Sitzung in Haus 22. Bei einer Expertenanhörung legten der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte Frank Ebert sowie Vertreter des Bürgerkomitees „15. Januar“ e.V., der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag, des Bundesarchivs und der Robert-Havemann-Gesellschaft ihre Standpunkte dar. Ebert machte deutlich, dass der Campus für Demokratie und das Forum Opposition und Widerstand Eingang in die Gedenkstättenkonzeption des Bundes finden müssen. Der politische Wille in Land und Bund sei da, nun müssten die Mittel für die bundesweit bedeutsamen Projekte bereitgestellt werden.



Die Mitglieder des Kulturausschusses vor einem Modell des Campus-Areals im Stasimuseum

Am 10. Juli 2024 stellte die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen bei einer Informationsveranstaltung auf dem Campus das Bebauungsplanverfahren für das Areal vor. Zu den Zielen gehört die Schaffung von Baurecht für den Neubau des Bundesarchivs, in dem die Unterlagen der SED-Diktatur aufbewahrt werden sollen, und für das Forum Opposition und Widerstand. Außerdem sollen städtebauliche Missstände wie zum Beispiel der Leerstand beseitigt werden, um das ehemalige Stasi-Gelände zu beleben und seine erinnerungskulturelle Bedeutung zu stärken.

2.3 Ehemalige Untersuchungshaftanstalt Keibelstraße

In seiner Sitzung vom 6. Juni 2024 hat sich das Abgeordnetenhaus von Berlin erneut dafür ausgesprochen, das ehemalige Volkspolizeigefängnis in der Keibelstraße zu einem Erinnerungsort auszubauen. Dafür soll die frühere Untersuchungshaftanstalt saniert und für den Museumsbetrieb ertüchtigt werden. Das Gefängnis ist als authentischer Ort besonders geeignet, um zu dokumentieren, dass die Repression in der SED-Diktatur nicht auf die Stasi beschränkt war.

In dem fraktionsübergreifenden Antrag forderten die Abgeordneten den Senat von Berlin auf, sich bei der Bundesregierung für eine Fortführung der Erforschung der Geschichte des ehemaligen Polizeipräsidiums sowie für eine Aufnahme des Erinnerungs-ortes Keibelstraße in die Gedenkstättenkonzeption des Bundes einzusetzen. Der Antrag wurde an den Ausschuss für Kultur, Engagement und Demokratieförderung überwiesen.

Derzeit dient eine Etage des früheren Gefängnisses als Lernort, in dem die Agentur für Bildung, Geschichte und Politik e.V. Führungen und Lernwerkstätten anbietet. Den Vorsitz des Fachbeirats für den Lernort hat der stellvertretende Berliner

2.4 Zusammenarbeit auf Landes- und Bundesebene

Aufarbeitungsbeauftragte Dr. Jens Schöne inne. Aufgrund personeller und struktureller Veränderungen in der zuständigen Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sowie im Lernort selbst fand 2024 nur eine Beiratssitzung statt. Hierbei wurde die neue Leiterin des Lernorts Dr. Henrike Voigtländer begrüßt und für die Zukunft eine weiterhin enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit vereinbart.

Die Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt hat die Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen mit der Weiterentwicklung der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt beauftragt. Mit der Stiftung unterhält der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte enge Arbeitsbeziehungen.



Lernort Keibelstraße

Mit den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses von Berlin pflegte der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte einen intensiven Austausch. Auch mit den für das Themenspektrum der Aufarbeitung zuständigen Senatorinnen und Senatoren sowie deren Staatssekretärinnen und -sekretären traf sich Frank Ebert regelmäßig. Mit dem Referat Gedenkstätten, Museen, Bildende Kunst der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt ist darüber hinaus ein fachlicher Austausch der Arbeitsebenen beider Häuser institutionalisiert. Zu den zentralen Themen gehörten die Weiterentwicklung der Erinnerungsstätte Campus für Demokratie und Keibelstraße sowie die Planungen für das Forum Opposition und Widerstand 1945–1990.

Am 3. März 2024 stellte Frank Ebert die Tätigkeitsberichte 2020 bis 2022 im Berliner Abgeordnetenhaus vor. In seiner Rede rief er die Parlamentarier dazu auf, auch in Zukunft auskömmliche Mittel bereitzustellen, damit das Beratungsangebot für ehemals politisch Verfolgte in Berlin aufrechterhalten werden kann. Berlin verfüge über eine historisch gewachsene und in ihrer Diversität einzigartige Beratungslandschaft für ehemals politisch Verfolgte der kommunistischen Diktatur. Das Angebot sei jedoch „abhängig von einer verlässlichen Projektförderung, wie wir sie aktuell gewährleisten können.“



Frank Ebert bei der Vorstellung der Tätigkeitsberichte im Abgeordnetenhaus

Frank Ebert war mehrfach zu Gast bei den Sitzungen des Ausschusses für Europa- und Bundesangelegenheiten, Medien des Berliner Abgeordnetenhauses, zum Teil auch als geladener Experte bei Anhörungen. Auch an der konstituierenden Sitzung des Ehrenrats des Abgeordnetenhauses am 18. Januar 2024 nahm er mit beratender Stimme teil.

Im Deutschen Bundestag war Frank Ebert mehrfach zu Gast bei verschiedenen Fachgesprächen, so z. B. beim internen Fachgespräch Erinnerungskultur „Altes Erinnern – Modernes Gedenken?“ von Bündnis 90/Die Grünen am 29. Januar 2024. Außerdem besuchte er die Anhörung zur Rehabilitierung politisch Verfolgter in der DDR am 6. November 2024.

Auf Einladung der SED-Opferbeauftragten Evelyn Zupke nahm der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte am parlamentarischen Fachgespräch „Europäisches Mahnmal für die Opfer totalitärer Regime im 20. Jahrhundert und die europäische Perspektive des Gedenkens und Erinnerns an den Kommunismus“ am 1. Februar 2024 im Bundestag teil. Dabei diskutierten die Teilnehmenden, wie die europäische Gedenkkultur in der Frage ihres Umgangs mit dem Erbe totalitärer Regime weiterentwickelt werden kann. Auch ging es um die Frage, welche Rolle dabei künftig das Gedenken an die Opfer des Kommunismus einnehmen kann.



Treffen am Rande des Fachgesprächs
am 1. Februar 2024 im Bundestag
von links: Evelyn Zupke, Katrin Budde, Frank Ebert

Einen regen Austausch pflegte Frank Ebert mit Fachpolitikerinnen und -politikern im Deutschen Bundestag, so z. B. am 9. April 2024 mit Dr. Christiane Schenderlein (Sprecherin der Arbeitsgruppe Kultur und Medien der CDU/CSU-Bundestagsfraktion), am 10. Oktober 2024 mit Thomas Hacker (FDP, Mitglied im Ausschuss Kultur und Medien) und am 14. Oktober 2024 mit Katrin Budde (SPD, Vorsitzende des Ausschusses Kultur und Medien). Auch mit dem Aufbaustab beim Ostbeauftragten Carsten Schneider fand ein Austausch zum Stand der Vorbereitungen für ein Zukunftszentrum in Halle statt.

Frank Ebert war im Berichtsjahr Mitglied im Stiftungsrat der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge, im Beratungsgremium beim Bundesarchiv und im Stiftungsrat der Bundesstiftung Aufarbeitung. Er gehörte 2024 auch dem Beratungsgremium an, das die Feierlichkeiten zu 35 Jahren Friedliche Revolution und Mauerfall mit Kulturprojekte Berlin vorbereite. Die Kulturprojekte Berlin stellten die Leitideen für das Mauerfall-Jubiläum bei einer Pressekonferenz am 25. März 2024 in der Gedenkstätte Berliner Mauer vor.



Frank Ebert und Marianne Birthler bei der Präsentation der geplanten Plakatausstellung

Außerdem wirkte er in dem Gremium mit, das ab November 2024 den 80. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs in 2025 vorbereitete.

Zur Vernetzung mit verschiedenen Akteurinnen und Akteuren der Erinnerungskultur aus ganz Deutschland besonders geeignet ist die Geschichtsmesse in Suhl. Frank Ebert ist auf der Veranstaltung der Bundesstiftung Aufarbeitung, die 2024 vom 29. Februar bis zum 2. März stattfand, regelmäßig zu Gast.

2.5 Arbeitskreis II der Berliner und Brandenburger Gedenkstätten und Aufarbeitungsinitiativen (AK II)

Im AK II sind Vertreterinnen und Vertreter von Institutionen, Gedenkstätten, Vereinen und Initiativen zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur organisiert. Zweimal im Jahr treffen sie sich zu einem fachlichen Austausch. Beim Treffen am 9. April 2024 im Besucherzentrum der Stiftung Berliner Mauer diskutierten die Teilnehmenden

unter anderem über die Notwendigkeit von Forschung an Gedenkstätten.

Das zweite Treffen fand am 19. November 2024 in Potsdam statt. Nach einer Führung durch das Brandenburgische Landeshauptarchiv (BLHA) kamen die Gäste mit Professor Dr. Mario Glauert, Direktor des BLHA, und leitenden Archivmitarbeitern zum Thema „Aufarbeitung und Archive“ ins Gespräch. Außerdem stellte Alexander Sachse vom Museumsverband Brandenburg das Projekt „Kulturgutentzug in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR: Historische Hintergründe – Praxisbeispiele – Recherchearnsätze“ vor.

Der gemeinsame Jahresempfang der NS- und SED-Aufarbeitungsinstitutionen fand am 3. Juli 2024 in den Räumen der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur statt. Dabei hielten u. a. Stiftungsdirektorin Dr. Anna Kaminsky, die Abteilungsleiterin Erinnerungskultur der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien Maria Bering und der Senator für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt Joe Chialo Grußworte. Unter den Gästen waren Leiterinnen und Leiter, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berlin-Brandenburgischen Aufarbeitungsinstitutionen, Lernorte, Museen, Gedenkstätten und Archive.

Kultursenator
Joe Chialo beim
Jahresempfang
der Aufarbeitungs-
institutionen



2.6 Zusammenarbeit mit den Landesbeauftragten

Einmal im Monat tagt die Konferenz der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Folgen der kommunistischen Diktatur. Der länderübergreifende Austausch findet entweder in den Räumen des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten statt oder erfolgt per Videokonferenz. Oft werden externe Expertinnen und Experten wie die SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke, die Vizepräsidentin des Bundesarchivs Alexandra Titze oder der Bundesvorsitzende der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. Dieter Dombrowski zu den Sitzungen eingeladen.

2024 hat sich die Konferenz dafür eingesetzt, die Novellierung des Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR voranzutreiben. Dazu stimmten sich die Landesbeauftragten eng mit der SED-Opferbeauftragten ab.



Das BAB-Team auf dem Bundeskongress 2024 von links: Yvonne Laue, Ulrike Mohns, Dr. Anja Schröter, Frank Ebert

Die Konferenz der Landesbeauftragten veranstaltet gemeinsam mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen jedes Jahr einen Bundeskongress. Der 27. Bundeskongress vom 24. bis zum 26. Mai 2024 in Erkner stand unter dem Titel „Jugend unter Generalverdacht? Instrumentalisierung, Protest und Verfolgung

junger Menschen in der kommunistischen Diktatur“. In Vorträgen und Gesprächsrunden wurde thematisiert, wie die Diktatur das Leben Jugendlicher im Spannungsfeld zwischen Anpassung und Rebellion beeinflusst hat. Auch die langfristigen Folgen der Diktaturerfahrung kamen zur Sprache.

Beim Kongress wurde eine von vielen Organisationen getragene Resolution an die 2. Vizepräsidentin der Kultusministerkonferenz, Berlins Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch, überreicht. Zentrale Forderungen der Resolution „Mehr DDR-Vergangenheit vermitteln, mehr Diktaturgeschichte erklären“ sind eine stärkere Vermittlung und Auseinandersetzung mit der Geschichte der SBZ/DDR, ihre prüfungsrelevante Verankerung im Schulunterricht in ganz Deutschland und die Einrichtung von Lehrstühlen zur Zeitgeschichte mit dem Schwerpunkt Geschichte der SBZ/DDR zur Sicherung kontinuierlicher universitärer Lehre und Lehrkräfteausbildung.

Bei bundesweit bedeutsamen Ereignissen präsentiert sich die Konferenz der Landesbeauftragten mit einem gemeinsamen Stand. Im Berichtsjahr war die Konferenz beim 103. Katholikentag vom 29. Mai bis 2. Juni in Erfurt und beim Tag der Deutschen Einheit auf dem Bürgerfest vom 2. bis 4. Oktober in Schwerin vertreten.



Frank Ebert beim Tag der Deutschen Einheit in Schwerin

2.7 Erinnerungskultur

Der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte setzt sich dafür ein, wichtige Ereignisse der Geschichte wie den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR stärker in der deutschen Erinnerungskultur zu verankern. Dazu sind aus Sicht des BAB zeitgemäße und innovative Formate notwendig; gleichzeitig haben aber auch Rituale wie Kranzniederlegungen ihre Berechtigung. Frank Ebert nahm im Berichtsjahr an zahlreichen Gedenkveranstaltungen teil. So legte



Gedenken auf dem Friedhof Friedrichsfelde
von links: Frank Ebert, Judith Stückler,
Gregor Hoffmann, Dennis Haustein,
Mario Röllig, Lilia Usik

er am 14. Januar einen Kranz auf dem Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus auf dem Friedhof Friedrichsfelde nieder.

Zum 71. Jahrestag des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 nahm der BAB an mehreren Gedenkveranstaltungen teil und legte Kränze an den Gedenkorten nieder. An die Opfer des Volksaufstands wird u.a. auf dem Friedhof Seestraße im Wedding, am Bodendenkmal in Mitte und am Steinplatz in Charlottenburg erinnert.

Zum 63. Jahrestag des Mauerbaus sprach Frank Ebert beim Mauer-Gedenken in der Gedenkstätte Spandau am 12. August und bei der zentralen Gedenkveranstaltung der Stiftung Berliner Mauer in der Bernauer Straße am 13. August 2024. Außerdem nahm er an der Kranzniederlegung am Peter-Fechter-Mahnmal in Kreuzberg teil. Peter Fechter versuchte gut ein Jahr nach dem Mauerbau über die Berliner Mauer zu flüchten. Der damals 18-Jährige verblutete qualvoll, nachdem DDR-Grenzsoldaten auf ihn geschossen hatten.



Frank Ebert
bei der Kranz-
niederlegung
am Peter-Fechter-
Mahnmal

2.8 Weiteres Engagement

Im Berichtsjahr benannte das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg eine neu gestaltete Parkanlage an der Skalitzer Straße Ecke Mariannenstraße in Kreuzberg nach Çetin Mert, einem der jüngsten Todesopfer an der Berliner Mauer. Am 11. Mai 1975, seinem 5. Geburtstag, fiel das Kind beim Spielen am Ufer zwischen Oberbaumbrücke und Ostbahnhof in die Spree und ertrank. Die Spree gehörte hier komplett zu Ost-Berlin. Wegen der entlang des Ufers verlaufenden Staatsgrenze durften West-Berliner Rettungskräfte nicht eingreifen. Die DDR-Grenzsoldaten erhielten keinen Befehl, das Kind zu retten.

Bei der feierlichen Platzbenennung am 11. Mai 2024 wurde eine Informationstafel zu Çetin Mert eingeweiht. Der stellvertretende Berliner Aufarbeitungsbeauftragte Dr. Jens Schöne hielt ein Grußwort bei der Veranstaltung, die der Bezirk in Kooperation mit der Stiftung Berliner Mauer ausrichtete.



Informationstafel zu Çetin Mert
im nach ihm benannten Park

Der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte dokumentierte im Berichtsjahr den Zustand der Erinnerungsorte zum Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953. Vorangegangen war ein Hinweis aus der Zivilgesellschaft zum schlechten Zustand einiger Gedenksteine und Plaketten. Dem BAB ist es ein wichtiges Anliegen, dass an die Menschen würdig erinnert wird, die im Juni 1953 in der gesamten DDR für Freiheit und Demokratie unter großem persönlichen Risiko auf die Straße gegangen sind. Deshalb beauftragte Frank Ebert umgehend einen Mitarbeiter mit der Begehung aller elf Gedenkorte zum 17. Juni 1953 im Land Berlin. Ziel war es, den aktuellen Zustand zu dokumentieren und auf Basis dieser Fakten bei den Bezirken eine Verbesserung des Zustandes zu erwirken. Fünf der elf Erinnerungsorte waren stärker verunreinigt oder beschädigt. Die identifizierten Verunreinigungen wurden den jeweiligen Bezirksamtern gemeldet. Diese reagierten überwiegend aufgeschlossen auf die Hinweise und veranlassten eine schnelle Beseitigung der Missstände.



Graffitis und Tags am Holzkreuz
und Gedenkstein für die Opfer
des 17. Juni 1953 im Viktoriapark
in Kreuzberg



Gruppenbild in einem Container der Ausstellung „China ist nicht fern“
von links: Wu'er Kaixi (Tian'anmen-Studentenführer),
Zhou Fengsuo (Tian'anmen-Studentenführer, Gründer von „Humanitarian China“
und Geschäftsführer von „Human Rights in China“),
Antje Schippmann (Geschäftsführerin der Axel Springer Freedom Foundation),
Cornelia Seibeld (Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin),
Frank Ebert (Berliner Aufarbeitungsbeauftragter)

China ist nicht fern

Im Revolutionsjahr 1989 gab es nicht nur Gewinner

*Würde man Menschen in Deutschland fragen,
was 1989 wichtig war, dürften die meisten
den Fall der Berliner Mauer nennen.*

*Dass bei den großen Demonstrationen in der
DDR im Herbst 1989 die Waffen schwiegen, dass
die Grenzposten am Abend des 9. November 1989
die Schlagbäume öffneten, das ist ein Glücksfall
in der deutschen Geschichte.*

*Und so können wir heute von der Friedlichen
Revolution in der DDR sprechen.*

1989 war nicht nur in Deutschland ein Jahr der Revolution. Auch in China stellten sich überwiegend junge Menschen dem Regime und seinen Panzern entgegen. Ihre Forderungen nach mehr Demokratie verhallten jedoch; das chinesische Militär schlug die Proteste auf dem Pekinger Platz des Himmlischen Friedens in der Nacht vom 3. zum 4. Juni 1989 blutig nieder. Hunderte, wenn nicht gar tausende Zivilisten kamen bei dem Massaker ums Leben.

Das SED-Regime reagierte erwartbar und spielte die Ereignisse rund um den Tian'anmen-Platz herunter. Das DDR-Scheinparlament wertete das Geschehen als „Niederschlagung der Konterrevolution“. Die DDR-Volkskammer sicherte in ihrer Sitzung am 8. Juni 1989 der chinesischen Staatsführung ihre „uneingeschränkte Solidarität“ zu und stellte fest, dass „die Regierung gezwungen war, die Ordnung und Sicherheit durch militärische Gewalt wiederherzustellen“.

Doch die Bilder vom Tian'anmen-Platz erreichten auch die Menschen in der DDR. „Trotz des chinesischen Beispiels und der Reaktion des SED-Regimes gab es einige Mutige in der DDR, die gegen die Gräueltaten der chinesischen Führung protestierten“, erinnert sich der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte Frank Ebert. „In zahlreichen Städten der DDR verfassten Bürgerinnen und Bürger Protestschreiben an die chinesische Staatsführung und sammelten Unterschriften, was nicht ganz ungefährlich war.“

Mit Flugblättern wurde zu Protesten unter dem Motto „China ist nicht fern“ aufgerufen. Mehrere Demonstrationen, zum Beispiel vor der chinesischen Botschaft, endeten mit Verhaftungen. „In einigen Kirchen, besonders in Berlin, Potsdam, Leipzig und Dresden fanden Klagegottesdienste, ‚Trommelfasten‘ oder ‚Protest-Trommeln‘ statt“, erzählt Ebert. Doch trotz der polizeilichen Drohkulisse rund um die Kirchen ließen sich die Menschen damals nicht einschüchtern. „Wir waren auch in der SED-Diktatur nicht sehr viele, die sich dem System entgegenstellten und Widerstand leisteten, aber wir waren entschlossen“, so der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte. „Dennoch trieb uns die Sorge um, ob auch in der DDR eine ‚chinesische Lösung‘ droht.“ Diese blieb in der DDR zum Glück aus, wozu das besonnene Vorgehen der Menschen auf den Straßen in Berlin, Leipzig und andernorts mit dem Slogan „Keine Gewalt!“ sowie die internationalen Reaktionen auf das Massaker in Peking wesentlich beitrugen.



Juni 1989:
Die DDR-Opposition protestiert vor der Samariterkirche
in Ost-Berlin mit einem mehrtägigen Klagetrommeln
gegen die Niederschlagung der Demokratiebewegung in China.



Historische Plakate
in der Ausstellung „China ist nicht fern“



Frank Ebert spricht
bei der Ausstellungseröffnung
vor dem Axel-Springer-Haus

**Eröffnung der Ausstellung
„China ist nicht fern“**



Abendveranstaltung
im Asisi Panorama Berlin



Oppositionelle im Gespräch

Zhou Fengsuo (Tian'anmen-Studentenführer, Gründer von „Humanitarian China“ und Geschäftsführer von „Human Rights in China“), Michael Heinisch-Kirch (DDR-Bürgerrechtler)

Zusammengebracht wurden die Ereignisse von 1989 in der DDR und in China in der Wanderausstellung „China ist nicht fern“ der Axel Springer Freedom Foundation. Die Schau war im November 2024 zunächst vor dem Abgeordnetenhaus von Berlin und anschließend vor dem Axel-Springer-Haus zu sehen. Drei Schiffscontainer einer chinesischen Reederei dienten als mobile Ausstellungsfläche, auf der Videointerviews mit Zeitzeugen aus der DDR und China sowie Originalobjekte vom Tian'anmen-Platz gezeigt wurden. Auch ein Nachbau der „Göttin der Demokratie“, des Symbols der chinesischen Demokratiebewegung, wurde aufgestellt.

Begleitend zur Ausstellung diskutierten Zeitzeugen aus China und der DDR bei einer vom BAB geförderten Abendveranstaltung im Asisi Panorama am Checkpoint Charlie. Zu den Gästen zählten unter anderem die DDR-Bürgerrechtler Ulrike Poppe, Stefan Müller und Michael Heinisch-Kirch sowie die chinesischen Demokratieaktivisten Zhou Fengsuo, Wu'er Kaixi und Yicheng Huang. „Wir konnten dabei einmal mehr feststellen, wie eng die leitenden Fragen der Vergangenheit mit den Werten der Gegenwart zusammenhängen“, sagt Frank Ebert. „Freiheit und Menschenrechte, Frieden und Demokratie – das sind die Koordinaten, die unser aller Arbeit immer begleiten.“

3. BERATEN

*„Sie und Ihre
Einrichtung haben
meinen Alltag spürbar
erleichtern können.“*

aus dem Dankesbrief
einer vom BAB beratenen Person

Die Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze (SED-UnBerG) hat in Gesprächen mit Betroffenen, Politikerinnen und Politikern, der SED-Opferbeauftragten, den Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und den Verfolgtenverbänden im Berichtsjahr großen Raum eingenommen. Die Ampelkoalition hatte sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf geeinigt, materielle Verbesserungen für Verfolgte der SED-Diktatur umzusetzen. Der im Mai 2024 vorgelegte Gesetzentwurf sorgte jedoch bei vielen Betroffenen für Enttäuschung. Die Kritik entzündete sich vor allem daran, dass die geplanten Neuerungen als zu wenig weitgehend empfunden wurden und zum Teil hinter den Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag zurückblieben. Darin hatten sich SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP unter anderem vorgenommen, „die Beantragung und Bezahlung von Hilfen und Leistungen für Opfer der SED-Diktatur, insbesondere für gesundheitliche Folgeschäden“ zu erleichtern. Im Gesetzentwurf des Bundesministeriums für Justiz und für Verbraucherschutz waren jedoch Verbesserungen bei der Frage der Anerkennung von Gesundheitsschäden gar nicht vorgesehen. Die Konferenz der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Folgen der kommunistischen Diktatur kritisierte die Pläne in einer gemeinsamen Pressemitteilung. Berlins Aufarbeitungsbeauftragter Frank Ebert bat den Regierenden Bürgermeister von Berlin in einem Schreiben um Vermittlung auf Bund-Länder-Ebene.

Bei einer Anhörung im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages am 6. November 2024 äußerten alle Sachverständigen einhellig Kritik am Gesetzentwurf. Am selben Tag zerbrach – aus anderen Gründen – die Ampelkoalition. In den Wochen darauf kam dank der engagierten Arbeit der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag Evelyn Zupke Bewegung in das Thema: Die Fraktionen von SPD, Bündnis90/Die Grünen, CDU/CSU und FDP verständigten sich auf substantielle Verbesserungen für Verfolgte der SED-Diktatur und auf einen gemeinsamen Gesetzentwurf, der noch vor den vorgezogenen Neuwahlen am 30. Januar 2025 im Bundestag beschlossen wurde. Die Änderungen traten am 1. Juli 2025 in Kraft.

Ein Wermutstropfen bleibt: Für Betroffene von staatlichem Zwangsdoping in der DDR ist auch nach der Gesetzesnovellierung kein geeignetes Unterstützungsinstrument vorhanden. Der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte wird sich in der neuen Legislatur für eine Integrierung der Dopinggeschädigten ins Verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG) einsetzen, um eine bessere Grundlage für die Anerkennung ihrer Gesundheitsschäden zu schaffen und ihnen so den Zugang zu notwendiger Unterstützung zu ermöglichen.



Die SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke (rechts) zu Gast im Rechtsausschuss unter Leitung der Vorsitzenden Elisabeth Winkelmeier-Becker (links), Mai 2022

3.1 Bürgerberatung

Die Beratung von Menschen, die in der SBZ/DDR politisch verfolgt wurden, gehört zu den Kernaufgaben des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Die Bürgerberatung beim BAB in Berlin-Lichtenberg steht allen Betroffenen und ihren Angehörigen offen. Der Zugang ist barrierefrei. Vom S-Bahnhof Storkower Straße kommt man mit dem Aufzug auf die Fußgängerbrücke, über die man zum Eingang in der Franz-Jacob-Str. 4 B gelangt. Die BAB-Geschäftsstelle im 3. Stockwerk ist über einen Lift zu erreichen. Das Beratungszimmer liegt in einem vom sonstigen Bürobetrieb getrennten Bereich. Drei qualifizierte Mitarbeitende widmen ihre Arbeitszeit ganz oder teilweise den Anliegen der Betroffenen.

Die Anfragen gehen beim BAB überwiegend telefonisch oder per E-Mail ein. Anschließend wird häufig ein persönlicher Beratungstermin vereinbart. In der Beratung kommt es vor allem darauf an, sich für die Menschen Zeit zu nehmen. Denn im Alltag haben diese kaum die Möglichkeit, von ihren meist negativen Erfahrungen in der DDR zu berichten. Das BAB-Beratungsteam nimmt die Anliegen der Betroffenen ernst und begegnet ihnen mit Verständnis und Hilfe.

2024 begleiteten die BAB-Beraterinnen mehrere Antragstellerinnen und Antragsteller zum Zweck der Akteneinsicht am Landgericht Berlin und am Kammergericht. Dies geschah im Zusammenhang mit Beschwerdeverfahren, um zu erfahren, welche

Unterlagen den Gerichten vorlagen. Das Beratungsteam bietet auch eine Begleitung bei der Akteneinsicht im Stasi-Unterlagen-Archiv an. Die Betroffenen sind häufig überfordert von der Fülle der über sie gesammelten Unterlagen. Ohne fachgerechte Unterstützung können sie in der Regel nicht einschätzen, welche Dokumente für ihren Rehabilitierungsantrag tatsächlich relevant sind.

Im Berichtsjahr ließen sich vor allem ehemalige DDR-Heimkinder über die Möglichkeiten einer strafrechtlichen Rehabilitierung beraten. Dabei geht es insbesondere um Kinder und Jugendliche, die in Spezialheime und Jugendwerkhöfe eingewiesen wurden, weil sie als unangepasst oder schwer erziehbar galten. In diesen Einrichtungen sollten sie umerzogen werden. Viele Betroffene haben durch die gewaltvolle Erziehung körperliche, emotionale und soziale Schäden erlitten. Sie benötigen kompetente Beratungs- und Hilfsangebote.

Die Unterbringung von Babys in sogenannten Säuglingsheimen war 2024 mehrfach Gegenstand von Beratungen beim BAB. Die in diesen Einrichtungen untergebrachten Kinder wiesen zum Teil massive Entwicklungsstörungen auf; in vielen Fällen wurde bei den Betroffenen Hospitalismus diagnostiziert. In der Bundesrepublik wurden derartige Heime deshalb in den 1960er-Jahren abgeschafft. In der DDR existierten sie ungeachtet der wissenschaftlichen Erkenntnisse bis zum Jahr 1989 weiter.



Der Leiter der Abteilung
Bürgerberatung und Beratung
öffentlicher Stellen
Jens Planer-Friedrich
im Gespräch

BEISPIEL 1

Frau M., geboren 1964, kam als Jugendliche 1979 in „staatliche Fürsorge“. Nach acht Monaten im Durchgangsheim Demmin wurde sie ins Spezialkinderheim Eilenburg eingewiesen. Nach rund zweieinhalb Jahren wurde sie bis zur Volljährigkeit in den Jugendwerkhof Eilenburg verlegt.

Die (Um-)Erziehungsmethoden in den Spezialheimen und Jugendwerkhöfen waren von Gewalt und Missbrauch geprägt. Ehemalige Insassen können deshalb Rehabilitierung beantragen und Entschädigungs- bzw. Ausgleichsleistungen erhalten. Zunächst stand für die finanzielle Unterstützung der Fonds „Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990“ zur Verfügung, der allerdings 2018 auslief. Im darauffolgenden Jahr novellierte der Bundestag die SED-UnBerG. Dabei verbesserte der Gesetzgeber die Möglichkeiten der strafrechtlichen Rehabilitierung und damit auch für Chancen auf berufliche Rehabilitierung für ehemalige DDR-Heimkinder.

Frau M. hatte bereits Hilfeleistungen aus dem Fonds erhalten, erkundigte sich aber in Folge der Gesetzesnovelle beim BAB-Beratungsteam hinsichtlich der Möglichkeiten auf strafrechtliche Rehabilitierung. Dokumente zu den Heimaufenthalten hatte bereits vor Jahren die Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder (ABeH) für den Heimfonds in Berlin zusammengetragen. Die Akten lagern derzeit in der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie. Wenn Betroffene ihre Zustimmung geben, haben die Mitarbeitenden des Projekts „UNSER HAUS“ in Trägerschaft des Vereins ABH e. V. (Anlauf- und Beratungsstelle für Menschen mit Heimerfahrung) Zugriff darauf. Der Verein wurde von ehemaligen Mitarbeitenden der ABeH gegründet, die in Berlin bis 2018 für den Fonds Heimerziehung zuständig war.



Die Anlaufstelle „UNSER HAUS“ in Berlin-Friedrichshain

Die BAB-Beraterin vermittelte, dass eine ABH-Mitarbeiterin mit Vollmacht von Frau M. die relevanten Dokumente aus den Fondsakten besorgte, um den Antrag auf strafrechtliche Rehabilitierung zu vervollständigen. Vom Landgericht Neubrandenburg wurde Frau M. für die Aufenthalte im Durchgangsheim, im Spezialkinderheim und im Jugendwerkhof strafrechtlich rehabilitiert. In der Folge unterstützte die BAB-Beraterin sie bei der Beantragung der Kapitalentschädigung und der Opferrente.

Vermehrt erreichten den BAB im Berichtsjahr auch Anfragen zur Klärung der eigenen Familiengeschichte und zu den Rechten auf mögliche Entschädigung. Die Betroffenen möchten Einblick in ihre Stasi-Akten

oder in die Akten verstorbener Angehöriger nehmen. Hintergrund ist oft die Aufarbeitung der Familiengeschichte oder der Versuch, lange zurückliegende Vorfälle aufzuklären, wie die folgenden Beispiele zeigen.

BEISPIEL 2

Frau B., geboren 1985, möchte Einsicht in die Stasi-Akte ihres verstorbenen Vaters nehmen. Sie erhofft sich davon, mehr über dessen Todesumstände zu erfahren. Sie schilderte, dass ihr 1961 geborener Vater bei einem Unfall im Jahr 1988 ums Leben kam. Er sei mit dem Moped in der Nähe von Magdeburg auf einer nebeligen Straße auf einen Militär-LKW der sowjetischen Besatzungsmacht aufgefahren, der mitten auf der Straße stand. Der Vater erlag seinen Verletzungen. Die genauen Umstände des Unfalls sind nach Angaben von Frau B. nie aufgeklärt worden. Mit Hilfe der BAB-Beraterin beantragte sie die Stasi-Akteneinsicht als nahe Angehörige einer verstorbenen Person. Die Akteneinsicht steht noch aus.

Weitere Schwerpunktthemen in der Beratung waren 2024 Ansprüche nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG). Mehrere Betroffene berichteten von schleppender Bearbeitung von Anträgen auf Ausgleichsleistungen nach § 8 BerRehaG bei den Berliner Sozialämtern. Auch mit

der Bearbeitung von Anträgen auf Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden sind Betroffene unzufrieden. Hier können die Betroffenen möglicherweise von der Novelle des VwRehaG, die im Sommer 2025 in Kraft tritt, profitieren, wie das folgende Beispiel zeigt.

GLOSSAR

SED-UnBerG: SED-Unrechtsbereinigungsgesetze

BerRehaG: Gesetz über den Ausgleich beruflicher Benachteiligungen für Opfer politischer Verfolgung im Beitrittsgebiet

BEISPIEL 3

Frau W., geboren 1958, wurde in der DDR aus politischen Gründen nicht zum Abitur zugelassen, konnte aber auch ohne Abitur an der Hochschule für Musik Hanns Eisler studieren. Dort wurde sie exmatrikuliert, nachdem sie einen Ausreiseantrag gestellt hatte. Dafür ist sie beruflich rehabilitiert und als politisch Verfolgte im Sinne des BerRehaG von September 1973 bis Februar 1978 anerkannt.

Aufgrund ihrer politischen Verfolgung leidet Frau W. auch an einer post-traumatischen Belastungsstörung. Seit 2016 ist sie in psychotherapeutischer Behandlung. Ihr Psychotherapeut hat Frau W. in einem Attest bescheinigt, dass die Erkrankungen sowie ihr Behandlungsbedarf „in engem Zusammenhang zu dem in der ehemaligen DDR erlebten Unrecht“ stehen. Vor diesem Hintergrund könnte Frau W. eine verwaltungsrechtliche Rehabilitierung mit Bezug zu ihren Gesundheitsschäden beantragen und dann im zweiten Schritt auf Grundlage einer positiven Entscheidung einen Antrag auf Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden stellen.

Dem doppelten Antragsverfahren fühlte sich Frau W. jedoch bisher psychisch nicht gewachsen, zumal die Erfolgsaussichten als gering eingeschätzt werden mussten. Die BAB-Beraterin klärte Frau W. darüber auf, dass gesetzliche Veränderungen absehbar sind und die Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden möglicherweise vereinfacht wird. Die Beraterin und Frau W. einigten sich darauf, nach Inkrafttreten von Gesetzeserleichterungen nochmals die Anerkennungschancen auszuloten und ggf. die Antragstellungen in Angriff zu nehmen.

StrRehaG: Gesetz über die Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet

VwRehaG: Gesetz über die Aufhebung rechtsstaatswidriger Verwaltungsentscheidungen im Beitrittsgebiet und die daran anknüpfenden Folgeansprüche

Neben allgemeinen Anfragen zu den Rehabilitierungsgesetzen und zu den Möglichkeiten der Entschädigung erreichen den BAB auch immer wieder Klagen über das Agieren der Behörden. Das betrifft zum Beispiel die langen Bearbeitungszeiten von Anträgen insbesondere auf die Opferrente beim Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo). Zudem wurden zu Beginn des Jahres 2024 vielen Betroffenen die Opferrenten erst mit mehrwöchiger Verspätung ausgezahlt.

Den Berliner Aufarbeitungsbeauftragten erreichen traditionell viele Anfragen aus den westlichen Bundesländern. Denn dort mangelt es an geeigneten Beratungsangeboten für Verfolgte der SED-Diktatur. Um Abhilfe zu schaffen, veranstaltete der BAB in Kooperation mit der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag am 15. November 2024 erstmals einen Beratungstag in Düsseldorf. Die Veranstaltung zog viele interessierte Besucherinnen und Besucher an. In Zukunft sollen weitere auswärtige Beratungstage angeboten werden.

Um die Arbeit der Aufarbeitungsbeauftragten bekannter zu machen, stellte sich die Konferenz der Landesbeauftragten vom 2. bis 4. Oktober 2024 mit einem gemeinsamen Stand beim Tag der Deutschen Einheit in Schwerin vor. Die Mitarbeitenden kamen dabei mit vielen Menschen aus ganz Deutschland ins Gespräch und informierten über die Möglichkeiten der Rehabilitierung für Verfolgte der SED-Diktatur.



Einige Standbesucherinnen und -besucher nutzten die Gelegenheit, gleich vor Ort einen Antrag auf Einsichtnahme in ihre Stasi-Akte zu stellen.



**Stand der Landesbeauftragtenkonferenz
beim Tag der Deutschen Einheit in Schwerin**

Runder Tisch beim Beratungstag in Düsseldorf
Heiko Hendriks, Beauftragter für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern im Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen (stehend), SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke (rechts daneben)

3.2 Härtefallfonds

Menschen, die in der SBZ/DDR politisch verfolgt wurden, leiden zum Teil noch heute unter den Folgen. Dies kann sich u. a. in gesundheitlichen Problemen und in materieller Bedürftigkeit manifestieren. Seit 2020 kann der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte diesen Personenkreis in besonderen wirtschaftlichen Notlagen unterstützen. Der Berliner Senat hatte damals beschlossen, einen Härtefallfonds für anerkannte Verfolgte der SED-Diktatur aufzulegen. Aus Mitteln des Fonds sollen Menschen unterstützt werden, die in der sowjetischen Besatzungszone oder in der DDR politisch verfolgt wurden, rehabilitiert sind, sich aktuell in einer besonderen wirtschaftlichen Notlage befinden und ihren Wohnsitz in Berlin haben.

Die Unterstützungsleistungen können für die Verbesserung der Wohnbedingungen, die Ausstattung mit technischen Geräten, die Verbesserung der Mobilität, für berufliche (Nach-)Qualifizierung, medizinische Versorgung oder soziale Teilhabe gewährt werden. Sie sollen bestehende Regelversorgungssysteme ergänzen. Bewilligt werden sie nur, wenn keine anderen Leistungsträger, wie z. B. Jobcenter, Rentenversicherung oder Krankenkasse zuständig sind oder die beantragte Leistung dort abgelehnt

wurde. Laufende Kosten (z. B. Miete) oder Schulden werden nicht übernommen. Eine Richtlinie (siehe Anhang) regelt das Prozedere der einmaligen Hilfeleistung. Jeder Einzelfall wird von der zuständigen BAB-Beraterin individuell geprüft. Dazu finden persönliche Gespräche in den Beratungsräumen des BAB statt. In Einzelfällen sind auch Hausbesuche möglich.

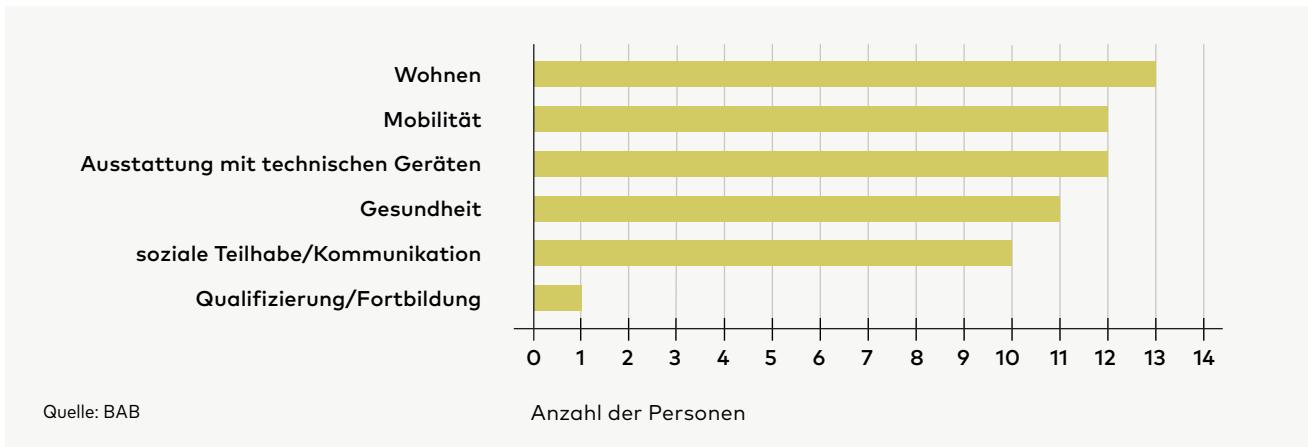
Über die Vergabe der Unterstützungsleistungen entscheidet der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte Frank Ebert unter Mitwirkung eines Beirats. Dem Beirat gehören die SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag Evelyn Zupke und der ehemalige politische Häftling Mario Röllig an. 2024 kam der Beirat dreimal zusammen, um über die Gewährung von Hilfen zu beraten.

Das Land Berlin stellt für den Härtefallfonds jährlich Mittel bereit. 2024 lag die zur Verfügung stehende Summe wie im Vorjahr bei 100.000 Euro. Im Berichtsjahr konnte der BAB Unterstützungsleistungen an 25 Personen ausreichen. Die Gesamtsumme beläuft sich auf 87.597 Euro. Hilfen wurden vor allem für die Bereiche Wohnen, Mobilität und Ausstattung mit technischen Geräten gewährt.



Sitzung des Beirats
für den Härtefallfonds
im Juni 2024
von links: Evelyn Zupke,
Frank Ebert, Mario Röllig,
BAB-Beraterin
Yvonne Laue

Abbildung 1:
Hilfebedarfe 2024



Der größte Teil der Antragstellenden in 2024 bezog Bürgergeld. Weitere häufige Einkommen waren Erwerbsminderungsrente mit ergänzender Grundsicherung und Altersrente mit ergänzender Grundsicherung.

Abbildung 2:
Einkommen der Antragstellenden 2024

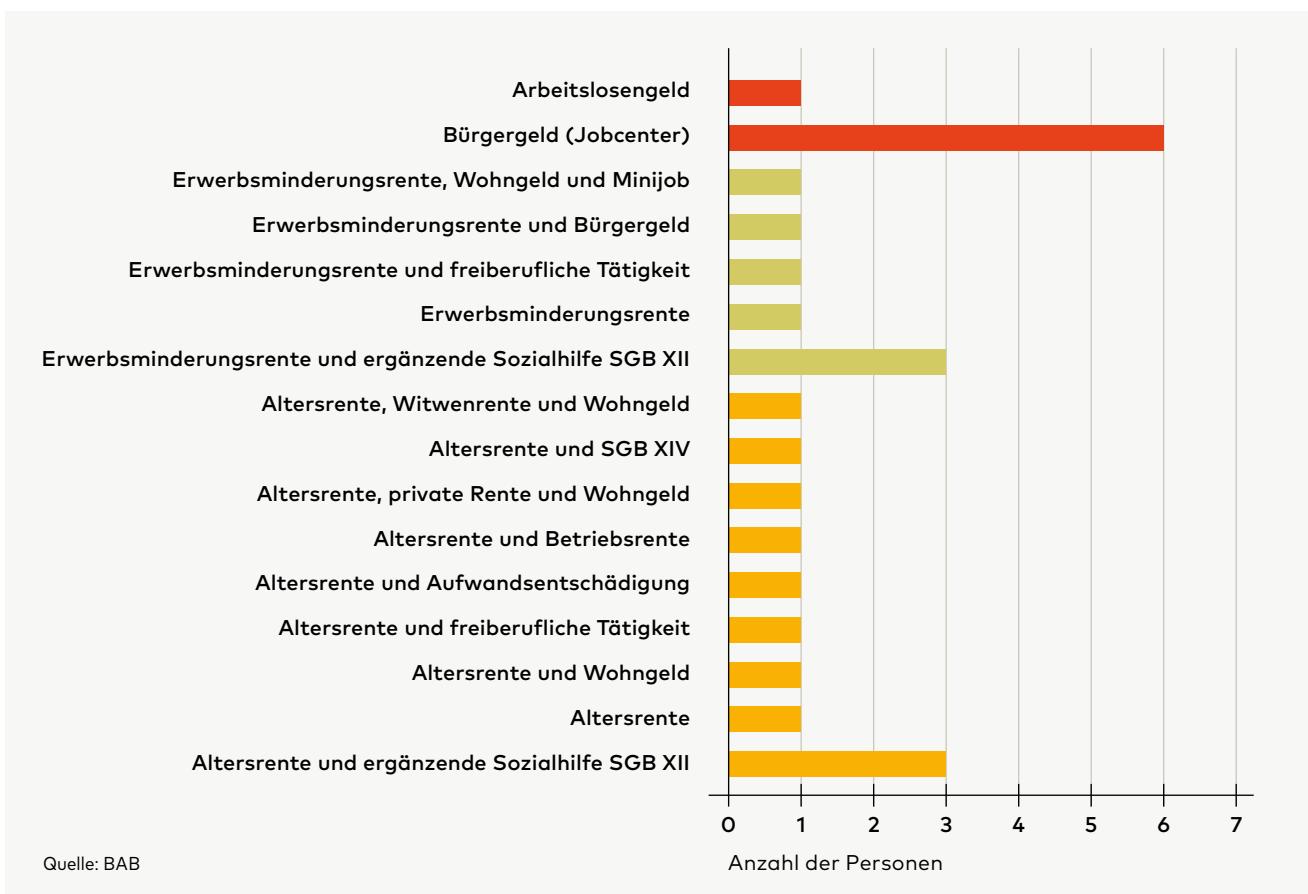
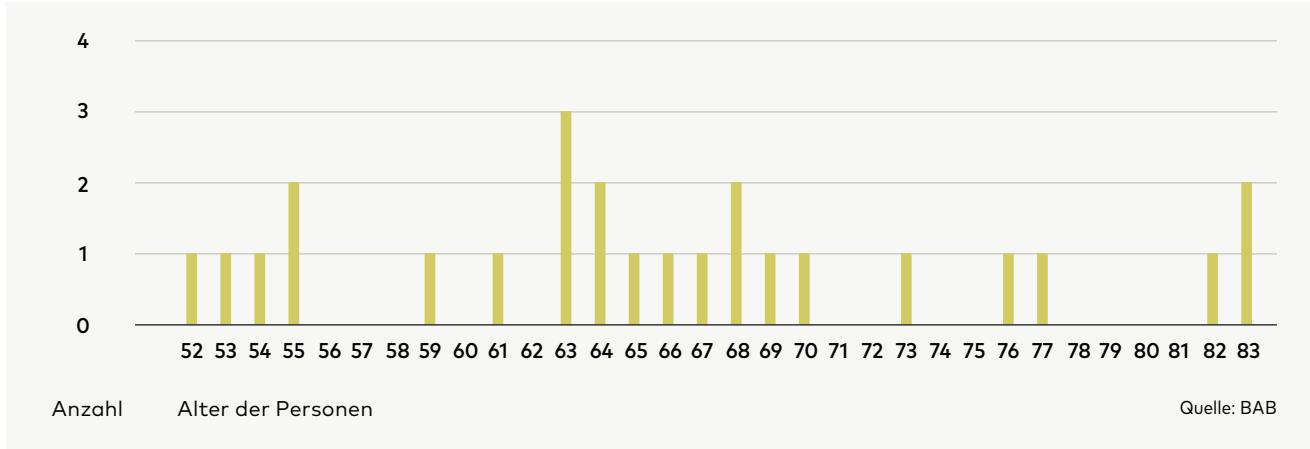


Abbildung 3:**Alter der Betroffenen bei Antragsstellung 2024**

Der jüngste Betroffene war 52, der älteste 83 Jahre alt. Die meisten Menschen, die Unterstützung durch den Härtefallfonds in 2024 benötigten, waren zwischen 63 und 70 Jahren alt. Das entspricht der Bevölkerungsgruppe, die kurz vor oder nach dem Renteneintritt steht.

BEISPIEL 1

Frau L. war in den 1980er-Jahren in einem Durchgangsheim und in einem Jugendwerkhof untergebracht. Durchgangsheime waren geschlossene Einrichtungen mit teilweise gefängnisartigen Sicherheitsvorkehrungen. Die DDR-Jugendhilfe wies dorthin Kinder und Jugendliche ein, die in ein Heim sollten, bis über ihren weiteren Aufenthalt entschieden war. In Jugendwerkhöfen lebten Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren. In den Heimen sollten die Jugendlichen umezogen werden, damit sie sich in die sozialistische Gesellschaft einfügten. Zudem wurden sie zur Arbeit in Produktionsbetrieben oder in der Landwirtschaft eingesetzt.

Frau L. wurde für die Zeit in den DDR-Jugendhilfe-Einrichtungen strafrechtlich rehabilitiert und erhält die Opferrente nach § 17a StrRehaG. Doch die Zeit der Verfolgung hat bei ihr tiefe seelische Wunden hinterlassen. Sie lebt heute von Erwerbsminderungsrente. Frau L. wandte sich an den Härtefallfonds des BAB, um u. a. eine Kostenübernahme für individuelle Gesundheitsleistungen (IGeL) beim Gynäkologen zu beantragen. Der BAB bewilligte die Unterstützung, sodass Frau L. die gynäkologische Untersuchung durchführen lassen konnte. Dabei wurde Gebärmutterhalskrebs im Frühstadium entdeckt, der erfolgreich behandelt werden konnte.

BEISPIEL 2

Frau O. stellte Mitte der 1980er-Jahre einen Ausreiseantrag, der von den DDR-Behörden abgelehnt wurde. Doch sie ließ nicht locker und protestierte gegen die Entscheidung. Schließlich wurde sie zu einer Haftstrafe verurteilt, die sie u. a. im Frauengefängnis Hoheneck absitzen musste. Insgesamt war sie ein Jahr und fünf Monate inhaftiert. 1985 wurde sie von der Bundesrepublik Deutschland freigekauft. Nach der Wiedervereinigung wurde Frau O. strafrechtlich rehabilitiert. Sie erhält die Opferrente in Höhe von 330 € monatlich und bezieht Bürgergeld.



Fassade des ehemaligen DDR-Frauengefängnisses Hoheneck

Durch die Haftzeit hat Frau O. gesundheitliche Langzeitschäden erlitten. Ihr Arzt verordnete ihr deswegen eine sechswöchige stationäre psychotherapeutische Behandlung in einer spezialisierten Fachklinik. Frau O.s Krankenversicherung hätte jedoch nur die Kosten für die Unterbringung in einem Zwei-Bett-Zimmer übernommen. Dem war Frau O. aufgrund ihrer Haft erfahrungen nicht gewachsen.

Der BAB bewilligte ihr die Übernahme des Einzelzimmerzuschlags während der Behandlungsdauer aus Mitteln des Härtefallfonds. Frau O. konnte so optimal vom Therapieangebot in der Klinik profitieren.

Ein Artikel über den Härtefallfonds erschien im Oktober 2024 in „Heute und Gestern“.



3.3 Beratung öffentlicher Stellen

Zu den Aufgaben des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gehört die Beratung öffentlicher Stellen. In der Vergangenheit stand dabei die Unterstützung dieser Einrichtungen bei der Überprüfung von Mitarbeitenden auf eine frühere Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR im Mittelpunkt. Heute geht es überwiegend darum, Entscheiderinnen und Entscheider in Behörden und Institutionen für die Belange der in der SBZ/DDR Verfolgten zu sensibilisieren und Vorschläge zu unterbreiten, wie die Arbeit im Sinne der Betroffenen besser organisiert werden kann. Eine wichtige Grundlage dafür bildet die erste Teilstudie zur Evaluierung der Aufarbeitung der SED-Diktatur. Darauf wird später in diesem Kapitel eingegangen.

Das Team des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten steht auch zur Verfügung, um Informationen über politische Verfolgung in der DDR zu vermitteln. So veranstaltete die Hessische Landeszentrale für politische Bildung am 16. September 2024 ein Seminar in Berlin, an dem zahlreiche Mitarbeitende des Hessischen Amtes für Versorgung und Soziales Gießen teilnahmen. Als Referenten erläuterten der stellvertretende Berliner Aufarbeitungsbeauftragte Dr. Jens Schöne und der Leiter der Abteilung Bürgerberatung und Beratung öffentlicher Stellen Jens Planer-Friedrich die Repressionsmethoden des Ministeriums für Staatssicherheit und anderer staatlicher Organe der DDR.

Der BAB steht im Kontakt zu verschiedenen Fachhochschulen, an denen die Fächer Sozialpädagogik bzw. Soziale Arbeit angeboten werden. Am 4. Juni 2024 besuchten Studierende der Fachhochschule Nordwestschweiz den BAB in Berlin und nahmen dort an einem Seminar teil. Dabei sprachen der BAB-Beratungsleiter und eine Beraterin mit den jungen Frauen und Männern über politische Repression in der DDR, die Folgen für Betroffene und die Hilfebedarfe von ehemals politisch Verfolgten. Eine ähnliche Veranstaltung wurde an der Evangelischen Fachhochschule Berlin am 25. Juni 2024 in Berlin-Zehlendorf durchgeführt.

Evaluierung – Sachstandsbericht

Im Auftrag des Berliner Senats lässt der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte den Stand der Aufarbeitung und die Folgen der SED-Diktatur evaluieren. Dazu werden von unabhängigen Dienstleistern wissenschaftliche Studien erstellt. Ziel ist es, aus den Ergebnissen politische Handlungsempfehlungen abzuleiten. 2024 hat der BAB die zweite Teilstudie vorgelegt. Weitere Studien befinden sich in der Konzeptionsphase durch die zuständige Referentin.



Studierende
der FH Nordwestschweiz
beim BAB

Archivierung und Dokumentation von Beständen mit DDR-Provenienz

Am 18. April 2024 stellte der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte im Rahmen eines Parlamentarischen Frühstücks im Abgeordnetenhaus von Berlin die „Empirische Studie zur Archivierung und Dokumentation von Beständen mit SBZ/DDR-Provenienz im Land Berlin im Zeitraum von 1990–2022“ vor. Es handelt sich um die erste große Untersuchung zur Archivierung und Dokumentation von Beständen mit SBZ/DDR-Provenienz im Land Berlin. Die von Facts & Files Historisches Forschungsinstitut Berlin durchgeführte empirische Studie entwickelt aus den gewonnenen Erkenntnissen politische Handlungsempfehlungen, um Archive bei der Arbeit mit diesen Beständen gezielt zu unterstützen und gegenüber der Politik bessere Rahmenbedingungen für ihre Tätigkeit aufzuzeigen.



Vorstellung der Archivstudie bei einem Parlamentarischen Frühstück im Abgeordnetenhaus von Berlin

Der Studie zufolge lagern in Berlin in mehr als 80 Archiven schriftliche, fotografische und audiovisuelle Überlieferungen aus der Zeit der DDR und der Sowjetischen Besatzungszone. Allerdings sind in 32 der untersuchten Archive die Bestände nicht oder nur unzureichend erschlossen. Das betroffene Archivgut ist damit nicht oder nur eingeschränkt für Forschungszwecke oder für Verfahren zur Rehabilitierung und Entschädigung von Verfolgten

der SED-Diktatur nutzbar. Facts & Files empfiehlt daher, die vollständige Erschließung der Bestände in den Archiven voranzutreiben.

Dringender Handlungsbedarf besteht auch bei der Digitalisierung von Archivgut, sowohl im Hinblick auf die Bestandserhaltung, als auch im Hinblick darauf, das Archivgut dauerhaft der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Damit die Archive diese Empfehlungen umsetzen können, benötigen sie die entsprechenden personellen, finanziellen und räumlich-technischen Ressourcen. Das Forschungsinstitut regt an, dass das Land Berlin Förderprogramme für die Erschließung, die Digitalisierung und den Erhalt von Archivgut mit dem Schwerpunkt auf SBZ/DDR-Bestände auflegt.



Übergabe der Studie an Berlins Regierenden Bürgermeister Kai Wegner und Kultursenator Joe Chialo

Weiterhin rät Facts & Files dazu, dass die Archive ihre Arbeit professionalisieren und die Vermittlungsarbeit verstärken, um die Bekanntheit der SBZ/DDR-Bestände zu steigern. Dazu sollten sie Strategien zur Öffentlichkeitsarbeit für verschiedene Zielgruppen entwickeln.

Zudem sollte der Campus für Demokratie zum zentralen Archiv-, Forschungs- und Bildungsort für SBZ/DDR-Geschichte weiterentwickelt werden.

Für die empirische Studie hatte das Institut 159 Archive in Berlin zu einer standardisierten Online-Befragung eingeladen. 86 Einrichtungen nahmen daran teil. 54 Archive mit SBZ/DDR-Beständen wurden in die Auswertung einbezogen. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler führten darüber hinaus qualitative Interviews mit 16 Fachleuten aus Archiven und Verwaltung. Um einen Anreiz zur Teilnahme an der Online-Befragung zu geben, wurde ein Gutschein über 500 Euro des Unternehmens Beskid für Archivmaterial verlost. Am 1. Juli 2024 überreichte BAB-Referentin Jana Bertels den Gutschein gemeinsam mit dem Geschäftsführer von Facts & Files Frank Drauschke an den Gewinner, das Archiv der Jugendkulturen.



von links: Frank Drauschke (Geschäftsführer Facts & Files), Jana Bertels (BAB-Referentin), Daniel Schneider (Leiter Archiv der Jugendkulturen)

Die Ergebnisse der Archivstudie stellten die zuständigen BAB-Mitarbeitenden im Berichtsjahr verschiedenen Institutionen vor. So ging es bei einem Gespräch mit dem Direktor des Landesarchivs, Prof. Dr. Uwe Schaper, und seiner Stellvertreterin Carmen Schwietzer am 13. Juni 2024 um die Handlungsempfehlungen der Studie, insbesondere um Möglichkeiten eines Ausbaus der Archivberatung, um die Erschließung von Archivgut im Landesarchiv und um Öffentlichkeitsarbeit.

Mit Vertretern der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt sprach das BAB-Team am 18. November 2024 über Fördermöglichkeiten für Archive u. a. im Bereich Digitalisierung und für die weitere Vernetzung der Einrichtungen mit SBZ/DDR-Archivgut. Beim 7. Berliner Archivtag am 20. November 2024 wurden die zentralen Ergebnisse und Handlungsempfehlungen der Studie vorgestellt.



BAB-Referentin Jana Bertels stellt die Studienergebnisse beim 7. Berliner Archivtag vor

Maßnahmen für politisch Verfolgte der SED-Diktatur in Berlin im Zeitraum 1990 bis 2020

Bereits im August 2022 ist die erste Teilstudie zur Evaluierung erschienen. Erstellt hatte die „Empirische Studie zur Bestandsaufnahme und Bewertung von Maßnahmen für politisch Verfolgte der SED-Diktatur in Berlin im Zeitraum 1990 bis 2020“ das Berliner Institut für Sozialforschung gGmbH (BIS) im Auftrag des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten. Der BAB hat es sich zur Aufgabe gemacht, sich aktiv für die Umsetzung der aus der Untersuchung abgeleiteten Handlungsempfehlungen einzusetzen.

So haben der Leiter der Abteilung Bürgerberatung und Beratung öffentlicher Stellen des BAB und die zuständige Referentin mehrere Gespräche mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Berliner Rehabilitierungsbehörde im LAGeSo und des Stasi-Unterlagen-Archivs im Bundesarchiv geführt und für den Personenkreis eine Netzwerkveranstaltung organisiert. Ziel der Veranstaltung am 8. Februar 2024 war es, die Kommunikation der Behörden untereinander zu verbessern und zu erreichen, dass Stasi-Unterlagen für Rehabilitierungsverfahren schneller und sachgerechter bereitgestellt werden. In der Folge startete das Stasi-Unterlagen-Archiv eine Initiative für einen Fachaustausch mit den Rehabilitierungsbehörden der Länder zur Verbesserung der Arbeitsprozesse. Diese Schritte haben dazu beigetragen, dass die Mitarbeitenden der Rehabilitierungsbehörden nun konkretere Suchanfragen zur Aktenrecherche beim Stasi-Unterlagen-Archiv stellen. Im Ergebnis konnte die Bearbeitungsdauer von Rehabilitierungsanträgen insgesamt verkürzt werden.



Titelbild von Teilstudie 1

Die Rehabilitierungsbehörde im LAGeSo konnte dank Unterstützung durch den BAB außerdem eine zusätzliche Stelle schaffen. Die Erkenntnisse aus der Studie haben auch mit dazu geführt, dass der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur besseren Unterstützung der Opfer der SED-Diktatur Ende 2024 noch einmal deutlich nachgebessert wurde.

In vielen Bereichen gibt es jedoch noch Handlungsbedarf: So müssen Betroffene bei der Bearbeitung der Anträge auf die sogenannte Opferrente nach § 17a StrRehaG durch die Abteilung III B LAGeSo teils unzumutbare Wartezeiten hinnehmen. Dies liegt vor allem an langwierigen Bedürftigkeitsprüfungen bei Selbstständigen oder Personen mit unregelmäßigem Einkommen, aber auch am Personalmangel. Da mit der Novellierung der SED-UnBerG im Januar 2025 auch die Bedürftigkeitsprüfung im

Zusammenhang mit der Bearbeitung von Anträgen auf Opferrente wegfällt, rechnet der BAB zukünftig mit einer Verkürzung der Bearbeitungszeiten.

Insgesamt lässt sich sagen, dass in 2024 zwar einige Forderungen aus der BIS-Studie bereits umgesetzt wurden oder sich in Umsetzung befinden. Insbesondere die Anerkennung von gesundheitlichen Folgeschäden und die unbürokratische Auszahlung von materiellen Leistungen für viele ehemals politisch Verfolgte der SED-Diktatur gestaltet sich allerdings zum jetzigen Zeitpunkt weiterhin schwierig.

Eine Zwischenbilanz der BAB-Referentin wurde im Oktober 2024 in „Heute und Gestern“ veröffentlicht.



Festzuhalten bleibt: Gerechtigkeit für ehemals politisch Verfolgte der SED-Diktatur bleibt ein andauernder Kraftakt. Es besteht weiterhin Bedarf an Beratung, Rehabilitierung und materiellen Leistungen. Deshalb müssen die Angebote für diesen Personenkreis langfristig gesichert werden.

3.4 Vernetzung

Das Beratungsteam des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten pflegt intensive Kontakte zu anderen Institutionen und Einrichtungen, die Verfolgte der SED-Diktatur beraten. Monatlich lädt der BAB die Mitarbeitenden der Berliner Beratungsinitiativen zu einem Netzwerktreffen ein. Viele dieser Initiativen werden vom BAB finanziell gefördert. Die Treffen dienen dem fachlichen Austausch und der Vertiefung von Kenntnissen zu bestimmten Problembereichen. In Kurvvorträgen ging es im Be-

richtsjahr zum Beispiel um Themen wie die Zersetzungmaßnahmen der Stasi und deren gesundheitliche Folgen sowie um soziale und gesundheitliche Probleme von ehemaligen DDR-Heimkindern.

Regelmäßige Treffen gibt es mit den Beraterinnen und Beratern der Aufarbeitungsbeauftragten der Länder. Bei der Zusammenkunft am 25. Januar 2024 standen Fragen der Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden sowie die Änderungen im Sozialgesetzbuch XIV, die 2024 in Kraft getreten sind, im Mittelpunkt. An der Veranstaltung nahmen auch Mitglieder des Beratungsteams der UOKG und ein Referent der Berliner Sozialverwaltung teil. Der BAB begrüßt dies im Sinne der Vernetzung sehr.

Es bestehen auch intensive Kontakte zu Einrichtungen, die zur SED-Diktatur und ihren Folgen forschen. Der Leiter der BAB-Beratungsabteilung vertritt den Berliner Aufarbeitungsbeauftragten im Fachbeirat des Verbundprojekts der Universitätskliniken Jena, Leipzig, Magdeburg und Rostock „Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht“.

**Verbundprojekt
„Gesundheitliche Langzeitfolgen
von SED-Unrecht“**



Alle zwei Monate können die Beraterinnen und der Berater des BAB gemeinsam mit den Mitarbeitenden der Beratungsinitiativen an einer Supervision teilnehmen. In den Sitzungen werden die seelisch belastenden Aspekte der Beratungstätigkeit besprochen. Dies ist außerordentlich wichtig für die Psychohygiene der Beratenden, damit sie ihren Aufgaben langfristig gerecht werden und dabei gesund bleiben.



Eingang zum Treffpunkt
UNSER HAUS

STORY

Leben im Schatten – ABH e. V. unterstützt ehemalige Heimkinder in Berlin

In einem Ladengeschäft in der Pettenkoferstraße in Berlin-Friedrichshain befindet sich UNSER HAUS, Projekt für und von Menschen mit Heimerfahrung. Seit der Eröffnung im Juni 2019 können Menschen, die in ihrer Kindheit oder Jugend in einem Heim untergebracht waren, dort Beratungs- und Unterstützungsangebote in Anspruch nehmen. Die Begegnungsstätte wird von der Anlauf- und Beratungsstelle für Menschen mit Heimerfahrung ABH e. V. getragen.

„Das Konzept von UNSER HAUS hat drei Säulen“, erläutert Projektleiterin Petra Schwarzer-Knape. Die Sozialarbeiterin ist Gründungsmitglied und Vorsitzende des Vereins ABH e.V. „Neben der Beratung für ehemalige Heimkinder stehen unsere Räumlichkeiten als offener Treffpunkt zum Austausch oder für gemeinsame Aktivitäten zur Verfügung. Die dritte Säule ist Dokumentation und Weiterbildung.“

Zielgruppe für die Angebote des Vereins sind Menschen, die in ihrer Kindheit und/oder Jugend in stationären Heimen untergebracht waren, egal ob in der DDR oder in der Bundesrepublik. Auch ihre Angehörigen, Freundinnen und Freunde sowie Fachkräfte oder Studierende, die sich mit dem Thema beschäftigen, sind willkommen. UNSER HAUS bietet ihnen die Möglichkeit, einfach zum Gespräch ins Offene Café zu kommen oder aber Kurse, oder Selbsthilfegruppen zu besuchen. „Wir legen Wert auf ein niedrigschwelliges Angebot“, sagt Petra Schwarzer-Knape. „Ist die Schwellenangst erst einmal überwunden, trauen sich die Betroffenen meist auch, unser Beratungsangebot in Anspruch zu nehmen.“

Im Januar 2024 startete ABH e.V. ein besonderes Pilotprojekt, das vom Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert wird: „Leben im Schatten – Heimerfahrung in der DDR und Haft“ richtet sich an Menschen, die aktuell im Gefängnis, im Maßregelvollzug oder in Sicherheitsverwahrung untergebracht sind, und die bereits in der DDR Heim- und teilweise Hafterfahrung gesammelt haben. Anliegen des Projekts ist es zum einen, dieser bisher kaum beachteten Gruppe ehemaliger Heimkinder psychosoziale Unterstützung anzubieten. Zum anderen sollen die Lebensläufe von Betroffenen untersucht werden, die als Kinder Gewalt und Willkür in Heimen ausgesetzt waren, und die später selbst zu Tätern wurden.

Zuständig für das Projekt ist Jana Johannson, die ebenfalls zu den Gründungsmitgliedern von ABH e.V. gehört. Die Sozialwissenschaftlerin kümmert sich im Rahmen des Projekts derzeit um zehn Inhaftierte. Etwa alle zwei Wochen telefoniert sie rund eine Stunde lang mit ihren „Haftklienten“, die ausnahmslos seit mehr als zehn Jahren im Gefängnis sitzen. Diesen Menschen steht sie als unabhängige Ansprechperson zur Verfügung. An die Gespräche mit den Häftlingen schließen sich meist weitere Aufgaben an. So recherchiert Jana Johannson für die Betroffenen zum Beispiel Informationen zu Eingliederungsmaßnahmen, Wohn- oder Jobprojekten und zu verordneten Medikamenten, sie besorgt Kleingegenstände wie Grußkarten oder Malutensilien und sie trifft Inhaftierte während ihrer begleiteten Ausgänge.

von links:

Petra Schwarzer-Knape,
Jana Johannson

Eine wichtige Aufgabe ist es, die Betroffenen bei der Suche nach behördlichen Unterlagen über ihre Heimunterbringung in der DDR zu unterstützen. Diese Dokumente sind Voraussetzung, um eine strafrechtliche Rehabilitierung für die Zeit in DDR-Spezialkinderheimen zu beantragen. Was sie in den Akten sehen konnte, hat Jana Johannson schockiert: „Manche meiner Klienten haben extrem viele Heimwechsel erlebt. Einige haben zahlreiche Spezialkinderheime und Jugendwerkhöfe der DDR durchlaufen, kamen in Haft und sind zum Teil seit 40 Jahren und mehr dauerhaft in Institutionen untergebracht.“ Statistische Erhebungen oder wissenschaftliche Untersuchungen über die Zahl der Inhaftierten mit DDR-Heimerfahrung gibt es bisher nicht.

Wenn die Nachweise für die Unterbringung in DDR-Spezialheimen vollständig sind, erstellt UNSER HAUS für die Inhaftierten eine Heim-Chronik. Die weitere Beratung mit Blick auf eine strafrechtliche Rehabilitierung übernimmt dann das Bürgerbüro e.V. – Verein zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur, das ebenfalls vom BAB gefördert wird. Im Erfolgsfall erhalten die Betroffenen eine Kapitalentschädigung für die in den DDR-Kinderheimen und -Jugendwerkhöfen verbrachte Zeit. Auf die Opferrente haben sie keinen Anspruch, weil sie selbst zu Tätern geworden sind.

Doch es ist nicht nur die Hoffnung auf eine strafrechtliche Rehabilitierung, die die Inhaftierten motiviert, sich mit ihrer Vergangenheit zu beschäftigen: „Die Auseinandersetzung mit den DDR-Heimerfahrungen hilft den Gefangenen dabei, ihre eigene Geschichte aufzuarbeiten“, sagt Jana Johannsson. „In den verpflichtenden Therapien in der Haft dagegen werden Gewalt- und Missbrauchs erfahrungen in Kindheit und Jugend in der Regel ausgespart, da sich die Inhaftierten mit ihren Taten und der eigenen Täterpersönlichkeit auseinandersetzen sollen. Unser Angebot kann diesen Mangel ausgleichen und die Therapie angebote in den Haftanstalten ergänzen.“



Die Besucherinnen und Besucher von „UNSER HAUS“ können eigene Ideen einbringen

4. FÖRDERN

***„Es liegt an uns,
die Opfer der SED-
Diktatur zu würdigen
und gleichzeitig den
Wert der Freiheit
in die Gesellschaft
zu vermitteln.“***

Die SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke
beim Gedenkakt zum 64. Jahrestag des Mauerbaus
am 13. August 2025

Der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte hat 2024 insgesamt 35 Projekte im Land Berlin gefördert, die sich mit der Geschichte der SBZ/DDR und den Folgen der deutschen Teilung beschäftigen. Für die Förderung von Projekten standen im Jahr 2024 insgesamt 2.102.000 Euro¹ im Haushalt des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten zur Verfügung, das sind rund 150.000 Euro mehr als 2023.

Die Mittel für Projektförderung haben einen Anteil von rund 40 Prozent an den geplanten Gesamtausgaben des BAB. Die Höhe des Planansatzes verdeutlicht den hohen Stellenwert, den die Projektförderung innerhalb der Tätigkeitsbereiche des Aufarbeitungsbeauftragten einnimmt. Die Zuwendungen kamen Verfolgtenverbänden, Beratungs- und Betreuungsprojekten sowie Projekten zur Aufklärung über die SED-Diktatur zugute.

Mit insgesamt knapp 731.000 Euro ging mehr als ein Drittel der Gesamt-fördersumme an Einrichtungen, die Verfolgte der SED-Diktatur in Fragen der Rehabilitierung und Entschädigung beraten oder psychosoziale Unterstützung anbieten. Das entspricht 34 Prozent der bewilligten Zuwendungsmittel. Die Förderquote hat sich 2024 etwas zugunsten der Beratungs- und Betreuungsprojekte verschoben.

1 Nicht berücksichtigt sind in der Rechnung 10 Millionen Euro, die zur vorsorglichen Sicherung der Gesamtfinanzierung des Jubiläums 35 Jahre Friedliche Revolution und Mauerfall im Haushalt des BAB eingestellt waren.

4.1 Förderung von Beratungs- und Betreuungsprojekten

Der BAB hat wie in den Vorjahren 2024 mehrere Vereine und Initiativen gefördert, die sich auf die Beratung zu den gesetzlichen Möglichkeiten der Rehabilitierung, zu Wiedergutmachung und zum Schadensausgleich von in SBZ/DDR politisch Verfolgten spezialisiert haben. Der Bedarf besteht weiterhin: Auch mehr als 35 Jahre nach dem Ende der DDR gibt es immer noch zahlreiche Betroffene, die sich noch nicht um eine Rehabilitierung bemüht haben. Die Beratungsangebote der Vereine und Initiativen ergänzen und erweitern das Angebot des BAB, indem sie sich teilweise auf bestimmte Verfolgtengruppen und entsprechende Beratungsinhalte spezialisiert haben.

Zudem scheuen viele Verfolgte der SED-Diktatur aufgrund der verfolgungsbedingten psychischen Trauma davor zurück, die Hilfe von staatlichen Stellen in Anspruch zu nehmen. Sie benötigen vor dem Kontakt mit Ämtern Hilfestellung durch unabhängige Ansprechpersonen. Hier leisten die Beratungsstellen der Verbände eine wichtige Arbeit, damit sich die Betroffenen mit ihren spezifischen Problemen verstanden fühlen. Die Initiativen und Vereine sind dabei auf die finanzielle Unterstützung durch den Aufarbeitungsbeauftragten angewiesen, um eine qualitativ hochwertige Beratung durch erfahrenes Personal zu gewährleisten.

Die Förderung der Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen im Land Berlin wird aufgrund der stabilen Nachfrage auch in Zukunft ein wichtiger Bestandteil der Tätigkeit des Aufarbeitungsbeauftragten bleiben. Zu berücksichtigen ist auch, dass sich Beratungsinhalte verändern und neue Themen hinzutreten. Insbesondere nach Gesetzesnovellierungen steigt erfahrungsgemäß die Nachfrage nach Beratungen.

Geförderte Beratungsprojekte

Die **Anlauf- und Beratungsstelle für Menschen mit Heimerfahrung (ABH) e.V.** wurde im Sommer 2018 von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der vormaligen „Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder Berlin“ gegründet, die in Berlin für die beiden Fonds Heimerziehung zuständig war. Die Vereinsgründerinnen und -gründer wollten nach dem Auslaufen der Fonds Ende 2018 die Betroffenen weiterhin unterstützen.

In Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie rief der Verein 2019 „**UNSER HAUS – Projekt für und von Menschen mit Heimerfahrung**“ ins Leben. 2024 wurde ein Teilprojekt erstmals vom BAB gefördert. Betroffene von Heimerziehung erhalten dort traumasensible Beratung und Unterstützung (siehe S. 48–51). Der Verein baut außerdem ein Archiv und ein Zeitzeugennetzwerk auf. Im Berichtsjahr führten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter insgesamt 147 Beratungsgespräche mit zehn ehemaligen DDR-Heimkindern, die sich aktuell in Haft oder Sicherungsverwahrung befinden.



Ehemalige DDR-Heimkinder und Betroffene der DDR-Jugendhilfe finden auch beim vom BAB geförderten **Bürgerbüro e.V.** eine Anlaufstelle. Der 1996 gegründete Verein hat es sich zur Aufgabe gemacht, Menschen zu helfen, die unter Willkürakten des SED-Regimes fortlaufend zu leiden haben. Außerdem wollen die Mitglieder das öffentliche Bewusstsein für die

Leistung derer stärken, die in der DDR Opfer für die Freiheit und die Achtung der Menschenrechte gebracht haben. Beratung wird für ehemalige Heimkinder und Betroffene der DDR-Jugendhilfe angeboten, die eine Rehabilitierung und soziale Ausgleichsleistungen nach dem StrRehaG, dem BerRehaG oder dem VwRehaG anstreben. Die Mitarbeitenden informieren über mögliche Hilfen und unterstützen bei der Antragstellung. Auch für Anfragen bei Ämtern und für Recherchen in Archiven, um z. B. Haft- und Heimzeiten nachzuweisen, gibt es Unterstützung. Der Verein begleitet seine Klienten im Rehabilitierungsverfahren und unterstützt bei der Kommunikation mit den Rehabilitierungskammern.

2024 berieten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr als 200 Betroffene in über 1.200 Kontakten. Die Zahl der Anfragen von ehemaligen Heimkindern beim Bürgerbüro blieb damit im Vergleich zu 2023 konstant.



Der Verein **Psychosoziale Initiative Moabit e.V.** erhielt 2024 für das Projekt **Beratungsstelle Gegenwind** Zuwendungen des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten. Die Beratungsstelle Gegenwind wurde 1998 für Menschen eröffnet, die unter der SED-Diktatur politischer Verfolgung und Inhaftierung, psychischer Zersetzung oder staatlicher Repression ausgesetzt waren und heute insbesondere unter psychischen Folgen leiden. Angesprochen sind auch Angehörige von Religionsgemeinschaften oder Jugendsubkulturen sowie Personen, die aufgrund

politischer und ökonomischer Interessen der DDR Nachteile erlitten haben. Darunter fallen z. B. beruflich Selbständige oder Menschen, die Zwangsdoping oder Medikamentengaben ausgesetzt waren.

Gegenwind bietet diesem Personenkreis Hilfe und psychosoziale Unterstützung in Einzelgesprächen und Gesprächsgruppen zur Verarbeitung ihrer Erlebnisse an. Neben zwei regelmäßig stattfindenden therapeutischen Gesprächsgruppen sind Paar- und Familienberatungen möglich. Zudem können Interessierte an einer Mal- und an einer Yogagruppe teilnehmen. Zwei Therapiebegleithunde begleiten die Arbeit im Rahmen tiergestützter Interventionen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berieten im Berichtsjahr rund 550 Menschen in knapp 2.600 Gesprächen.



Die 1991 gegründete **Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)** ist der Dachverband für mehr als dreißig Vereine und Initiativen der kommunistisch Verfolgten im gesamten Bundesgebiet. Die UOKG vertritt die Interessen der Opfer und ihrer Verbände gegenüber den politischen Entscheidungsträgern. Mit ihrer Beratungsstelle setzt sie sich für die Anerkennung aller politischen Opfer aus der SBZ/DDR und deren Entschädigung im Rechtsstaat ein. Dank der Förderung durch den Berliner Aufarbeitungsbeauftragten kann die UOKG in Berlin umfassende Beratungen anbieten:

4.2 Förderung von Projekten zur Bildung und zur historischen Aufarbeitung der SED-Diktatur

Im Berichtsjahr führten die Mitarbeiterinnen rund 5.300 Beratungsgespräche mit 385 Personen zu sozialen und juristischen Themen. Die Klientinnen und Klienten erhalten auch Hilfe beim Ausfüllen von Antragsformularen und beim Schriftverkehr mit Behörden bzw. Gerichten. Die Beraterinnen stellen Kontakte mit den zuständigen Ämtern her und begleiten Betroffene im Bedarfsfall dorthin.



UOKG
UNION DER OPFERVERBÄNDE
KOMMUNISTISCHER GEWALTHERRSCHAFT e.V.

Theateraufführungen, Online-Publikationen, Filmfestivals – der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte fördert vielfältige Projekte. Neben Ausstellungen und Archiven profitierten im Berichtsjahr von den Mitteln vor allem Empfänger, die Veranstaltungen zum 35. Jahrestag des Mauerfalls ausrichteten. Insgesamt hat der BAB 2024 für historisch-politische Bildung Fördermittel in Höhe von knapp 1,4 Millionen Euro vergeben. Die Höhe der Zuwendungen reicht von knapp 2.000 Euro bis zum mittleren sechsstelligen Bereich (siehe Anhang, S. 94).

Die Vereinigung der **Opfer des Stalinismus e.V. (VOS)** besteht seit 1950. Gegründet wurde sie in Berlin von Menschen, die aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft, Internierung oder Haft zurückgekehrt waren. Die VOS setzt sich für eine Wiedergutmachung von Schäden aus politischer Verfolgung ein. Mit ihrer Landesgruppe Berlin-Brandenburg stellt sie ein Beratungs- und Betreuungsangebot für ehemals politisch Verfolgte und politische Häftlinge zur Verfügung, das durch den BAB unterstützt wird. Im Jahr 2024 wurden 876 Beratungen durchgeführt. Beratungsschwerpunkte waren Fragen rund um die Rehabilitierungsmöglichkeiten nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen sowie die Opferrente.




**Vereinigung
der Opfer des Stalinismus e.V.
www.vos-ev.de**

Die **Agentur für Bildung, Geschichte und Politik e.V.** betreibt den Lernort Keibelstraße. Die ehemalige Untersuchungshaftanstalt in der Keibelstraße (UHA II) lag innerhalb des Präsidiums der Volkspolizei mitten im Zentrum Ost-Berlins. Das Gefängnis markierte für viele Inhaftierte den Beginn einer Odyssee durch weitere Strafanstalten. Noch heute steht die ehemalige Haftanstalt als Symbol für staatliche Repression und Willkür.



Zellentüren im ehemaligen
Untersuchungsgefängnis
in der Keibelstraße

Im Mittelpunkt der Arbeit des Lernorts steht die historisch-politische Bildung, die Dokumentation und Präsentation der Geschichte des Ortes, die auf wissenschaftlicher Recherche in Archiven, Sammlungen und Gedenkstätten

sowie auf Video-Interviews mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen basiert. Mit Hilfe von Projektmitteln des BAB konnte die Agentur gemeinsam mit Jugendlichen Trickfilme produzieren, die sich mit der Geschichte der Untersuchungsanstalt Keibelstraße und der DDR auseinandersetzen.



Der Verein **Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e.V.** hat mit Unterstützung des BAB das Theaterstück „Monika Haeger – Inside Stasi“ auf dem Campus für Demokratie aufführen lassen. Das Mono-Doku-Theaterstück von Nicole Heinrich erzählt entlang der Erinnerungen von Monika Haeger (1945–2006) DDR-Geschichte.



Als Heimkind wurde Haeger auf sozialistischen Kurs gebracht, als treue DDR-Bürgerin und Stasi-Mitarbeiterin spionierte sie oppositionelle Gruppen aus. Insgesamt 522 Menschen, darunter zwei Schulklassen, haben die vier Vorstellungen im Haus 22 auf dem Campus für Demokratie vom 7. bis 10. November 2024 besucht.



ASTAK e.V. erhielt Zuwendungsmittel des BAB für die Überarbeitung der Dauerausstellung „Staatssicherheit in der SED-Diktatur“ im Stasimuseum Berlin auf dem Gelände des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg. Fördermittel gewährte der BAB auch für ein weiteres Projekt, in dessen Rahmen der Verein fünf Podcasts zur Verwendung in der Bildungsarbeit produzierte. „Gelöste Stimmen – Berichte vom Widerstehen in der DDR“ von Stephan Krawczyk ist auf der Webseite des Stasimuseums abrufbar.



Der BAB förderte auch die Begleitveranstaltung zur Ausstellung „China ist nicht fern“ der **Axel Springer Freedom Foundation gGmbH**. Die Ausstellung erinnerte an die Demokratiebewegung in China 1989 und ihre gewaltsame Niederschlagung sowie die Proteste dagegen in der DDR. Bei der Abendveranstaltung am 7. November 2024 im Asisi Panorama berichteten Zeitzeuginnen und Zeitzeugen von den Ereignissen in China und in der DDR vor 35 Jahren.



Erinnerung an die Oppositionsbewegung in der DDR und in China 1989



Das **BORGtheater** (Beck & Kasteleiner GbR) führte mit Unterstützung des BAB die Inszenierung „Abteilung Verkehr – Konspiration zwischen Ost und West“ auf. In dem interaktiven Stück wurden die Zuschauerinnen und Zuschauer mit Hilfe einer App, eines Lageplans und weiteren Hilfsmitteln auf eine Zeitreise geschickt. Schauplatz war die ehemalige Abteilung für Verkehr beim Zentralkomitee der SED in Berlin-Lichtenberg. Die Gäste schlüpften dabei in die Rolle von westlichen Agentinnen und Agenten. Die fünf geförderten Vorstellungen im Juni 2024 wurden von 120 Personen besucht.



Szenenfoto
aus „Abteilung
Verkehr“



Das **Bürgerkomitee „15. Januar“ e.V.** erhielt eine Zuwendung des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten für die Online-Publikation von H-und-G.info „Eingesperrt“ (Ausgabe 4/24) über Haftanstalten und Haftbedingungen in der DDR. Ebenfalls vom BAB gefördert wurde ein Projekt zum 35. Jahrestag der Besetzungen zahlreicher Stasi-Zentralen in der gesamten DDR: Hier wurden bisher weitgehend unbekannte Dokumente des DDR-Ministerrats nach Regionen geordnet auf <https://stasibesetzung.de/> online gestellt. Sie werfen ein neues Licht auf die Entwicklung der Stasi-Auflösung nach dem 4. Dezember 1989.



Zum Erscheinen des Hörbuchs „Die Abrechnung: Ein Neonazi steigt aus“ hat die **DDR-Box e.V.** mit Unterstützung des BAB eine Veranstaltung organisiert, die am 11. April 2024 im Road Runners Paradise stattfand. Neben einem Podiumsgespräch gab es Live-Musik und es wurden Ausschnitte aus dem Hörbuch präsentiert. Die Veranstaltung wurde von 90 Gästen besucht.



von links: Knut Elstermann (Moderator), Thomas Krüger (Leiter der Bundeszentrale für politische Bildung), Winfried Bonenegel (Regisseur und Begleiter Ausstieg Ingo Hasselbach), Michael Heinisch-Kirch (Sozialdiakon), Ingo Hasselbach (Aussteiger, Szenenbildner), Mosh Krüger (ehem. Hausbesetzer Mainzer Straße)



Die **Agentur DDR Fotoerbe** erhielt für die Ausstellung „Blickwechsel. Ost-Berlin und die DDR aus der Sicht von Pressefotografinnen“ Fördermittel des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten. Die Foto-Ausstellung ermöglichte einen Einblick in die Vielfalt und den Wandel der DDR-Pressefotografie anhand von Fotos aus Ost-Berlin zwischen 1970 und 1990. Zudem wurde die Rolle von Fotografinnen in den DDR-Medien thematisiert. Etwa 700 Menschen besuchten die Ausstellung. Der BAB förderte ein weiteres Projekt der

Agentur, bei dem das Archiv der Ost-Berliner Fotografin Marion Klemp für eine Online-Ausstellung digitalisiert wurde.



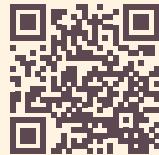
Leipziger Buchmesse:
Kinder testen beim Georg-Thieme-Verlag Blau-Rot-Stereobrillen, 1986



Der Verein **District * Schule ohne Zentrum e.V.** hat mithilfe von Zuwendungsmitteln unter dem Titel „Archive of Gestures: Von 89/90 und anderen Revolutionen“ eine Ausstellungs- und Präsentationreihe veranstaltet. Gefördert wurde die Webseite <https://archiveofgestures.net/> sowie eine dreiteilige multimediale, hybride Ausstellungs- und Präsentationsreihe im Kunsthaus ACUD im Juli 2024, im Archiv der DDR Opposition im November 2024 und im Projektraum von Flutgraben e.V. im Dezember 2024.



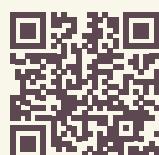
Die **Drei Schwestern Produktionen UG** hat mit Unterstützung des BAB das Theaterstück „Seid doch laut!“ im November und Dezember 2024 drei Mal auf dem Campus für Demokratie in Berlin-Lichtenberg aufgeführt. Das Stück thematisiert die DDR-Oppositionsgruppe „Frauen für den Frieden“ in den 1980er Jahren. Anliegen der Künstlerinnen ist es, mit der Performance den Ort der politischen Verfolgung in der DDR zu besetzen und an die Menschenfeindlichkeit der ehemaligen Stasi-Zentrale, aber auch an die Friedliche Revolution 1989/90 zu erinnern.



Die **Eigenheim- und Grundbesitzer Rudow e.V.** haben mit Unterstützung des BAB am 9. November 2024 mit einer Gedenkveranstaltung an den 35. Jahrestag des Mauerfalls erinnert. Zu der Veranstaltung auf dem Grenzstreifen am ehemaligen Grenzübergang von Rudow nach Schönefeld kamen mehr als 500 Besucher, darunter Finanzsenator Stefan Evers, und Schönefelds Bürgermeister Christian Hentschel. Dabei wurde ein Denkmal enthüllt, das an das einst geteilte Deutschland erinnern soll.



von links:
Jochen Brückmann
(Präsident des Verbands Deutscher Grundstücksnutzer e.V.),
Christian Hentschel,
Silvana Mattiesson
(Künstlerin und Gestalterin des Denkmals),
Olaf Schenk (MdA),
Stefan Evers



Fördermittel gewährte der BAB auch der **Ettler & Stieler GbR** für zwei Projekte. Die Auftritte von zwei DDR-Bands, von denen bisher nur Kassettenmitschnitte existierten, wurden in limitierter Auflage auf Vinyl gepresst. Erschienen sind nun Aufnahmen der Ostberliner Underground-Band „Aufruhr zur Liebe“ (Tapetopia 19) und der Punk-Band „Planlos“ (Tapetopia 23), von deren Auftritten zuvor nur wenige Mitschnitte existierten.



Limitierte
Auflage:
Die vom BAB
geförderten
Schallplatten



Die von **Facts & Files Historisches Forschungsinstitut Berlin** erstellte Webseite Donskoje1950-1953.de wurde 2024 mit Unterstützung des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten erweitert. Das digitale Totenbuch stellt die Biografien von 928 Menschen vor, die zwischen 1950 und 1953 von Sowjetischen Militärtribunalen (SMT) zum Tode verurteilt, in Moskau erschossen und auf dem Friedhof Donskoje bestattet wurden. Die Verurteilten stammten nicht nur aus der SBZ/DDR, sondern aus allen Teilen Deutschlands. Ihr Geburtsort und ihr letzter Wohnort sind auf einer interaktiven Karte lokalisiert und mit ihren Fotos und Biografien verknüpft.



Die **Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus e.V.** wurde 1990 gegründet. Die Büchersammlung umfasst Sach- und erzählende Literatur zur Aufklärung über die Ursachen und Folgen des Sowjetkommunismus. Die Räumlichkeiten bieten Platz für Ausstellungen und Möglichkeiten für Begegnungen mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen. Betrieben und unterhalten wird die Bibliothek von einem Förderverein. Dieser erhielt 2024 Zuwendungen des BAB für die Bibliotheks- und Bildungsarbeit. Im Berichtsjahr wurden in der Gedenkbibliothek 25 Veranstaltungen durchgeführt, zu denen insgesamt 1.330 Gästen kamen.



Der **Friedenauer TSC e.V.** hat am 9. und 10. November 2024 das 33. Mauerfall-Gedenkturnier organisiert. An dem vom BAB geförderten Jugendfußballturnier nahmen 18 Kinder- und Jugendmannschaften der G-, F-, E- und D-Jugend teil. Ins Leben gerufen wurde das Turnier 1990 durch die Fußballabteilung des Friedenauer TSC 1886, um an den Mauerfall und die Wiedervereinigung zu erinnern. Seither ist das Turnier ein Symbol für sportliches Miteinander, Respekt und Fairness zwischen Ost und West.



33. Mauerfall-
Gedenkturnier
in der Sporthalle
des Friedrich-
Ebert-Stadions



Das **Geschichtsbüro Müller GbR** hat mit Unterstützung des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten zwei Filmfeste veranstaltet. Bei der 8. Prenzlauerberginale im September 2024 liefen an vier Abenden Filme zum Thema „Jugend und Wendezeit“ im Filmtheater am Friedrichshain. Fast alle Vorstellungen waren ausverkauft. Insgesamt zog das Filmfest mehr als 2.200 Besucherinnen und Besucher an. Außerdem organisierte das Geschichtsbüro das Mauerfilmfest am 9./10. November 2024

im Filmtheater Colosseum.
Mehr als 3.000 Menschen nutzten das kostenlose Angebot für alle Altersgruppen.



Der **KVOST Kunstverein Ost e.V.** zeigte vom 25. April bis 27. Juli 2024 die Ausstellung „Die Auto-Perforations-Artisten (F.A.Q.)“, die vom Berliner Aufarbeitungsbeauftragten gefördert wurde. Die Gruppe gründete sich 1982 an der Hochschule für bildende Künste Dresden. Mit ihrer spezifischen Kunstform verbanden die Künstlerinnen und Künstler Performances, Installationen, Musik und Aktionen, um sich von der vorherrschenden dogmatisch verordneten Staatskultur der DDR abzugrenzen. Die Schau wurde von mehreren hundert Menschen besucht.



Die **Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. (RHG)** erhält eine dauerhafte Projektförderung, hälftig durch den Bund über die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien und durch das Land Berlin über den Berliner Aufarbeitungsbeauftragten. Die RHG betreibt das umfangreichste Archiv der DDR-Opposition und vermittelt durch zahlreiche Veranstaltungen die Geschichte von Opposition und Widerstand in der SBZ/DDR. Das Archiv wurde 2024 von geschätzt ca. 200 Nutzerinnen und Nutzern besucht. Außerdem gingen rund 2.450 Anfragen per E-Mail bzw. per Telefon ein. Die Daten beruhen zum Teil auf Schätzungen, weil durch einen Cyberangriff auf die RHG im Berichtsjahr ein Teil der Nutzerstatistik verloren ging. In Folge des Angriffs blieb das Archiv von August bis November 2024 geschlossen.

Mit ihrem Veranstaltungsprogramm konnte die RHG 2024 fast 15.000 Personen erreichen. Ein besonderes Highlight war das Campus-Kino, das die Robert-Havemann-Gesellschaft gemeinsam mit dem Berliner Aufarbeitungsbeauftragten und dem Stasi-Unterlagen-Archiv im Bundesarchiv veranstaltet. Einen weiteren Höhepunkt bildete der Aktionstag „Revolution! – und dann?“, der im Rahmen der stadtweiten Feierlichkeiten zu 35 Jahren Friedliche Revolution und Mauerfall stattfand. Rund 5.000 Menschen besuchten an diesem Tag den Campus für Demokratie und nahmen an den vielfältigen Angeboten der dort ansässigen Partnerinstitutionen teil.

Hinzu kamen zahlreiche weitere Veranstaltungen, Workshops, Führungen und Formate, bei denen die Robert-Havemann-Gesellschaft das Archiv der DDR-Opposition, seine Bestände sowie die Erfahrungen von Opposition und Widerstand einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen konnte. Viele dieser Programme wurden in Kooperation mit anderen Einrichtungen der Aufarbeitungslandschaft sowie mit Institutionen der historisch-politischen Bildung und der Zivilgesellschaft umgesetzt.

Die RHG erhielt außerdem Zuwendungs-mittel für die Verlängerung der Fotonutzungs-rechte für die Ausstellung „Revolution und Mauerfall“ auf dem Campus für Demokratie. Rund 39.000 Menschen besuchten 2024 die Open-Air-Ausstellung, die im Innenhof der früheren Stasi-Zentrale die wichtigsten Stationen der Friedlichen Revolution bis zum Mauerfall und zur Deutschen Einheit dokumentiert. Im Info-Point des Campus, den die Robert-Havemann-Gesellschaft gemeinsam mit dem Bundesarchiv betreibt, wurden im Berichtsjahr rund 3.700 Besucher-innen und Besucher gezählt.



Die Open-Air-Ausstellung der RHG e.V.



Die Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen hat mit Unterstützung des BAB neun Projekttage zur historisch-politischen Bildung in der Gedenkstätte durchgeführt. Angeboten wurde ein Zeitzeugen-Seminar, bei dem Schülerinnen und Schüler sich anhand ausgewählter Biografien mit den individuellen Folgen politischer Unterdrückung befassten. Bei thematischen Projekttagen setzten sich die Jugendlichen mit der mit dem Haftort verbundenen Repressionsgeschichte auseinander. An den Projekttagen nahmen mehrere hundert Jugendliche und junge Erwachsene teil.



Der Verein **TEA Tagebuch- und Erinnerungsarchiv Berlin e.V.** sammelt und archiviert ehrenamtlich Dokumente der deutschen Erinnerungskultur wie Tagebücher, Briefe, Fotos, Zeitzeugenberichte und andere Lebens-dokumente. Im Bestand befinden sich auch Brigadetagebücher aus der Zeit der DDR. Die Dokumente ermöglichen einen einzigartigen Einblick in die Arbeitswelt der DDR. Mit BAB-Förderung hat der Verein 44 Brigadetagebücher digital erschlossen und für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht.



Mit Unterstützung des BAB führte der Landesverband Berlin im **Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V.** am 20. November 2024 den 7. Berliner Landesarchivtag durch. Bei der Veranstaltung wurde die 2. Teilstudie des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten zur Archivierung und Dokumentation von Beständen mit SBZ-/DDR-Provenienz vorgestellt.



Eine dritte Klasse der Carl-Orff-Grundschule in Berlin-Schmargendorf hat sich 2024 inhaltlich und künstlerisch mit der Friedlichen Revolution und dem Mauerfall auseinandergesetzt. Zur Realisierung des Projekts gewährte der BAB dem **Verein der Freunde und Förderer der Carl-Orff-Grundschule e.V.** eine Zuwendung. Es entstand die Ausstellung „Wendekunst“ mit großformatigen Bildern, die öffentlich gezeigt wurde (siehe auch Kapitel 5 Aufklären, S. 68).

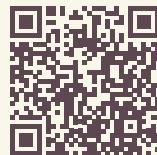


Grundschulkinder gestalteten Kunstwerke zum Mauerfall



Vier zehnte Klassen des Dreilinden-Gymnasiums haben eine Wanderausstellung zum DDR-Volksaufstand vom 17. Juni 1953 erarbeitet.

Über den Förderverein der Schule, die **Vereinigung der Freunde des Dreilinden-Gymnasiums e.V.**, unterstützte der BAB die Herstellung der Ausstellungstafeln. Die Schau ist als Wanderausstellung konzipiert und soll auch an anderen Schulen gezeigt werden. An der Eröffnung am 17. Juni 2024 nahm Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner teil (siehe S. 64–67).



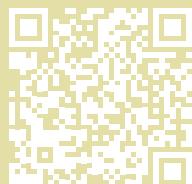
Die **Wesser | Meckert GbR** hat zum 35. Jubiläum des Mauerfalls drei Mal das Theaterstück „Wir kriegen euch alle!“ auf dem Campus für Demokratie aufgerührt. Das immersive Spektakel thematisierte die letzten Tage der DDR sowie die chaotischen und gewaltvollen Jahre, die der Wiedervereinigung folgten. Alle Aufführungen vom 24. bis 26. Oktober 2024 waren ausverkauft, es kamen insgesamt 450 Besucherinnen und Besucher.





Die Schülerinnen
und Schüler begrüßen
den Regierenden
Bürgermeister

YouTube-Video
zur Ausstellungseröffnung
am Dreilinden-Gymnasium:



71. Jahrestag des Volksaufstands in der DDR

**Wie es dazu kam, dass der
Regierende Bürgermeister eine
Ausstellung von Schülerinnen
und Schülern eröffnete**

Anfang Februar 2024 erreichte den Berliner Aufarbeitungsbeauftragten ein dicker Brief. „Ein sehr engagierter Lehrer an unserem Gymnasium plant ein Schulprojekt“, hieß es in dem Schreiben der „Vereinigung der Freunde des Dreilinden-Gymnasiums e. V.“ Der Förderverein der Schule in Steglitz-Zehlendorf hatte einen Zuwendungsantrag an den BAB gestellt, um das Projekt verwirklichen zu können.

Der Plan von Geschichtslehrer Florian Gaube klang ambitioniert: Die 10. Klassen des Gymnasiums sollten klassen- und fächerübergreifend eine Wanderausstellung zum DDR-Volksaufstand erarbeiten – unter Beteiligung der Geschichts- und Politiklehrkräfte, des Kunst-Fachbereichs sowie einer Medienpädagogin. Vom BAB erhoffte sich die Schule finanzielle Unterstützung für die Produktion der Ausstellungs-Roll-ups.

Nach den Osterferien legten die Schülerinnen und Schüler los: Im Rahmen einer Projektwoche gab der Historiker und stellvertretende Berliner Aufarbeitungsbeauftragte Dr. Jens Schöne eine fachliche Einführung ins Thema. Anschließend beschäftigten sich die Jugendlichen im Geschichtsunterricht mit den Ursachen, dem Ablauf und den Folgen des Volksaufstands. Im Kunstunterricht überlegten sie, wie sie ihre Erkenntnisse gestalterisch umsetzen könnten, um eine spannende Ausstellung daraus zu machen. Zusätzlich designten sie passende Themen-T-Shirts. „Wir haben viel Mühe reingesteckt und auch manchmal bis spät abends an unseren Aufgaben gesessen“, sagte eine Schülerin. „Was uns allen am meisten Spaß gemacht hat: Es war mal was ganz anderes als einfach nur Unterricht“, ergänzt ihre Schulkameradin. „Überrascht hat uns, wie viel Arbeit und Zeit darin steckt, eine Ausstellung auf die Beine zu stellen.“

Schließlich ging es um die Planung der Ausstellungseröffnung. „Wäre das nicht super, wenn ein Prominenter dabei wäre?“, überlegten die Jugendlichen. „Aber wie schaffen wir das?“ – „Da müssen wir wohl einen Brief schreiben...“ – „Aber wir können doch nicht einfach berühmte Leute anschreiben ...“ – „Warum eigentlich nicht?“

Die Zehntklässlerinnen und Zehntklässler setzten also ein Schreiben an Berlins Regierenden Bürgermeister Kai Wegner auf und warteten gespannt auf die Antwort. Die ließ nicht lange auf sich warten – und es war eine Zusage! „Als ich eure Einladung gesehen habe, habe ich meinem Team gesagt: Egal wie ihr es hinbekommt, da will ich auf jeden Fall hin, denn das wird ein toller Termin“, erzählte Wegner bei der Ausstellungseröffnung am 17. Juni 2024 in der Aula des Dreilinden-Gymnasiums. Der Regierende Bürgermeister hob hervor, dass auch andere Schulen die Wanderausstellung ausleihen können: „Schülerinnen und Schüler in ganz Berlin werden von eurer Arbeit profitieren. Ich finde, ihr könnt wirklich stolz auf das sein, was ihr hier geleistet habt.“



Wegner kündigte an, die Wanderausstellung des Dreilinden-Gymnasiums zum 72. Jahrestag des Volksaufstands 2025 ins Rote Rathaus zu holen. Dazu lade er die Schule herzlich ein. Inzwischen hat der Regierende Bürgermeister sein Versprechen eingelöst. Die Wanderausstellung wurde vom 16. Juni bis zum 22. Juli 2025 im Roten Rathaus gezeigt.



Podiumsgespräch mit Jugendlichen, dem stellv. Aufarbeitungsbeauftragten Dr. Jens Schöne (links), dem Regierenden Bürgermeister Kai Wegner (Mitte) und Medienpädagogin Antje Bernhardt (rechts)



In der Mitte:
BAB Frank Ebert
und der Regierende
Bürgermeister
Kai Wegner

Auf insgesamt acht Roll-ups haben die Schülerinnen und Schüler Ursachen, Ablauf und Folgen des Volksaufstands in der DDR dargestellt



Schüler präsentieren die von ihnen gestalteten T-Shirts

5. AUFKLÄREN

*„Das, was Sie den
Schülerinnen und
Schülern in drei
Stunden vermitteln,
ist für uns als
Lehrkräfte nicht
möglich.“*

Aussage einer Gymnasiallehrerin aus Berlin
bei einer BAB-Schulkino-Veranstaltung

Zum gesetzlichen Auftrag des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten gehört es, die politische und historische Aufarbeitung der SED-Diktatur zu fördern und die politische Bildungsarbeit zur SED-Diktatur zu unterstützen. Das BAB-Bildungsteam kommt diesem Auftrag nach, indem es diverse Veranstaltungs- und Publikationsformate entwickelt, um eine breite Öffentlichkeit zu erreichen.

Inhaltlicher Schwerpunkt war 2024 der 35. Jahrestag des Mauerfalls. Der BAB führte zum Thema eigene Veranstaltungen durch und war bei zahlreichen weiteren Events als Kooperationspartner mit dabei (siehe z. B. S. 26–31).

In der Abteilung Historisch-politische Bildung des BAB gab es im Berichtsjahr eine wichtige personelle Veränderung: Dr. Andrea Bahr übernahm zu Jahresbeginn die Abteilungsleitung, nachdem sie zuvor mehrere Jahre als Referentin in der Abteilung tätig war. Der bisherige Leiter Dr. Jens Schöne konzentriert sich seit 2024 ausschließlich auf seine Tätigkeit als stellvertretender Berliner Aufarbeitungsbeauftragter. Seine Expertise als Historiker stellt er weiterhin bei Veranstaltungen des BAB und von Kooperationspartnern zur Verfügung.

5.1 Mein Kiez – Geschichte(n) des geteilten Berlins

Die BAB-Veranstaltungsreihe „Mein Kiez“ – 2022 an den Start gegangen – soll die Aufklärung über die SED-Diktatur und deren Folgen für die Menschen in Berlin in die Berliner Kieze tragen. Im Mittelpunkt der Veranstaltungen steht die lokale Geschichte. Da es in Berlin knapp hundert Ortsteile gibt, ist die Reihe als langfristiges Format geplant. Um dem „runden“ Jahrestag des Mauerfalls 2024 Rechnung zu tragen, konzipierte das BAB-Bildungsteam die Kiez-Veranstaltungen im Berichtsjahr als Doppelveranstaltungen in benachbarten Ortsteilen des ehemaligen West- und des ehemaligen Ost-Berlins, die einst durch die Berliner Mauer getrennt waren. Thematisch ging es darum, die Verflechtungen dieser Kieze vor dem Mauerbau, während der Teilung und nach dem Mauerfall aufzuzeigen.

Von April bis Juni 2024 machte die Reihe in Friedrichshain und Kreuzberg Station. Als Kooperationspartner konnte der BAB das FHB Friedrichshain-Kreuzberg Museum gewinnen. Start war im April in Friedrichshain, früher ein Arbeiterkiez, der unter anderem mit den Bluesmessen in der Samaritergemeinde ein wichtiger Schauplatz der Opposition in der SED-Diktatur wurde. Beim Kiezgespräch „Alltag in Friedrichshain und Kreuzberg bis 1961“ in der Bezirkszentralbibliothek Pablo Neruda erzählten die Zeitzeugin Marianne Wachtmann und Zeuge Detlef Krenz, wie sie die Zeit der Teilung in Berlin erlebt hatten. Für die historische Einordnung sorgte der Historiker Dr. Hanno Hochmuth. BAB-Referentin Michèle Matetschk-Delhaes moderierte das Gespräch.



Großer Andrang beim
Kiezgespräch in Friedrichshain

Bei einem Filmabend am 16. Mai 2024 wurde im FHB Museum „Duvarlar – Mauern – Walls“ aus dem Jahr 2000 gezeigt. Regisseur Can Candan interviewte 1991 als Filmstudent türkeistämmige Migrantinnen und Migranten aus Berlin, darunter viele aus Kreuzberg. Die Befragten erzählten, was der Mauerfall für sie und ihren Alltag bedeutete. Sie sprachen über ihre Ängste, über Rassismus, aber auch über Hoffnungen. Im Anschluss an den Film diskutierten Jana König, Sammlungsleiterin am FHB Museum, Inga Turczyn, freie Autorin und Regisseurin für Dokumentarfilm, und Pia Eiringhaus, Kuratorin Outreach bei der Stiftung Berliner Mauer. Es moderierte Nora Hogrefe, Leitung Koordinierungsstelle Historische Stadtmarkierungen, Aktives Museum.



von links: Inga Turczyn, Jana König,
Nora Hogrefe, Pia Eiringhaus



von links: Bettina Rathenow, Sanem Kleff,
Anna von Arnim-Rosenthal, Dr. Philipp Schultheiß

Um den Alltag in Friedrichshain und Kreuzberg 1961 bis 1990 ging es beim Kiezgespräch am 20. Juni 2024 im FHB-Museum. Auf dem Podium: die DDR-Bürgerrechtlerin und Mitbegründerin der „Frauen für den Frieden“ Bettina Rathenow, die Leiterin der East Side Gallery (Stiftung Berliner Mauer) Anna von Arnim-Rosenthal, und die türkeistämmige Lehrerin Sanem Kleff, die ab 1981 an einer Kreuzberger Hauptschule unterrichtete. Moderiert wurde das Gespräch von BAB-Referent Dr. Philipp Schultheiß.

Flankiert wurden die Kiezgespräche durch Kiez-Spaziergänge mit dem Stadt- und Kulturhistoriker Tim Köhler. Bei jeweils drei Terminen zeigte Köhler den Teilnehmenden Orte in Friedrichshain und Kreuzberg, die zur Teilungsgeschichte Berlins gehören. In Friedrichshain ging es von der Samariterkirche über das Wohnhaus des Bandenchefs Werner Gladow, der 1950 in der DDR hingerichtet wurde, bis hin zu den ehemals besetzten Häusern der Mainzer Straße.



Kiez-Spaziergang
in Kreuzberg

In Kreuzberg führte der Kiez-Spaziergang unter anderem an der Spree entlang. Der Fluss gehörte in Höhe Oberbaumbrücke vollständig zu Ost-Berlin und markierte damit die Grenze zwischen West- und Ost-Berlin. Dort starben etliche Menschen bei dem Versuch, aus der DDR zu fliehen. Doch auch vier West-Berliner Kinder kamen auf tragische Weise am Kreuzberger Spreeufer ums Leben, nachdem sie beim Spielen ins Wasser gefallen waren und westliche Einsatzkräfte sie nicht retten durften. Der Spaziergang machte auch halt an prägenden Orten der West-Berliner Subkultur, wie zum Beispiel dem ehemaligen Bethanienkrankenhaus oder dem Mariannenplatz.

Die nächste Etappe von „Mein Kiez“ fand im Spätsommer 2024 in Mitte und Wedding statt. Kooperationspartner waren das Mitte Museum und die Stadtbibliothek Berlin-Mitte. Beide Stadtteile gehören seit 2001 zum Bezirk Mitte. 28 Jahre lang waren sie durch die Mauer getrennt. Und sie hatten nur wenig gemeinsam: In Mitte befanden sich viele Gebäude der DDR-Staatspartei SED und des Regierungsapparats. Der Wedding dagegen war ein Arbeiterkiez in West-Berliner Randlage an der Mauer.



In diesem Haus wohnte der
jugendliche Bandenchef
Werner Gladow

Beim von BAB-Referent Dr. Philipp Schultheiß moderierten Kiezgespräch „Mitte – Machtzentrum Ost-Berlins“ am 15. August 2024 in der Bezirkszentralbibliothek Philipp Schaeffer schilderte der Historiker Dr. Gerhard Sälter von der Stiftung Berliner Mauer das Alltagsleben im Ost-Berliner Bezirk Mitte. Die Architekturhistorikerin Dr.-Ing. Stefanie Brünenberg vom Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) e.V. in Erkner gab Einblicke in die Infrastruktur von Berlin-Mitte zur Zeit der Teilung.



**Dr. Gerhard Sälter und
Dr.-Ing. Stefanie Brünenberg**

Am 19. September 2024 sprachen im Centre Français de Berlin Bernd Schimmler, Bezirksstadtrat a.D. und Vorsitzender des Heimatvereins Wedding e.V., Uta Birkemeyer, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Alliiertenmuseum Berlin, und Nathan Friedenberg, Leiter des Mitte Museums, über den „Wedding während der Teilung“. Dabei ging es unter anderem um den Niedergang des Industriestandorts, um den Einfluss der französischen Alliierten auf das Leben im Kiez und um die Weddinger Sicht auf die Friedliche Revolution in der DDR im Herbst 1989.

Außerdem wurde der Kurzfilm „Berliner Straßen heute: Müllerstraße“ von 1964 gezeigt, produziert vom Sender Freies Berlin (SFB). Die Berliner Abendschau hatte damals eine Sendereihe entwickelt, bei der Reporter Alexander von Bentheim durch bekannte Straßen West-Berlins mit dem Auto fuhr und die dortigen Neubauten und aktuellen Bauprojekte erklärte. Die Filme richteten sich explizit an die Menschen in der DDR, um ihnen die Veränderungen im West-Berliner Stadtbild seit dem Mauerbau zu zeigen.



**Vorführung eines Kurzfilms
über die Müllerstraße beim Kiezgespräch Wedding**

Unter dem Titel „Macht und Mitte“ zeigte Stadt- und Kulturhistoriker Tim Köhler bei Kiez-Spaziergängen am 15., 17. und 20. August 2024 die etwas unbekanntere Mitte Berlins. Im Wedding begaben sich die Teilnehmenden unter Führung Köhlers am 17., 19. und 21. September 2024 auf die Spuren von „Arbeit und Armut“, um die Industrie- und Sozialgeschichte des Ortsteils Wedding zu erkunden.



**Impressionen von den
Kiez-Spaziergängen
in Mitte und Wedding**

5.2 Kooperationsveranstaltungen

Dem BAB ist es ein wichtiges Anliegen, Veranstaltungen zur historisch-politischen Bildung gemeinsam mit Kooperationspartnern anzubieten. Auf diese Weise können zum einen mehr Menschen erreicht werden, zum anderen ergeben sich durch die unterschiedlichen Schwerpunkte der Partnerinstitutionen fruchtbare Impulse für die inhaltliche Gestaltung. Bereits seit vielen Jahren unterhält der BAB intensive Arbeitsbeziehungen u. a. zur Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen und zur Berliner Landeszentrale für politische Bildung.

Gemeinsam mit der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen und dem Verein Zeitgeschichte(n) e.V. organisierte der BAB die Präsentation und Podiumsdiskussion zum Buch „Die Schlägerei hört einfach nicht auf. Gefängnisalltag (1971–1990)“ am 14. März 2024. Die Studie behandelt den Haftalltag im DDR-Jugendgefängnis „Jugendhaus Halle“. Zu Gast waren der Autor des Buches Dr. Udo Grashoff, Historiker am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, der Zeitzeuge Ralf Steeg, Initiator der Aufarbeitung zum Jugendhaus, und Jens Planer-Friedrich, Leiter der Beratungsabteilung beim Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Die SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag, Evelyn Zupke, hielt ein Grußwort. Durch den Abend führte Dr. Elise Catrain, Leiterin Stabstelle Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation, Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen.

Diskussion über Walter Ulbricht
in der Berlin-Brandenburgischen Akademie
der Wissenschaften



von links: Ralf Steeg, Jens Planer-Friedrich,
Dr. Udo Grashoff, Dr. Elise Catrain

Mehrere hundert Besucherinnen und Besucher zog die Buchpremiere an, die der BAB am 26. März 2024 gemeinsam mit dem Verlag C.H.Beck und der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) sowie dem rbb24 Inforadio und dem Tagesspiegel als Medienpartner veranstalte. Nach der Begrüßung durch den Präsidenten der BBAW Professor Christoph Marksches und den Berliner Aufarbeitungsbeauftragten Frank Ebert stellte der Historiker Dr. Ilko-Sascha Kowalcuk den zweiten Teil seiner umfassenden wissenschaftlichen Biografie über Walter Ulbricht vor. „Walter Ulbricht – Der deutsche Kommunist und Diktator“ war wenige Tage zuvor zur Leipziger Buchmesse erschienen. Über den Einfluss Ulrichts auf die deutsche und europäische Zeitgeschichte diskutierte der Autor im Anschluss mit Liedermacher Wolf Biermann, der früheren Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Marianne Birthler und Regisseur Leander Haußmann. Das Gespräch moderierte Inforadio-Geschichtsredakteur Harald Asel.



Am 26. August 2024 unterstützte der BAB als Kooperationspartner die Kinopremiere des Dokumentarfilms „Die Unbeugsamen 2 – Guten Morgen, Ihr Schönen!“. In dem Film kommen 15 starke, aus der DDR stammende Frauen zu Wort. Sie erzählen, wie auch im Land der staatlich verordneten Gleichberechtigung das Patriarchat regierte. Bei der Premiere mit dabei waren u. a. die Friedensaktivistin Ulrike Poppe, die Schauspielerin Katrin Sass und die Künstlerin Gabriele Stötzer. Die Richterin am Berliner Verwaltungsgericht Elke Büdenbender hielt ein Grußwort.



Premiere von „Die Unbeugsamen 2“
im Kino in der Kulturbrauerei

Mit der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen und der Universität Greifswald veranstaltete der BAB am 12. September 2024 das Podiumsgespräch „Frauen im Sozialismus“ in der Bezirkszentralbibliothek Pablo Neruda. Zu Gast waren Dr. Henrike Voigtländer, Leiterin des Lernortes Keibelstraße und Autorin des Buches „Sexismus im Betrieb. Geschlecht und Herrschaft in der DDR-Industrie“, und Henriette Rodemark, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Else-Frenkel-Brunswik-Institut für Demografieforschung an der Universität Leipzig. BAB-Referentin Michèle Matetschk-Delhaes moderierte die Diskussion.



Im direkten Gespräch mit dem Publikum:
Die Anwesenden steuerten ihre Perspektiven
zum Thema bei

Das Podiumsgespräch bildete den Auftakt zur wissenschaftlichen Tagung „Frauen im Sozialismus“ am 13. September 2024 in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Vorangegangen war ein Call for Papers, der zahlreiche Einsendungen nach sich zog. Neben der Projektvorstellung bot die Tagung die Möglichkeit, theoretische, methodische und forschungspraktische Herausforderungen gendergeschichtlicher Fragestellungen zu besprechen. Während der Tagung konnte nur eine kleine Auswahl an Projekten präsentiert werden.



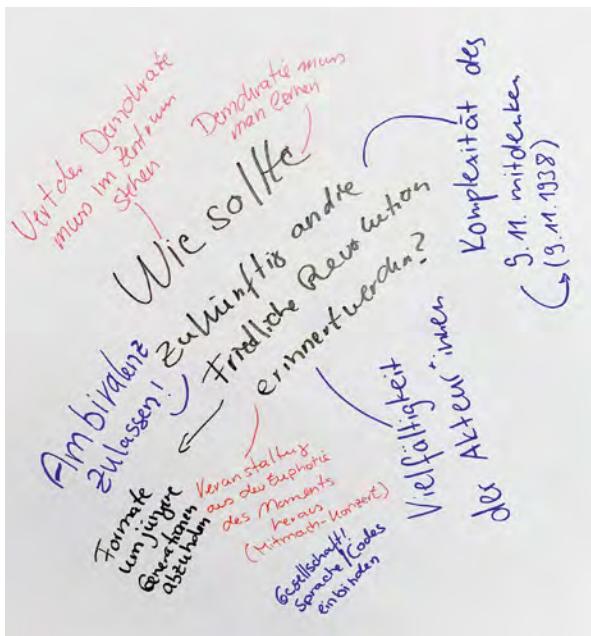
Wissenschaftliche Tagung
„Frauen im Sozialismus“

In den Vorträgen und Workshops ging es zum Beispiel um unterschiedliche Quellenbestände und deren heuristischen Wert, um weibliche Gewalterfahrungen in der DDR und um Räume und Praktiken weiblicher Selbstermächtigung in der DDR.

Weitere Informationen sind im ausführlichen Tagungsbericht zu finden.



Anlässlich des 35. Jahrestags des Mauerfalls luden der BAB und die Berliner Landeszentrale für politische Bildung am 11. November 2024 zum Workshop „Meine, deine, unsere Revolution – 1989 neu beleuchtet“ ein. Dabei diskutierten die Teilnehmenden in kleinen Gesprächsrunden über die Ereignisse von 1989 und über die Bedeutung der Friedlichen Revolution für das heutige Leben.



Die Teilnehmenden hielten auf Flipcharts fest, was ihnen beim Gedenken an die Friedliche Revolution wichtig ist

Um einen Radiosender ging es am 14. November 2024 bei der Veranstaltung „Radio. Macht. Revolution. Das Jugendradio DT64 im Herbst 1989“ in den Räumlichkeiten des BAB. Der Historiker Dr. Nikolai Okunew und die Radiojournalistin Silke Hasselmann, damals selbst bei DT64, diskutierten, welche Rolle Radio in einer Diktatur spielt(e) und ob Musik und Jugendkultur die Macht hatten, in der DDR etwas zu verändern.



Protestplakate gegen die Schließung von DT64

Das BAB-Team wirkte auch vielfach an Veranstaltungen anderer Institutionen mit: Der stellvertretende Aufarbeitungsbeauftragte Dr. Jens Schöne hielt am 19. Februar 2024 bei der Fachtagung „Enteignungen in SBZ und DDR“ der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur den Vortrag „Enteignungen in der Landwirtschaft“.

Bei einer Online-Fortbildung des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. zu Erzählcafés, Debatten-Cafés und anderen Erzähl- und Austauschformaten war der BAB Kooperationspartner. Dr. Jens Schöne wirkte bei der Veranstaltung am 11. März 2024 als Referent mit. Ausgangspunkt war die Frage, welche Formate geeignet sind, um mit Menschen in Ostdeutschland in einen niedrigschwelligen Austausch zu treten, bei dem sie ihre Erinnerungen und Erfahrungen aus der DDR und den Transformationsjahren sowie ihre aktuellen Bedürfnisse mitteilen können.

Am 19. März 2024 sprach Dr. Jens Schöne unter dem Titel „Blick zurück im Zorn? Die Aufarbeitung von DDR-Geschichte heute“ vor dem Rotary Club „Brücke der Einheit“. Um den Volksaufstand in der DDR vom 17. Juni 1953 auf dem Land ging es am 6. Juni 2024 bei seinem Vortrag in Spremberg im Landkreis Spree-Neiße.



Ankündigung des Vortrags in Spremberg

Bei der Veranstaltung „3 Generationen, 2 Systeme, 1 Acker – Transformationsgeschichte(n) in Ostdeutschland“ des Thüringer Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit weiteren Partnern sprach Dr. Jens Schöne am 29. Oktober 2024 in Kloster Veßra über die Zwangskollektivierung in der frühen DDR und die Umgestaltung nach 1990.

BAB-Leitungsreferentin Dr. Anja Schröter war am 11. September 2024 Podiumsgast bei der 8. Prenzlauerberginaile. Gezeigt wurde der Dokumentarfilm „Es war einmal in Ost-Berlin ...“. Die französische Regisseurin Cathie Lewy hatte 1990 im Prenzlauer Berg Menschen im Kiez zu den Veränderungen durch den Mauerfall und zu ihren Vorstellungen von der Zukunft befragt.

Inhaltlich unterstützte der BAB das Projekt „Hinterm Horizont macht Schule“ der Udo-Lindenberg-Stiftung. Grundlage ist Udo Lindenberg's Musical „Hinterm Horizont“. Die Stiftung hat daraus ein sozialpädagogisches Projekt für Jugendliche aus sozialen Brennpunktschulen entwickelt. Es vermittelt geschichtliche Themen wie Kalter Krieg, DDR und Diktatur, aber auch ein besseres Verständnis für Freiheit und Demokratie. Coaches erarbeiten mit den Kindern eine musikalische Show, die auf der Bühne aufgeführt wird.

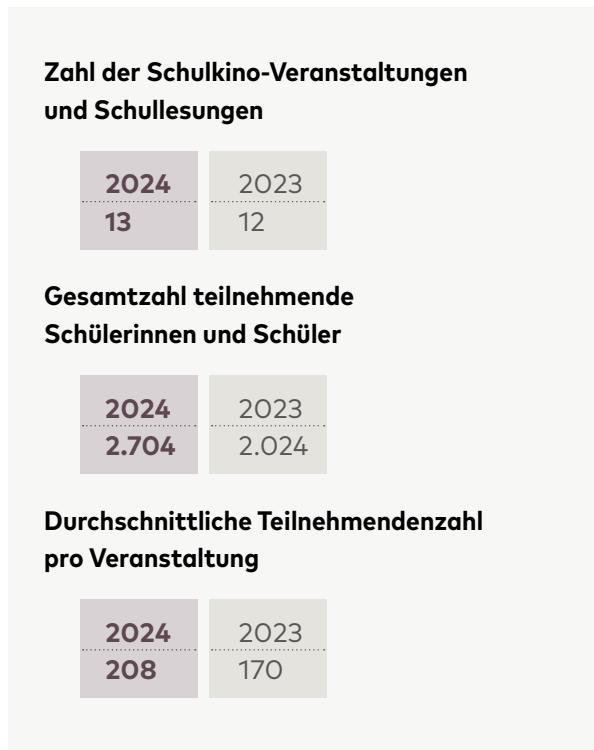
Dr. Jens Schöne stand als Historiker für Frage- und Diskussionsrunden mit den Schülerinnen und Schülern bei den Projekten in Finsterwalde (Brandenburg) und in Bruchhausen-Vilsen (Niedersachsen) zur Verfügung. In Finsterwalde fand die Uraufführung am 15. Februar 2024 statt. Die Jugendlichen aus Bruchhausen-Vilsen führten ihre Show im Februar 2025 in Bremen auf.



5.3 BAB-Schulprogramm

Im Berichtsjahr lud der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte zu neun Schulkino-Veranstaltungen für Berliner Schülerinnen und Schüler ein. Außerdem wurden vier Schullesungen veranstaltet.

Das BAB-Schulprogramm erfreut sich steigender Beliebtheit: 2024 kamen insgesamt rund 2.700 Kinder und Jugendliche zu den 13 Veranstaltungen, im Vorjahr waren es rund 2.000. Auch die durchschnittliche Teilnehmendenzahl pro Veranstaltung stieg 2024 an.



Der BAB führt die erfreuliche Entwicklung darauf zurück, dass sich die Schulveranstaltungen mittlerweile in Berlin etabliert haben und unter Lehrkräften immer bekannter werden. Die Filmvorführungen und Lesungen wurden in Zusammenarbeit mit dem Kooperationsnetzwerk media.Bildungspartner bzw. bernhardt-bildung realisiert.

Bei den Kinoveranstaltungen wurden die Filme „Nahschuss“ (2021, 116 Min.), „Das schweigende Klassenzimmer“ (2018, 111 Min.), „Sputnik“ (2013, 83 Min.), „Jenseits der blauen Grenze“ (2024, 102 Min.),

„Ballon“ (2018, 125 Min.), „Die Akte Lindenberg“ (2010, 59 Min.), „Fritzi. Eine Wendewundergeschichte“ (2019, 86 Min.) und „Bornholmer Straße“ (2014, 93 Min.) gezeigt.



„Das schweigende Klassenzimmer“
im Delphi Filmpalast mit Karsten Köhler (Zeitzeuge)
und Dr. Jens Schöne (Historiker und stellv. Berliner
Aufarbeitungsbeauftragter)

An den anschließenden Diskussionen, bei denen die Kinder und Jugendlichen Fragen stellen konnten, standen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, Beteiligte der Filmproduktionen sowie die BAB-Historikerinnen und -Historiker zum Gespräch zur Verfügung.



BAB-Bildungschefin Dr. Andrea Bahr
im Gespräch mit Kindern nach der Lesung von
„Gertrude Grenzenlos“ im Hackesche Höfe Kino

Für die Lesungen wurden die Schauspielerin Claudia Lietz und der Schauspieler Gregor Knop engagiert. Sie trugen Auszüge aus den Kinder- bzw. Jugendbüchern „Gertrude Grenzenlos“ (Judith Burger), „Tage wie Jahre“ (Klaus Kordon), „Der Tunnelbauer“ (Maja Nielsen) und „Krokodil im Nacken“ (Klaus Kordon) vor. Die Historikerinnen und Historiker des BAB beantworteten anschließend die Fragen der Kinder.

Datum	Film/Kino	teilnehmende Schülerinnen und Schüler	teilnehmende Schulen	Stadtteile
14.2.2024	„Nahschuss“ im Delphi Filmpalast	355	11	Altglienicke, Kreuzberg, Mitte, Pankow, Reinickendorf Steglitz, Weißensee, Wilmersdorf
11.3.2024	„Das schweigende Klassenzimmer“ im Delphi Filmpalast	363	8	Charlottenburg, Lichtenfelde Pankow, Wannsee, Wilmersdorf
14.3.2024	„Das schweigende Klassenzimmer“ im Delphi Filmpalast	286	5	Charlottenburg, Pankow Reinickendorf, Steglitz, Tempelhof
11.4.2024	„Sputnik“ im Cinema Paris	101	3	Charlottenburg, Pankow Tempelhof
15.7.2024	„Jenseits der blauen Grenze“ im Delphi Filmpalast	320	9	Charlottenburg, Lichtenberg Lichtenfelde, Neukölln Reinickendorf, Schöneberg Wannsee
11.9.2024	„Ballon“ im Delphi Filmpalast	197	5	Lichtenberg, Pankow, Steglitz, Westend, Potsdam
8.10.2024	„Die Akte Lindenbergs“ im Hackesche Höfe Kino	188	7	Lichtenberg, Mitte, Steglitz Wannsee, Wedding, Wilmersdorf
16.10.2024	„Fritzi. Eine Wendewundergeschichte“ im Delphi Filmpalast	255	4	Friedenau, Mitte, Tempelhof, Wedding
8.11.2024	„Bornholmer Straße“ im Hackesche Höfe Kino	260	7	Charlottenburg, Dahlem, Malchow, Mariendorf, Pankow, Prenzlauer Berg

Regelmäßig erreichen den BAB Anfragen von Schülerinnen und Schülern zur Unterstützung von Präsentationen und Prüfungsarbeiten. Dies war auch 2024 der Fall: Eine BAB-Bildungsreferentin betreute eine Gruppe von Zwölftklässlerinnen, die sich auf ihre Präsentationsprüfung im Abitur vorbereiteten. Die Schülerinnen hatten das Thema „Minderjährige IM (Inoffizielle Mitarbeiter)“ ausgewählt. Außerdem unterstützte die Referentin eine Schülerin der 8. Klasse bei der Vorbereitung einer Jahresarbeit zum Thema: „Opposition und Widerstand in der DDR“. Schülerinnen und Schüler der Otto-von-Guericke-Oberschule in Wilmersdorf führten mit dem stellvertretenden Aufarbeitungsbeauftragten Dr. Jens Schöne ein Zoom-Interview im Zusammenhang mit ihren MSA-Prüfungen.

Der BAB unterstützte im Berichtsjahr auch größere Projekte an Schulen: Am Dreilinden-Gymnasium in Steglitz-Zehlendorf beriet Dr. Jens Schöne mehrere Klassen und Kurse bei der Erstellung einer Ausstellung zum DDR-Volksaufstand 1953 (siehe S. 64–67).

Die Carl-Orff-Grundschule in Charlottenburg-Wilmersdorf veranstaltete mit kindgerechter inhaltlicher Beratung des stellvertretenden Berliner Aufarbeitungsbeauftragten im Juli 2024 eine Projektwoche zu den Themen DDR, Mauerbau und Mauerfall. Kunstlehrerin Saskia Shasha unternahm mit den Drittklässlerinnen und Drittklässlern eine Exkursion zur East Side Gallery. Anschließend gestaltete die Klasse großformatige Bilder zum Mauerfall und verfasste kurze Texte dazu. Aus den Bildern entstand die Ausstellung „Wendekunst – Freiheit durch den Mauerfall“, die anlässlich des 35. Jahrestags des Mauerfalls vom 5. bis 14. November 2024 im Haus der Evangelischen Militärseelsorge gezeigt wurde.

Grundschulkinder
bei der Eröffnung
der Ausstellung
„Wendekunst“



5.4 Campus-Kino

2024 erlebte das Campus-Kino von Stasi-Unterlagen-Archiv, Robert-Havemann-Gesellschaft und dem Berliner Aufarbeitungsbeauftragten seine bereits fünfte Auflage – und erneut einen Publikumsrekord. Mehr als 8.000 Besucherinnen und Besucher kamen vom 5. bis 29. August zu den 12 Kinoabenden auf dem Campus für Demokratie, um Open-Air-Kino mit Spiel- und Dokumentarfilmen zu Repression, Revolution und Aufarbeitung zu genießen – 2.500 Gäste mehr als im Vorjahr. Am Rahmenprogramm – Führungen, Ausstellungs- und Geländerundgänge und Angebote für Kinder – nahmen mehr als 600 Menschen teil.

Vier Wochen lang zeigte das Campus-Kino vor der Kulisse des ehemaligen Dienstsitzes von Stasi-Minister Erich Mielke Filme zu DDR-Vergangenheit, Staatssicherheit und DDR-Opposition. Zeugnisse aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv und dem Archiv der DDR-Opposition sowie Kurzgespräche mit Filmschaffenden, Zeitzeuginnen und Zeitzeugen ergänzten das Programm.



von links: Lena Kuhl, Dr. Stephan Stach, Frank Ebert, Moderatorin Sophia Wetzke

Eröffnet wurde das Campus-Kino am 5. August 2024 durch den Berliner Aufarbeitungsbeauftragten Frank Ebert, den Geschäftsführer der Robert-Havemann-Gesellschaft Dr. Stephan Stach und die Leiterin des Campus-Referats beim Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv Lena Kuhl. Anschließend lief

der Spielfilm „Westwind“ (2011, 89 Min.) über zwei Zwillingsschwestern, die in einem Trainingslager am Balaton in Ungarn zwei westdeutsche junge Männer kennen lernen. Diese wollen sie zur Flucht aus der DDR überreden. Am anschließenden Filmgespräch nahm Drehbuchautorin Susann Schimk teil, auf deren Lebensgeschichte der Film beruht.

Zum Film „Stilles Land“ (1992, 98 Min.), der am 8. August gezeigt wurde, kam Berlins Kultursenator Joe Chialo. Der stellvertretende Berliner Aufarbeitungsbeauftragte Dr. Jens Schöne sprach mit dem Politiker über dessen Erinnerungen an den Herbst 1989 und die Berliner Planungen zum 35. Jahrestag des Mauerfalls. Dr. Schöne war beim Campus-Kino an drei Abenden als Moderator im Einsatz, an einem weiteren Abend als Experte.



von links: Dr. Jens Schöne, Joe Chialo

Von Familiengeheimnissen handelt der Dokumentarfilm „Jeder schweigt von etwas anderem“ (2006, 72 Min.), der am 20. August beim Campus-Kino gezeigt wurde. Porträtiert werden darin drei Familien, in denen Angehörige aus politischen Gründen in der DDR inhaftiert wurden. Der Film zeigt das schwierige Verhältnis ehemaliger politischer Häftlinge der DDR zu ihren im Westen aufgewachsenen Kindern. Im Anschluss an die Filmvorführung diskutierte der Leiter der Bürgerberatung beim Berliner Aufarbeitungsbeauftragten, Jens Planer-Friedrich, mit Utz Rachowski und Anna Gollin, die zu den Protagonisten des Films gehören. Beide waren in der DDR zu

5.5 Publikationen

Staatsfeinden erklärt worden. Vor dem Film hatten Jens Planer-Friedrich und Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG), über die Beratungsangebote von BAB und UOKG für Verfolgte der SED-Diktatur informiert.



von links: Jens Planer-Friedrich,
Anna Gollin, Utz Rachowski

Auf dem Programm des Campus-Kinos standen auch die im selben Jahr neu erschienenen Filme „Willy – Verrat am Kanzler“ (2024, 90 Min.), eine Dokumentation über die größte Spionageaffäre der Bundesrepublik, und „Jenseits der blauen Grenze“ (2024, 102 Min.), ein Spielfilm über die Flucht einer Leistungsschwimmerin und ihres Freundes über die Ostsee. Die Vorführung von „Schleimkeim – Otze und die DDR von unten“ (2023, 96 Min.), ein Dokumentarfilm über das Leben und Sterben des DDR-Punkers Dieter „Otze“ Ehrlich und seine legendäre Band Schleimkeim, zog ebenfalls zahlreiche Interessierte an.

Das Campus-Kino zeigt eindrucksvoll, dass sich das Areal der ehemaligen Stasi-Zentrale zu einem kulturellen Leuchtturm in Berlin entwickeln kann. Von Jahr zu Jahr kommen mehr Besucherinnen und Besucher zum Open-Air-Kino. Der Zuspruch zeigt, dass das Campus-Kino ein fester Bestandteil des Berliner Kultursommers geworden ist.

Der BAB veröffentlichte im Berichtsjahr die Broschüre „Oppositionelle Frauen in Ost-Berlin in den 1980er Jahren“. Die Publikation ist Teil einer Broschürenreihe, die sich an Lernende vor allem an Schulen und Hochschulen, aber auch an Interessierte aus anderen Bereichen wendet.



In dem Heft werden einige Protagonistinnen und Gruppen vorgestellt. Es geht um ihre Themen und Aktionen, aber auch darum, wie die Staatsmacht auf die Frauen und ihr oppositionelles Verhalten reagierte.

Bereits erschienen sind die BAB-Broschüren „Wahlen in der DDR“ und „Der 17. Juni 1953 in Berlin“. Alle Hefte können – auch als Klassensatz – beim Berliner Aufarbeitungsbeauftragten bestellt werden.

Im Berichtsjahr erschien eine neue Podcast-Reihe des BAB. In „Entschädigt“ dreht sich alles um DDR-Unrecht und dessen Aufarbeitung. Es geht um Menschen, die im Gefängnis, Kinderheim oder der Jugendpsychiatrie waren, die Stasi-Verfolgung oder amtliches Unrecht erlebten, und die deshalb eine Entschädigung oder Ausgleichszahlung erhalten haben.



Podcast-
Titelgrafik
unter
Verwendung
einer Keramik
von Katrin
Siebeck

2024 sind vier Folgen erschienen. In der ersten Folge schildert Katrin Siebeck, die aufgrund einer nicht genehmigten Malaktion im Storkower Tunnel zu einer Haftstrafe verurteilt wurde, ihren Weg zur Rehabilitierung, um Kapitalentschädigung und Opferrente zu erhalten. Auch künstlerisch hat sie sich mit ihrer Haftzeit auseinandergesetzt.

Um die vermögensrechtliche Entschädigung geht es in Folge 2. Marga und Dietmar Riemann stellten in der DDR einen Ausreiseantrag. Der wurde zwar genehmigt, sie mussten aber ihr Wohnhaus weit unter Wert verkaufen. Im vereinten Deutschland erhielten sie dafür eine Entschädigung, die kaum die Anwaltskosten deckte.



28. September 1989, Dietmar Riemann in seinem leeren Haus in Rahnsdorf in Ost-Berlin mit Handgepäck zum Grenzübertritt am Tag seiner Ausbürgerung, portraitiert von seiner Frau

Folge 3 befasst sich mit dem Leid und Unrecht, das ein Mädchen in der DDR-Jugendpsychiatrie erdulden musste. Später erhielt die junge Frau eine Zahlung der Stiftung Anerkennung und Hilfe. Die Antragstellung stellte für sie jedoch eine enorme emotionale Herausforderung dar.

Thema der vierten Folge ist der Kampf um Anerkennung von Versagen der Evangelischen Kirche. Der frühere Jugenddiakon Lothar Rochau erzählt, wie er sich von seiner Kirche im Stich gelassen fühlte und wie er um die Anerkennung des Unrechts kämpfen musste.

Die Folgen sind bei den gängigen Podcast-Anbietern und auf der BAB-Webseite abrufbar.



Der BAB verstärkte 2024 seine Social-Media-Aktivitäten. So erarbeitete das Bildungsteam verschiedene inhaltliche Schwerpunkte, die insbesondere auf Instagram und zum Teil auch über den Kurznachrichtendienst X verbreitet wurden.

Anlässlich des Black History Months und des Jahrestages des Vertragsabschlusses zwischen der DDR und Mosambik im Februar stand die Geschichte der Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter aus Mosambik in der DDR im Mittelpunkt. Erörtert wurden die Bedingungen, unter denen sie ins Land kamen, die Herausforderungen, mit denen sie zu kämpfen hatten, ihre Situation nach dem Zusammenbruch der DDR und ihre Forderung nach Anerkennung.



Mosambikanischer Vertragsarbeiter in einem Betrieb in Weimar

Zum Internationalen Frauentag im März befass- te sich das Bildungsteam schwerpunktmäßig mit der Lage der Frauen in der DDR-Opposition sowie mit weiblichen Oppositionsgruppen wie den Frauen für den Frieden oder den Lesben in der Kirche. Am Beispiel von Protagonistinnen wie Bärbel Bohley, Uta Ihlow oder Tatjana Böhm wurde in den Posts gezeigt, welche Ideen sie verfolgten und welche Konsequen- zen sie zu spüren bekamen.

Im April ging es um Sinti und Roma in der DDR. Diese galten in der DDR als Opfer des nationalsozialisti- schen Regimes. Damit stand ihnen – theoretisch – der Status „Verfolgter des Naziregimes“ zu, der mit einer Vielzahl an sozialpolitischen Vergünstigungen und Unterstützungsleistungen einherging. Doch in der Praxis wurde nur ein Bruchteil der in der DDR lebenden Sinti und Roma faktisch als Verfolgte des NS-Regimes anerkannt.



Sinti-Familie vor ihrem
Wohnwagen mit DDR-Plakette

Im Mai themisierte das BAB-Team anlässlich der Europawahlen die Wahlen in der DDR. In den Posts und Reels ging es darum, welche Funktion Wahlen in der SED-Diktatur hatten, warum so viele Men- schen überhaupt zur Wahl gingen und warum man das Wählen auch Zettelfalten nannte.

Schwerpunkt im September war das Thema Flucht- und Ausreise. Dazu sprach eine BAB-Bildungsreferentin mit Günter Wetzel über seine Flucht mit einem selbst gebauten Ballon. Aus dem Interview entstanden mehrere Reels und Posts. Die Geschichte von Wetzel wurde verfilmt und kam 2018 in die Ki- nos. Im September zeigte der BAB den Film „Ballon“ im Rahmen des Schulkinos.

Die Themenschwerpunkte wurden auch auf der BAB-Webseite veröffentlicht. Eine Linkssammlung mit Hinweisen auf weiterführende Informationen ergänzte die jeweilige Themenseite.

5.6 Lehre

Der stellvertretende Aufarbeitungsbeauftragte Dr. Jens Schöne und Leitungsreferentin Dr. Anja Schröter boten im Sommersemester 2024 am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin die Lehrveranstaltung „Die DDR der 1980er-Jahre. Eine Quellenübung“ an. Da- rin thematisierten die beiden multiperspektivisch und unter Verwendung unterschiedlicher Quellen-arten die Vorgeschichte des Zusammenbruchs der SED-Diktatur. Im einzelnen ging es zum Beispiel um den SED-Machtapparat, um Jugendliche in der DDR sowie um Revolution und Einheit. Die Übung wurde von rund 30 Studierenden besucht.

IN MEMORIAM



Olaf Weißbach, 1956–2024

Am 13. November 2024 ist Dr. Olaf Weißbach verstorben. Der BAB trauert um einen langjährigen Weggefährten, Freund und Mitstreiter bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur. Er war seit 1998 Mitarbeiter der Robert-Havemann-Gesellschaft e.V., von 2007 bis 2024 im Amt des Geschäftsführers.

Als junger Mensch schien Olaf Weißbach ein vorbildlicher DDR-Bürger zu sein: Nach dem Abitur 1974 absolvierte er seinen Grundwehrdienst bei den Grenztruppen der DDR, begann 1976 ein Studium der Marxistischen Philosophie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und trat in die SED ein. Doch ab 1978 begann der gebürtige Prenzlauer anzuecken, Dinge zu hinterfragen – unangenehm, kritisch, auch die marxistische Lehre. Es folgten der Ausschluss aus FDJ und SED, die Exmatrikulation sowie ein dauerhaftes Studienverbot in der DDR.

Olaf Weißbach schlug sich mit Hilfsarbeiten durch, etwa bei Jenapharm oder auf dem Friedhof. Glücklich machte ihn das nicht. Er wollte weg aus der DDR, frei sein. 1981 plante er mit einem Freund die Flucht. Aus seiner Armeezeit wusste er noch, wo an der Grenze im Harz das Minenfeld endete. Die Freunde übten mit Karte und Kompass. Sie bauten sich auch eine Strickleiter aus Besenstielen und Abschleppseilen, um damit über den Zaun zu klettern.

Zwei Tage bevor sie fliehen wollten, erfuhr der Freund, dass sein Ausreiseantrag genehmigt wurde, und sagte die geplante Flucht ab. Kurz darauf konnte auch Olaf Weißbach nach West-Berlin übersiedeln. Er nahm sein Studium wieder auf, belegte neben Philosophie auch Politik und Soziologie. 1998 promovierte er gemeinsam mit Stefan Lahrem über die „Grenzen des Politischen: Philosophische Grundlagen für ein neues politisches Denken“.

Als Olaf Weißbach 1998 bei der Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. anfing, arbeitete er zunächst im Fotoarchiv. Seine Art, die Dinge zu hinterfragen, sich mit dem Kommunismus auseinanderzusetzen, passte gut zum Namensgeber und hat die Havemann-Gesellschaft entscheidend geprägt. Dabei konnte das Team der RHG nicht nur von seinen politisch-philosophischen Theorien lernen. Der leidenschaftliche Angler, Hobby-Ornithologe und -Meteorologe teilte auch bereitwillig sein breites Spezialwissen. So erfuhren die RHG-Beschäftigten viel über die Fischbestände der Oder. Sie lernten, einen männlichen von einem weiblichen Spatz zu unterscheiden. Und sie erfuhren mit großer Treffsicherheit, wann Regen zu erwarten war.

Einen entscheidenden Anteil hatte Olaf Weißbach daran, die RHG zu professionalisieren und finanziell auf eine sichere Basis zu stellen. Nachdem der Verein 27 Jahre lang nur projektbezogen gefördert wurde und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teilweise zu Weihnachten noch nicht wussten, ob sie im Januar weiterbeschäftigt würden, gab es ab 2017/18 feste Arbeitsverträge. Damit war es für die Robert-Havemann-Gesellschaft möglich, auch mittel- und langfristige Projekte anzugehen.

Mitte 2024 trat Olaf Weißbach in den Ruhestand. Es erfüllt uns mit tiefer Trauer, dass es ihm nicht vergönnt war, seinen Lebensabend mit seiner Frau im gemeinsamen Haus an der Oder zu verbringen, wie er es sich gewünscht hatte. Wir vermissen ihn nicht nur als engagierten Mitstreiter bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur. Wir haben auch einen Freund verloren.

Der Text ist ein bearbeiteter Auszug aus einer Ansprache des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten Frank Ebert im Juni 2024 bei der Verabschiedung von Olaf Weißbach in den Ruhestand.

6. AUSBLICK

**Erinnerung,
Verantwortung
und die Lehren
für unsere
demokratische
Gegenwart und
Zukunft**



Frank Ebert,
Berliner Aufarbeitungsbeauftragter

Seit März 2023 ist Frank Ebert der Berliner Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur – ein Amt mit großer Verantwortung und gesellschaftlicher Tragweite. Der gelernte Werkzeugmaschinenbauer verweigerte in der DDR den Wehrdienst, engagierte sich aktiv in der oppositionellen Umwelt-Bibliothek und gehörte 1989 zu den Mitorganisatoren der Proteste gegen die Wahlfälschung und der Mahnwachen in der Gethsemanekirche. Nach der Friedlichen Revolution widmete er sich der Sicherung der Zeugnisse von Opposition und Widerstand und der Aufklärung über die SED-Diktatur – unter anderem als langjähriger Mitarbeiter und späterer Pressesprecher der Robert-Havemann-Gesellschaft.

Herr Ebert, Sie beschäftigen sich seit Jahrzehnten mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur. Was motiviert Sie persönlich, sich so intensiv mit diesem Kapitel deutscher Geschichte zu befassen?

Für mich ist das keine abstrakte Geschichtsarbeit – es ist biografisch, existenziell und politisch zugleich. Ich bin selbst in der DDR aufgewachsen, habe als Jugendlicher erlebt, was es bedeutet, wenn man verhaftet wird und einem die freie Berufswahl verwehrt wird, weil man sich weigert, ein System zu unterstützen, das Menschen unterdrückt. Ich habe gesehen, wie Menschen für ihre Überzeugungen verfolgt, diffamiert oder zum Schweigen gebracht wurden. Diese Erfahrungen prägen mein Engagement bis heute. Aufarbeitung und Aufklärung sind für mich eine Frage des Respekts gegenüber Betroffenen aus kommunistischen Diktaturen und denen, die heute politisch verfolgt werden.

Welche Bedeutung hat aus Ihrer Sicht die Aufarbeitung von politischer Verfolgung in der SBZ/DDR speziell für die betroffenen Menschen – und was schuldet unsere Gesellschaft diesen ehemaligen Verfolgten heute noch?

Die politische Verfolgung in der SBZ und DDR hat Biografien zerstört, Familien zerrissen und Menschen das Leben gekostet oder oft lebenslang gezeichnet. Für viele war der politische Umbruch nicht nur der Moment der Befreiung, sondern auch der Beginn eines langen Kampfes um Anerkennung. Unsere Gesellschaft schuldet diesen Menschen mehr als bloße Worte. Es geht um Rehabilitierung, um gerechte Entschädigung, aber auch um Erinnerung – öffentlich und sichtbar. Wir müssen dafür sorgen, dass diese Geschichten nicht untergehen, sondern ihren Platz im gesellschaftlichen Gedächtnis finden. Das ist eine Frage des Respekts und der Gerechtigkeit.

Viele dieser Menschen kämpfen bis heute um Anerkennung und Rehabilitierung. Wo sehen Sie derzeit die größten Lücken in der politischen und gesellschaftlichen Anerkennung dieses Unrechts?

Ein großes Problem ist, dass die Rehabilitierung an Verwaltungsverfahren und Fristen, also an formale Kriterien geknüpft ist. Viele Betroffene kämpfen mit gesundheitlichen Spätfolgen, bei denen sie den Zusammenhang mit der politischen Verfolgung nur schwer nachweisen können. Wir brauchen eine Rehabilitierungspraxis, die sensibler mit Biografien umgeht und den Betroffenen nicht wieder Misstrauen entgegenbringt. Und gesellschaftlich fehlt häufig das Wissen – gerade bei Jüngeren –, was Menschen in der DDR erlitten haben können. Diese Lücke müssen wir durch Bildung und sichtbare Erinnerungsarbeit schließen.

Sie betonen immer wieder, dass Aufarbeitung nicht nur ein Rückblick, sondern ein Auftrag für die Zukunft ist. Was genau bedeutet das in einer Zeit, in der viele Menschen die DDR gar nicht mehr erlebt haben?

Die Aufarbeitung der SED-Diktatur ist kein Selbstzweck und keine rein historische Übung. Sie ist eine Art Frühwarnsystem. Wer versteht, wie totalitäre Systeme funktionieren, wie sie Freiheit einschränken und Menschen mundtot machen, kann auch besser erkennen, wenn Grundrechte heute in Gefahr geraten. Wir leben in einer Demokratie – aber das ist kein Selbstläufer. Gerade in Zeiten der hybriden Kriegsführung und der massenweisen Verbreitung von Desinformation ist die bewusste Auseinandersetzung mit autoritärem Unrecht von gestern eine Investition in die demokratische Resilienz von morgen.

Welche Rolle spielt die historisch-politische Bildung für eine dauerhafte Sensibilisierung gegenüber diktatorischen Strukturen – gerade bei jungen Menschen?
Eine ganz zentrale. Wer die Mechanismen von Kontrolle, Propaganda und Repression nicht kennt, ist anfälliger für einfache Erzählungen und Verschwörungsmythen. Es reicht aber nicht, Fakten zu vermitteln. Junge Menschen müssen emotional und rational erfassen können, was es bedeutete, in einem System zu leben, in dem Kritik gefährlich war. Deshalb brauchen wir vielfältige Formate: vom Zeitzeugengespräch bis zum digitalen Storytelling. Bildung muss nicht belehren, sondern ermöglichen: nachzufragen, die Perspektive zu wechseln und letztlich Haltung zu zeigen.

Wie sollte die Aufarbeitung der SED-Diktatur Ihrer Meinung nach in Schulen, Gedenkstätten oder auch in der digitalen Bildung zukünftig verankert werden? Gibt es hier konkrete Defizite oder Chancen?

Wir haben viele gute Initiativen, aber es fehlt oft an systematischer Verankerung im Schulalltag und an ausreichender Zeit im Lehrplan. Die DDR-Geschichte wird häufig nur am Rand behandelt – oder auf die Mauer und Stasi reduziert. Dabei gibt es viele Facetten, etwa die Auswirkungen der Diktatur im Alltag, das Schweigen, die Anpassung, aber auch den Mut zum kleinen und großen Widerspruch. Die Schülerinnen und Schüler sollten sich auch mit wichtigen

Personen des Widerstands gegen die kommunistische Diktatur befassen, zum Beispiel mit Bärbel Bohley, Robert Havemann oder Arno Esch. Digitale Bildung bietet große Chancen: Archive, Filme, interaktive Angebote – all das kann Jugendlichen Zugänge eröffnen, die im Frontalunterricht so nicht möglich sind. Was wir brauchen, ist politische Rückendeckung, um eine umfängliche Bildungsarbeit zu stärken.

Sie sind nun seit 2023 Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Wo sehen Sie im Moment die größten Herausforderungen in Ihrer täglichen Arbeit?

Jeder Tag bringt neue Herausforderungen ganz unterschiedlicher Art: Wir bekommen viele Anfragen von Menschen, die nach Jahrzehnten noch versuchen, Akteneinsicht zu erhalten oder ihre Rehabilitierung zu beantragen – oft mit sehr belastenden Geschichten. Gleichzeitig geht es darum, öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema wachzuhalten. Und das in einer Zeit, in der die mediale und politische Aufmerksamkeit ständig rotiert. Meine Aufgabe ist es, beides zu verbinden: das Konkrete mit dem Prinzipiellen.

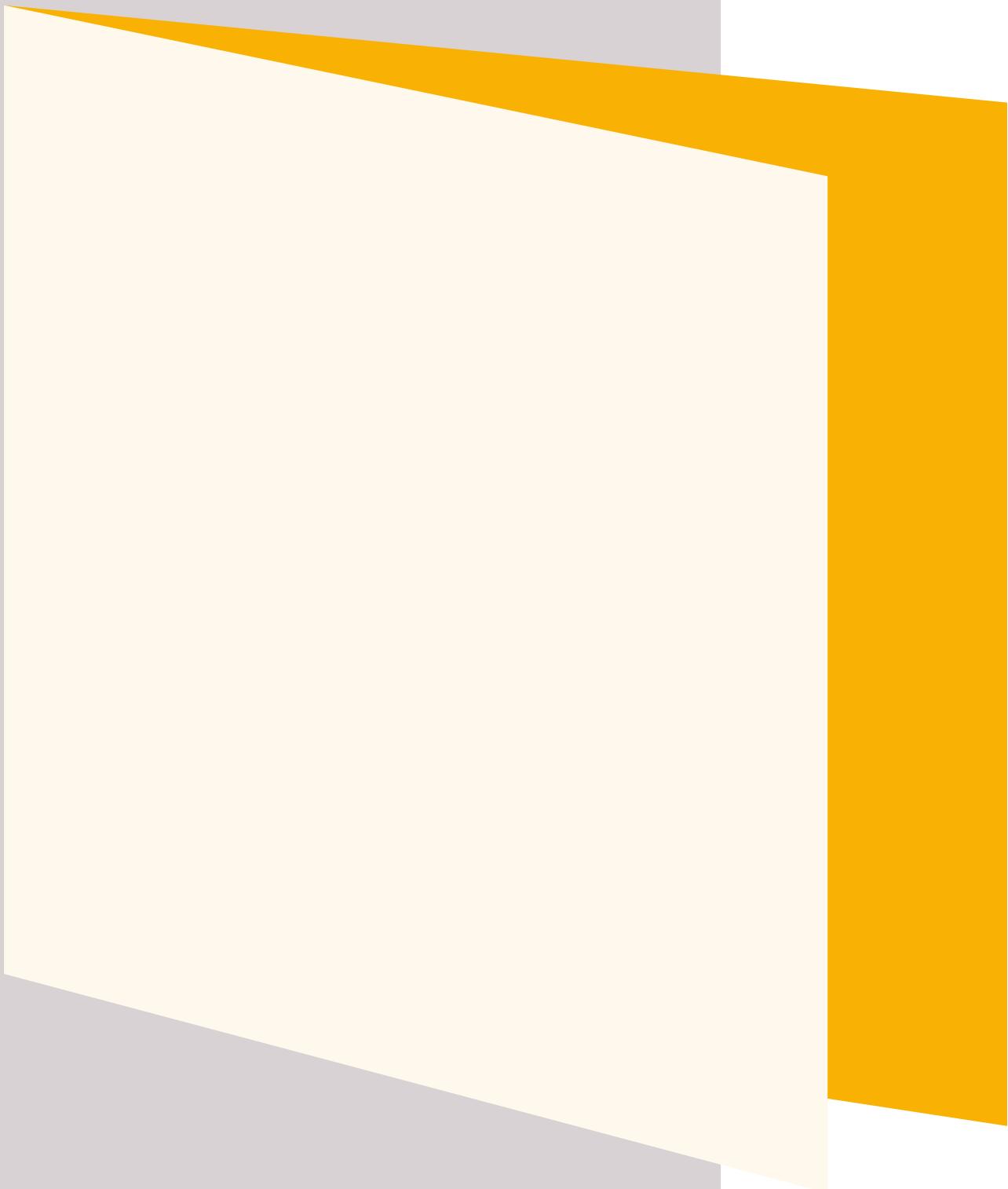
Was würden Sie sagen: Hat sich die gesellschaftliche Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur in den letzten Jahren eher verstärkt oder abgeschwächt – und woran liegt das?

Ich beobachte beides. Es gibt eine neue Generation von jungen Historikerinnen und Historikern, Journalistinnen und Pädagogen, die sich sehr engagiert mit der DDR-Geschichte auseinandersetzen – das finde ich gut. Gleichzeitig erleben wir aber auch Relativierungen und eine gewisse „Ostalgie“, die das Unrecht verharmlost. Die DDR war ein Staat, der systematisch Menschen- und Bürgerrechte verletzt hat – das ist durch zahllose Akten, Berichte, Urteile und Zeugnisse belegt. Wer das in Frage stellt, stellt auch das Leid der Opfer in Frage. Ich versuche, solchen Positionen mit Fakten und Haltung zu begegnen – nicht mit Empörung, sondern mit Aufklärung. Und ich setze auf Dialog: Gerade mit Jüngeren, die nicht belehrt, sondern ernst genommen werden wollen. Das ist mühsam, aber notwendig.

Wenn Sie in zehn Jahren auf Ihre Amtszeit zurückblicken – was müsste sich bis dahin verändert haben, damit Sie sagen können: Wir haben wirklich etwas bewegt?

Ich würde mir wünschen, dass die Betroffenen nicht mehr jahrelang um Anerkennung kämpfen müssen. Dass die Aufarbeitung ein noch selbstverständlicher Teil unserer politischen Kultur ist – nicht nur in Gedenkreden, sondern im Alltag, im Unterricht, in den Medien. Ich wünsche mir auch, dass die Menschen wissen, was für eine mutige Frau Bärbel Bohley war, und warum sie so gehandelt hat, wie sie es getan hat. Und dass junge Menschen sagen: Ich weiß, was damals passiert ist – und ich weiß auch, warum das für mein Leben heute und für die Zukunft wichtig ist.

7. ANHANG



7.1 Richtlinie Härtefallfonds für in der SBZ/DDR politisch Verfolgte mit Wohnsitz im Land Berlin

Grundlagen des Härtefallfonds

Der Härtefallfonds für ehemals politisch Verfolgte in der SBZ/DDR bringt den politischen Willen zum Ausdruck, den Opfern der SED-Diktatur aus Gründen der Billigkeit und auf Grundlage des Senatsbeschlusses Nr. S-2903/2020 vom 14. Januar 2020 weitere Anerkennung und Unterstützung durch das Land Berlin zu gewähren. 30 Jahre nach der Deutschen Einheit leben ehemals politisch Verfolgte teilweise unter besonders schwierigen gesundheitlichen und wirtschaftlichen Bedingungen. Nicht immer wird die benötigte Unterstützung durch bundesgesetzliche Regelungen oder bestehende Hilfesysteme in ausreichendem Maße geleistet. Hieran ändert auch die Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsge setze aus dem Jahr 2019 nichts, die auf die Verbesserung der sozialen Lage anerkannt politisch Verfolgter zielt. Der Härtefallfonds soll in besonderen Notfällen helfen, die sonst nicht geregelt sind und somit durch das Raster fallen.

Zweck des Härtefallfonds

Die finanzielle Hilfe durch den Härtefallfonds soll ehemals politisch Verfolgte in besonderen Notsituat ionen unterstützen und dazu beitragen, bis heute anhaltende Folgen politischer Repression in der SBZ/DDR zu mindern sowie die soziale Integration zu verbessern. Der Härtefallfonds trägt keine laufenden Kosten.

Antragsberechtigte

Antragsberechtigt sind Personen, die ihren Wohnsitz im Land Berlin haben, nach den SED-Unrechtsbe reinigungsgesetzen rehabilitiert wurden und in ihrer wirtschaftlichen Lage in besonderem Maße beeinträchtigt sind. Die Rehabilitierung ist durch eine entsprechende Bescheinigung nachzuweisen. Die wirtschaftliche Lage ist durch entsprechende Auskünfte und Belege nachzuweisen.

Allgemeine Regelungen für Unterstützungsleistungen

Die Gewährung von Unterstützungsleistungen ist mit folgenden allgemeinen Regelungen verbunden: Die Unterstützungsleistungen sollen die bundesgesetzlichen Regelungen und bestehende sozialrechtliche Versorgungssysteme ergänzen, sie jedoch nicht ersetzen.

In der Regel werden Hilfen nur einmalig gewährt. Bei Entscheidungen über länger währende Maßnahmen, beispielweise im therapeutischen, medizinischen oder Aus- bzw. Weiterbildungsbereich, kann von der Regel abgewichen werden.

Falls einer Person bereits in der Vergangenheit eine Leistung aus einem Härtefallfonds für in der SBZ/DDR politisch Verfolgte bewilligt wurde, gleich in welchem Bundesland, ist eine Antragstellung unzulässig.

Die Unterstützung soll möglichst nachhaltig sein. Nachhaltig sind Hilfen zur Selbsthilfe und Hilfen, die dauerhaft aus einer Problemlage herausführen. Nicht gefördert werden laufende Ausgaben und Schuldleistungen.

Ein Rechtsanspruch auf finanzielle Hilfen aus dem Härtefallfonds besteht nicht.

Verfahren

Die Gewährung der finanziellen Hilfe erfolgt gem. § 53 (Billigkeitsleistungen) Landeshaushaltsordnung (LHO) und in Anlehnung an §§ 23, 44 LHO nach Maßgabe der verfügbaren Haushaltsmittel.

Antragstellung

Die Antragsberechtigten können sich mündlich oder schriftlich an den Berliner Aufarbeitungsbeauftragten (BAB) wenden. Nach einem ersten Beratungs gespräch erhalten die Antragsberechtigten vom BAB zur Konkretisierung ein Antragsformular für ergänzende Angaben (z. B. zur finanziellen Situations). Der Zweck, zu dem finanzielle Mittel beantragt

werden, ist zu benennen und zu begründen, sowie die Höhe der benötigten Mittel zu vermerken.

Antragsbearbeitung

Die Anträge werden durch den BAB geprüft. Gegebenenfalls werden Rücksprachen mit den Antragstellenden gehalten und dabei geklärt, ob ihr Unterstützungsbedarf nicht durch bundesgesetzliche Regelungen bzw. bestehende soziale Hilfesysteme gedeckt werden kann.

Zu jedem Antrag ist das Ergebnis der Antragsprüfung vom BAB zu vermerken. In dem Vermerk soll insbesondere auf die Verfolgung der Antragstellenden in der SBZ/DDR, ihre Rehabilitierung nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen, die Beeinträchtigung ihrer wirtschaftlichen Lage, die Angemessenheit und Nachhaltigkeit der Maßnahme und die Höhe der Unterstützungsleistung eingegangen werden.

Der BAB erarbeitet zu jedem eingereichten Antrag ein Votum. Dieses bildet die Grundlage für die Entscheidung. Anträge, die nach dem 31. Oktober eines Kalenderjahres eingehen, können als Anträge für das Folgejahr behandelt werden.

Entscheidungsfindung

Über die Anträge entscheidet der Aufarbeitungsbefragte mit Unterstützung eines Beirates im Rahmen pflichtgemäßen Ermessens. Der Beirat ist ein unabhängiges Gremium, dem folgende Unterlagen vorgelegt werden:

alle eingegangenen Anträge, sofern sie vollständig sind und den allgemeinen Regelungen für Unterstützungsleistungen aus dem Härtefallfonds entsprechen, das vom BAB zu jedem Antrag erarbeitete Votum, die jeweils aktuelle Übersicht über die vorhandenen bzw. bereits ausgegebenen Haushaltsmittel des Härtefallfonds. Die verfügbaren Haushaltsmittel sind durch die Entscheidungsfindung nicht zu überschreiten.

Schriftliche Mitteilung über die Hilfe

Wurden Anträge positiv entschieden, erhalten die Antragstellenden eine vom BAB vorbereitete schriftliche Mitteilung, welche die persönlichen Daten des/der jeweiligen Antragstellenden, die Bezeichnung

der konkreten Unterstützungsleistung sowie deren Begründung enthält. Die schriftliche Mitteilung benennt das Verfahren der Auszahlung der finanziellen Hilfe sowie das der Verwendungsnachweisprüfung.

Schriftliche Mitteilung über abgelehnte Anträge

Ist der Antrag abzulehnen, erfolgt auf schriftlichem Weg eine Mitteilung darüber an die Antragstellenden. Dabei werden die Gründe für die beabsichtigte Entscheidung erläutert, die Möglichkeit eines Gesprächs angeboten und eine Rücknahme des Antrags empfohlen. Wird der Antrag nicht innerhalb eines Monats zurückgenommen, ergeht ein Ablehnungsbescheid.

Auszahlung der finanziellen Hilfe

Die Auszahlung erfolgt in der Regel an die Leistungserbringerin bzw. den Leistungserbringer. In Ausnahmefällen ist es zulässig, die Zahlung auf das Konto der Antragstellenden zu tätigen.

Kontrolle der Umsetzung

Die Unterstützungsnehmenden haben die Verwendung der Mittel durch Originalbelege gegenüber dem BAB nachzuweisen.

Leistungsschwerpunkte

Beantragte Hilfen können dann gewährt werden, wenn sie einem der folgenden Leistungsschwerpunkte zugeordnet werden können:

Gesellschaftliche Integration

Dazu können beispielsweise Unterstützungsleistungen gehören, die nachhaltig die Integration in den Arbeitsmarkt fördern. Erhalten Antragstellende weder von der Agentur für Arbeit noch gemäß § 6 Berufliches Rehabilitierungsgesetz eine ausreichende finanzielle Unterstützung, mit der ihnen eine Aus- bzw. Fortbildung ermöglicht wird, kann aus den Mitteln des Härtefallfonds eine Hilfe gewährt werden. Es können auch solche Aus- und Fortbildungen unterstützt werden, die in der DDR aus politischen Gründen versagt wurden und deren nachgeholt Absolvierung der bzw. dem Betroffenen hilft, eine Wunde zu schließen.

Unterstützung der medizinischen Hilfe

Unterstützt werden können u. a. Maßnahmen, die zur Linderung von Gesundheitsschäden beitragen, soweit sie nicht von sozialen und medizinischen Hilfesystemen abgedeckt sind. Dazu gehören Therapien und Hilfsmittel, die nicht kassengestützt sind oder mit der Zahlung einer hohen Eigenbeteiligung verbunden sind.

Unterstützung von Schaffung und Erhalt selbstbestimmter Wohn- und Lebensmöglichkeiten

Unterstützt werden können beispielsweise der Umzug in eine behinderten- und altersgerechte Wohnung oder die behindertengerechte Ausstattung von eigenem Wohnraum, soweit dies nicht durch soziale Hilfesysteme übernommen wird.

Unterstützung durch technische Hilfen im Alltag

Die finanzielle Hilfe kann u. a. die Anschaffung von technischen Ausstattungsgegenständen oder technischen Geräten betreffen, die geeignet sind, die selbstständige Lebensführung zu unterstützen, insbesondere bei körperlichen Einschränkungen. Voraussetzung ist, dass die Kosten nicht von anderen sozialen Hilfesystemen übernommen werden.

Kommunikationshilfen für die soziale Teilhabe

Unterstützt werden können zum Beispiel Anschaffungen und die Reparatur von Kommunikationsgeräten, die die soziale Teilhabe verbessern, wie Telefone oder Computer.

Unterstützung zur Verbesserung der Mobilität

Um die Selbstversorgung und das selbstbestimmte Leben nachhaltig durch die Förderung der Beweglichkeit aufrechtzuerhalten und zu verbessern, können beispielsweise Mittel für die Anschaffungen von Fahrrädern oder Rollstühlen gewährt werden, soweit die Kosten nicht von sozialen und medizinischen Hilfesystemen übernommen werden.

Beirat

Der Beirat besteht aus zwei Personen. Die Mitglieder werden durch den Berliner Aufarbeitungsbeauftragten benannt. Der Beirat hat bei der Entscheidungsfindung beratende Funktion. Die Entscheidung über die Anträge obliegt dem Aufarbeitungsbeauftragten.

Ausschlussgründe

Eine finanzielle Hilfe aus dem Härtefallfonds wird Personen nicht gewährt, wenn diese gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstößen oder in schwerwiegendem Maße ihre Stellung zum eigenen Vorteil oder zum Nachteil anderer missbraucht haben, oder sie wegen einer vorsätzlichen Straftat rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren verurteilt wurden, sofern dies durch eine Auskunft aus dem Zentralregister belegt ist.

Bei Vorliegen konkreter Anhaltspunkte ist der BAB befugt, Antragstellende um die Vorlage eines Behördenführungszeugnisses zu bitten bzw. selbst gemäß § 31 Bundeszentralregistergesetz ein Behördenführungszeugnis einzuholen.

Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt rückwirkend zum 1. Januar 2020 in Kraft.

7.2 Übersicht Projektförderung

Lfd. Nr.	Zuwendungsempfänger	Projektbezeichnung	Zuwendungshöhe
1	ABH e.V.	Beratung und Unterstützung für Menschen mit Haft- und Heimerfahrung in der DDR	48.918 €
2	Agentur für Bildung e.V.	Produktion von Stop-Motion-Filmen durch Jugendliche im Lernort Keibelstraße	2.640 €
3	Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e.V.	Aufführung eines Theaterstücks	5.000 €
4	ASTAK e.V.	Erneuerung der Dauerausstellung im Stasimuseum	171.602 €
5	ASTAK e.V.	Produktion Podcast-Serie	12.913 €
6	Axel Springer Freedom Foundation gGmbH	Begleitevent zur Eröffnung der Ausstellung „China ist nicht fern“	13.600 €
7	BORGtheater (Beck & Kasteleiner GbR)	Theater-Performance	25.929 €
8	Bürgerbüro e.V.	Beratung von Betroffenen der DDR-Jugendhilfe	133.082 €
9	Bürgerkomitee „15. Januar“ e.V.	Horch und Guck – Heft	1.945 €
10	Bürgerkomitee „15. Januar“ e.V.	Dokumentation Besetzung der Stasi-Zentrale	2.870 €
11	DDR-Box e.V.	Veranstaltung zum Hörbuch „Die Abrechnung“	6.520 €
12	DDR Fotoerbe (Betzwieser & Neumann GbR)	Ausstellung „Blickwechsel“	9.195 €
13	DDR Fotoerbe (Betzwieser & Neumann GbR)	Digitalisierung Print-Archiv	6.950 €
14	District e.V.	Archive of gestures von 1989/1990	28.496 €
15	Drei Schwestern Produktionen UG	Aufführung Theaterstück	12.000 €
16	Eigenheim- und Grundbesitzer Rudow e.V.	Veranstaltung Denkmaleinweihung	8.950
17	Fact & Files Historisches Forschungsinstitut Berlin	Donskoje Totenbuch Online – Teil 2	45.892 €
18	Friedenauer TSC e.V.	33. Mauerfall-Gedenkturnier	6.950 €

Lfd. Nr.	Zuwendungsempfänger	Projektbezeichnung	Zuwendungshöhe
19	Gedenkbibliothek zu Ehren d. Opfer des Kommunismus e.V.	Politische Bildungsarbeit, Ausstellungen und Betroffenenarbeit	132.461 €
20	Geschichtsbüro Müller GbR	8. Prenzlauerberginale	23.378 €
21	Geschichtsbüro Müller GbR	Mauerfilmfest	8.700 €
22	Kunstverein Ost e.V.	Ausstellung über Autoperforationsartisten in der DDR	23.450 €
23	Major Label (Ettler & Stieler GbR)	Tape- und Vinylproduktion	5.376 €
24	Major Label (Ettler & Stieler GbR)	Tape- und Vinylproduktion	5.275 €
25	Psychosoziale Initiative Moabit e.V.	Beratungsstelle Gegenwind	325.506 €
26	Robert-Havemann-Gesellschaft e.V.	Archiv der DDR-Opposition	663.598 €
27	Robert-Havemann-Gesellschaft e.V.	Verlängerung von Fotonutzungsrechten	26.216 €
28	Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen	Projekttage zur historisch-politischen Bildung	9.625 €
29	TEA Tagebuch- und Erinnerungsarchiv Berlin e.V.	Digitale Erschließung von Brigadetagebüchern	12.598 €
30	UOKG e.V.	Beratung und Betreuung, Öffentlichkeitsarbeit	223.073 €
31	Verband deutscher Archivärinnen und Archivare e.V.	Berliner Archivtag 2024	4.850 €
32	Verein der Freunde und Förderer der Carl-Orff-Grundschule e.V.	Kunstprojekt „Wendekunst“	5.607 €
33	Vereinigung der Freunde des Dreilinden-Gymnasiums e.V.	Ausarbeitung der Wanderausstellung 17. Juni 1953	2.607 €
34	VOS e.V.	Betreuung von politisch Verfolgten	18.400 €
35	Wesser Meckert GbR	Theaterperformance	43.792 €

Gesamtsumme für alle Projekte **2.077.962 €**

7.3 Team

(Stand 31. Dezember 2024)

Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Frank Ebert

Stellvertretender Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Dr. Jens Schöne

Geschäftsstelle

Aline Höhn

Leitungsreferenten

Dr. Anja Schröter

Dr. Philipp Schultheiß

Beratung

Jens Planer-Friedrich (Leitung)

Jana Bertels

Yvonne Laue

Ulrike Mohns

Historisch-politische Bildung

Dr. Andrea Bahr (Leitung)

Jana Birthelmer

Elena Demke

Michèle Matetschk-Delhaes

Allgemeine Verwaltung

Annett Schache (Leitung)

Jakub Stoinski

Selda Tosun

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Cecilia Reible (Leitung)

Werner Menke-Schersch

Bildnachweis

Alle Bildrechte liegen beim Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, mit Ausnahme der folgenden:

- Titel:** Robert-Havemann-Gesellschaft/Hans-Jürgen Röder/RHG_Fo_HAB_15005
S. 9 (1, 6): Kulturprojekte Berlin/Yves Sucksdorff
S. 9 (7): Kulturprojekte Berlin/Fabian Brennecke
S. 10 (1, 2), S. 13 (1, 2): Robert-Havemann-Gesellschaft e.V./Rolf Walter
S. 12 (1): VisitBerlin/Dirk Muthesius
S. 11 (6, 7), 61: Thorsten Fleisch
S. 18: Thomas Grummt
S. 19 (1, 2): BArch/Ostermaier
S. 20: xpress.berlin
S. 23: Peter Wurschi
S. 24: TP Presseagentur/Dietmar Jochum
S. 25: Stiftung Berliner Mauer
S. 30, 31, 57: Axel Springer Foundation/Dennis Yenmez
S. 26: Abgeordnetenhaus von Berlin/Lars Wiedemann
S. 29 (1): Robert-Havemann-Gesellschaft/Siegbert Schefke/RHG_Fo_HAB_18915
S. 33: Leon Kügeler/photothek
S. 42: Gedenkstätte Hoheneck/Eric Fresia
S. 46: Graphic Recording/Katharina Kosak
S. 57: Nicole Heinrich
S. 58: Pedretti/Ramsay
S. 58: Nadja Klier
S. 59: Waltraud Grubitzsch
S. 59: Thomas Kossmann
S. 60: Friedenauer TSC 1886 e.V.
S. 62: Tagebuch- und Erinnerungsarchiv (TEA) Berlin e.V.
S. 62: Landesarchiv Berlin
S. 74: Majestic/Markus Nass
S. 74: Gedenkstätte Hohenschönhausen
S. 75: Robert-Havemann-Gesellschaft/Aram Radomski/DT 64 - RHG_Fo_ARa_01_60-37
S. 76: Marita Müller
S. 76: Rüdiger Knuth
S. 80: Bundesarchiv/Witzel
S. 80: Bundesarchiv/Stange
S. 82: Dietmar Riemann
S. 82: Bundesstiftung Aufarbeitung, Uwe Gerig, 3422
S. 83: Markus Hawlik-Abramowitz
S. 84: Robert-Havemann-Gesellschaft/Frank Ebert/RHG_Fo_HAB_21514



www.aufarbeitung-berlin.de

